Die Beziehungen zwischen Bayern und Preussen ...

Th Santelman



Die
Beziehungen zwischen Bayern und Preussen
1799—1805.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der hohen philosophischen Fakultät Sekt. I

der

Kgl. Ludwig-Maximilians-Universität zu München

vorgelegt von

Th. Santelmann.

Göttingen 1906.
Druck der Dieterich'schen Univ.-Buchdruckerei (W. Fr. Kaestner.)

Der Fakultät vorgelegt: 10. Januar 1906.

Referent: Herr Geheimrat Prof. Dr. v. Heigel,
Präsident der Akad. d. Wissensch. zu München.

Meiner Mutter.

Vorwort.

Die Arbeit „Die Beziehungen zwischen Bayern und Preußen 1799—1805“ will einen kleinen Beitrag zur Geschichte des Kurfürsten Maximilian IV. Joseph bringen, dessen Regierung für Bayern so bedeutungsvoll geworden ist. Aber bei der Fülle des Materials war es nicht möglich, den Stoff in allen Teilen eingehend zu behandeln. Graf R. du Moulin Eckard hat in seinem Buche „Bayern unter dem Ministerium Montgelas“, das aber nur die beiden ersten Regierungsjahre Max Josephs behandelt, in eingehendster Weise die Akten aus dem Pariser und Berliner Archive herangezogen. Mir war es daher nur möglich, für diese erste Zeit einige Ergänzungen aus den Akten des Kgl. Bayr. Geh. Staatsarchivs (B. A.) zu geben, das du Moulin Eckard bei Abfassung seines Buches noch verschlossen war. Neben dem Münchener Archive ist von mir das Kgl. Preußische Geh. Staatsarchiv zu Berlin (P. A.) benutzt. Dem Direktorium beider Archive bin ich zu Dank verpflichtet. Vor allem aber gebührt mein Dank meinem hochverehrten Lehrer, Herrn Geheimrat Prof. Dr. K. Th. v. Heigel, der mir seine Auszüge aus den Berichten des österreichischen Gesandten Seilern zur Verfügung gestellt und mich in liebenswürdiger Weise bei meiner Arbeit unterstützt hat.

Erstes Kapitel.

Die Regierungsanfänge des Kurfürsten Maximilian IV. Joseph von Bayern.

Unter Friedrich dem Großen waren die Beziehungen Bayerns zu Preußen die denkbar besten gewesen. Der junge Friedrich II. hatte die Ansprüche Karls VII. unterstützt, um Oesterreich zu schwächen. Der greise Friedrich der Große zog noch einmal sein Schwert, um Oesterreich nicht allzustark werden zu lassen, als Joseph II. seine begehrliche Hand nach Bayern ausstreckte. Der Friede von Teschen am 13. Mai 1779 sicherte mit Ausnahme des Innviertels dem Hause Wittelsbach seinen alten Besitz. Noch einmal mußte er für Bayern eintreten, als die Tauschprojekte zwischen Kurfürst Karl Theodor von Bayern und Joseph II. 1785 erneuert wurden. Die Frucht seiner Bemühungen war das Zustandekommen des Fürstenbundes, der Bayerns Selbständigkeit verbürgte. Es war das letzte Werk des großen Königs; am 17. August 1786 starb er.

Unter seinem Nachfolger schien Oesterreich sein ersehntes Ziel, Bayern zur Abrundung seines Gebietes zu benutzen, erreichen zu sollen. Preußen wich von der Politik Friedrichs II. ab und näherte sich seinem alten Gegner Oesterreich. Die Konvention von Reichenbach am 27. Juli 1790 führte Preußen aus seiner alten Bahn heraus. Es schritt für mehrere Jahre im Gefolge Oesterreichs. Bayern schien seinen alten Beschützer

verloren zu haben, denn Preußen billigte die Absichten des Wiener Hofes auf Bayern. Da zerschnitt die polnische Frage wieder das Band. Preußen trat von der Koalition zurück und beobachtete mit dem alten Mißtrauen alle Schritte Oesterreichs. Bayerns Integrität zu schützen, war fortan wieder ein Hauptfaktor der preußischen Politik.

So gleichgültig Kurfürst Karl Theodor von Bayern der Zukunft seines Landes gegenüberstand, so warm vertrat Bayerns Interesse Max Joseph von Zweibrücken, der nach dem Tode seines Bruders Karl August das von den Franzosen besetzte Herzogtum und die Anwartschaft auf die bayrische Kurwürde geerbt hattte. Im Gegensatze zu seinem Oheime schloß er sich an Preußen an. Schon im Jahre 1792 hatte sich der Prinz, der bis dahin Oberst im Regiment d'Alsace in Straßburg gewesen war, fast mittellos an den König von Preußen gewandt und um Verwendung in preußischen Kriegsdiensten gebeten. Doch seiner Bitte konnte nicht entsprochen werden, da nach Abmachungen mit Oesterreich von beiden Seiten keine Freiwilligen aufgenommen werden sollten [1]). Aber später war man gern bereit, dem länderlosen Herzog von Zweibrücken, der die Absicht ausgesprochen hatte, sich in Berlin niederzulassen, um dem „besten aller Könige“ Friedrich Wilhelm III. recht oft seine Aufwartung machen zu können, seine Bitte zu erfüllen, und ihm im Schlosse ein Asyl zu gewähren [2]). Siedelte nun auch der Herzog nicht nach Berlin über, so wurden doch seine Beziehungen zu Preußen immer enger, denn nur mit Preußens Hilfe konnte er hoffen, in den ungeschmälerten Besitz seines Erbes zu kommen, das durch den Geheimartikel des Friedens von Campoformio bedroht war. Preußen bemühte sich eifrig in Rastatt, die Integrität Bayerns zu wahren, und es wollte

1) K. Th. v. Heigel, Beziehungen der Herzöge Karl August und Max Joseph von Zweibrücken zu Preußen. Histor. Vjschr. III S. 34.

2) ebenda S. 36.

sogar gegen die Erhaltung Bayerns auf jede Entschädigung verzichten [1]).

Aber solange der schwache Karl Theodor lebte, spann Thugut, Oesterreichs leitender Minister, seine Netze weiter. Durch den Vertrag von Schwabhausen am 15. Dezember 1798 geriet Bayern völlig ins Schlepptau Oesterreichs. Das Erbe Max Josephs war mehr als je bedroht. Erzherzog Karl sprach ganz offen davon, daß Oesterreich beim Tode des Kurfürsten sich einer Besitzergreifung durch den Herzog von Zweibrücken widersetzen werde. Nur von Preußen glaubte Max Joseph ein Eingreifen zu seinen Gunsten erwarten zu dürfen. Er erklärte sich bereit, die Entscheidung dem Könige von Preußen zu überlassen [2]). Eher als man erwarten konnte, mußte sich das künftige Schicksal Bayerns entscheiden. Am 16. Februar 1799 starb der Kurfürst Karl Theodor. Aus dem länderlosen Flüchtling war plötzlich der Herrscher eines größeren Landes geworden. Preußen konnte darauf rechnen, daß es nach den Beziehungen, die der Herzog von Zweibrücken zum Berliner Hofe unterhalten hatte, in dem neuen Kurfürsten von Bayern einen Freund erhalten hatte, welcher der Politik Preußens, wenn sie etwas auf Bayern Rücksicht nahm, folgen würde.

Oesterreich wagte es nicht, sich einer Thronbesteigung Max Josephs zu widersetzen. Am 20. Februar 1799 konnte der neue Kurfürst unter dem Jubel der Bevölkerung seinen Einzug in München halten. „Kein Auge war naß geworden, „als der Tod Karl Theodors verkündigt wurde. Mit um so „größeren Hoffnungen sah man auf seinen Nachfolger. Von „dem jungen Löwen aus dem Hause Wittelsbach erwartete man, „daß er die Raubgier des österreichischen Adlers zurückweisen „und daß er Bayern zu einer neuen glänzenden Zeit hinüber„führen werde“ [3]). Diese hohen Erwartungen des Volkes

1) Du Moulin Eckard, Bayern unter d. Minist. Montgelas. S. 49.

2) K. Th. v. Heigel, Beziehungen der Herzöge Karl August und Max Joseph von Zweibrücken zu Preußen. Histor. Vjschr. III S. 40.

3) Aus einer Flugschrift: „Gespräch im Reiche der Toten zwischen dem Kurfürsten Karl Theodor und Max Joseph“ 1799.

gründeten sich auf die Person des neuen Kurfürsten. Der junge Oberst in französichen Diensten hatte sich frohem Lebensgenusse hingegeben, der vertriebene Fürst mußte des Lebens Bitterkeiten erfahren. Aber er lernte in der Lebensschule standhaft die Widerwärtigkeiten, die so oft ihm auch später noch entgegentraten, zu ertragen. Unermüdlich war er tätig gewesen, sein Erbe vor Oesterreich zu retten, und bevor er noch zur Regierung gekommen war, hatte er sich schon die Liebe seiner neuen Untertanen, die fast alle in den Oesterreichern den Erbfeind sahen, gewonnen. Er war bemüht, seinem Lande stets das Gute zu bringen und zögerte niemals, das zu tun, was man ihm als gut hinstellte. Oesterreichs Feind war er von Jugend auf, mit Frankreich verknüpften ihn angenehme Erinnerungen, aber Preußens Freund war er mit Leib und Seele [1]). Fehlte ihm auch der weite, staatsmännische Blick, und war er auch nur zu gern geneigt, vor Hindernissen zurückzuschrecken, und den eingeschlagenen Weg aufzugeben, so hatte er doch in seiner Umgebung den Mann, der die Eigenschaften im hohen Grade besaß, die ihm fehlten.

Groß ist an Max Joseph, daß er es über sich gewann, sich in allen politischen Fragen der Einsicht seines Ministers

---

1) Baron von Schladen, der preußische Gesandte am Münchener Hofe, charakterisiert den Kurfürsten in einem Bericht vom 23. November 1805 folgendermaßen:

Dépourvu de toute espèce d'énergie ce Prince suit l'impulsion qu'on lui donne, ébloui par le plus leger avantage, arrêté par le plus petit obstacle, comme effrayé par le moindre revers; il flatte constamment entre la crainte et l'espoir, il échange l'opinion avec la même facilité qu'il en adopte, mais voulant sincèrement le bien, il ne balance jamais à faire ce qu'on lui présente comme tel, et agissant alors par un mouvement enthousiasmé qui lui tient lieu de fermeté, il devient capable aussi longtemps qu'il dure, de toute espèce de sacrifice personel. Par éducation et par habitude ennemi de l'Autriche, il est porté pour la nation française par des souvenirs agréables. De coeur et d'âme attaché à la Prusse à qu'il doit tout son existence et qu'il était habitué de regarder comme son plus généreux appui l'Electeur aurait sans doute préféré l'alliance et même la protection de votre Majesté à toute autre.

Montgelas unterzuordnen Montgelas war zwar der Geburt nach ein Deutscher, aber dem Blute nach ein Franzose [1]). Deutsch-nationales Empfinden, das damals ja bei so vielen und nicht den schlechtesten Deutschen noch schlummerte, war ihm daher fremd, das Interesse seines Herrn war der Stern, der seine Politik leitete. Wenn heute auch mancher geneigt sein mag, sie zu verurteilen, so muß man doch bedenken, daß in der Politik der Erfolg die Mittel heiligt, und nach dem Erfolge gemessen, war das politische Verhalten Montgelas gut. Ihm allein dankt Bayern das, was es heute ist, er hat es stark gemacht nach innen und außen. Er bemühte sich zuerst, an der Seite Preußens sein politisches Programm, das Bayern eine möglichst unabhängige Stellung und eine bessere Arrondierung verschaffen sollte, durchzuführen [2]).

Achtung gebietend und noch Furcht einflößend stand Preußen zu Beginn des Jahres 1799 als Wächter des Friedens im Norden Deutschlands da. Der neue Kurfürst von Bayern besaß die persönliche Sympathie des jungen Königs von Preußen, der den besten Willen hatte, die ausgestreckte Hand Max Josephs zu ergreifen. Aber die Zeit war größer als Friedrich Wilhelm III. Ein starker Hang nach Ruhe war wohl der Grundzug seines Wesens. Dieser zeigt sich auch in seinem 1797 verfaßten Regierungsprogramm [3]), worin er sagt: „Das größte Glück eines Landes besteht zuverlässig in einem fortdauernden Frieden". Aber die damalige Weltlage erforderte einen Mann der Tat, und das war der König von Preußen nicht. Zu dem Mißtrauen auf seine eigene Tüchtigkeit gesellte sich ein stark entwickelter Herrscherstolz [4]), der nur ungern geniale Naturen in seiner Umgebung duldete [5]). Er

---

1) Maximilian Graf v. Montgelas wurde am 12. September 1759 in München geboren. Sein Vater war aus Savoyen ausgewandert und in kurbayrische Dienste getreten.

2) Montgelas, Denkwürdigkeiten S. 35.

3) Hrsgb. von M. Lehmann H. Z. N. F. XXV S. 442 ff.

4) Bericht v. Posch Berlin 30. Juli 1799.

5) So wurde 1804 Stein kein Minister, weil der König ihn für zu genialisch hielt. M. Lehmann: Stein. I S. 312.

war ängstlich und schüchtern und scheute jedes kühne Vorgehen in der Politik. Schäumten in diesen bewegten Jahren die politischen Wogen höher, so eilte er wohl zum einsamen Schlosse in Potsdam und ließ keinen Minister zu sich, bis die Krise vorüber war [1]), ohne zu bedenken, daß das Ansehen Preußens bei den andern Mächten immer mehr sank. Die Versuche [2]), die gemacht sind, den König zu verteidigen, müssen als gescheitert angesehen werden. Nur den König trifft allein die Schuld, wenn Preußens auswärtige Politik in diesen Jahren ein so klägliches Bild bot.

In seiner Umgebung war vorerst kein großer Mann zu finden. Der Minister des Auswärtigen Haugwitz war zu ängstlich darauf bedacht, sich in seiner Stellung zu behaupten. Zwar erkannte er, daß der preußische Staat sich auf einer schiefen Ebene befand, und daß die Neutralitätspolitik des Königs zum Abgrund führen mußte. Er versuchte es, den König zu veranlassen, Partei zu ergreifen, aber er war zu schwach und zu sehr Höfling, um mit aller Entschiedenheit den tief eingewurzelten Ideen des Königs entgegenzutreten. Die große Schranke zwischen ihm und seinem Herrn bildete das Kabinett, zusammengesetzt aus Männern wie Lombard, Köckeritz und Zastrow, von denen keiner die Würde des preußischen Staates zu wahren verstand. Sie hörten nicht im Brausen der Stürme die vor Frankreichs Uebermacht warnende Stimme. Man fürchtete Rußland und England und haßte Oesterreich, indem man glaubte, nach friedericianischen Traditionen im Wiener Hofe den erbittertsten Feind sehen zu müssen, ohne zu bedenken, wie anders jetzt die Verhältnisse lagen. Nicht Oesterreich, das durch jahrelange, schwere Kämpfe geschwächt war, bedrohte Preußen, sondern von Westen nahte die Gefahr. Wie eine Lawine, die im Rollen Kraft gewinnt, wuchs die junge Republik an. Staaten waren von ihr zermalmt,

---

1) Bericht von Posch. Berlin 3. März 1799 und öfter.

2) So von M. Dunker, Abhandlungen aus der neueren Geschichte Leipzig 1887.

anderen nahte das Verderben. Aber wie mit Blindheit geschlagen sah Preußen der Zukunft entgegen, es glaubte, sich durch seine neutrale Stellung vor allen Gefahren gesichert zu haben.

Tatsächlich hatte Preußen schon seit dem Baseler Frieden seine Großmachtstellung verloren und nur geringen Rückhalt konnte es schwächeren Staaten gewähren. Aber der Ruhm der Vergangenheit umstrahlte damals Preußen noch, und seine Schwäche zeigte sich für Fernerstehende erst allmählich. Auch Montgelas glaubte anfangs noch an Preußens Kraft und suchte eine enge Verbindung Bayerns mit Preußen herzustellen.

So wurden zunächst die beiderseitigen Gesandtschaften von neuem bestätigt. In München wurde der General Heymann, der langjährige Freund und Vertraute Max Josephs, mit Vollmacht als Gesandter versehen und ihm der Legationsrat Harnier als Resident zur Seite gestellt. In Berlin blieb der Gesandte Karl Theodors, Baron v. Posch, und die Person aller Drei garantierte das Fortbestehen eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen beiden Mächten [1]. Der neue Kurfürst war entschlossen, in seiner Politik mit Preußen zu gehen. Sein künftiges System zeigte sich in der Rede, die Posch vor dem Könige von Preußen am 4. April 1799 hielt [2].

„Indem die ehrenvollste Bestimmung mich vor den Thron Ew. M. führt“, heißt es darin, „schätze ich mich vorzüglich glücklich, das Organ der Huldigung der treuesten und vollkommensten Anhänglichkeit zu sein, womit Seine Kurfl. Durchlaucht Ew. M. ergeben ist. Nunmehr ist der Zeitpunkt gekommen, wo mein gnädiger Kurfürst und Herr, nachdem er die Regierung seiner väterlichen Staaten angetreten hat, sich

---

1) Ohne Frage war Bayern jetzt und später in Berlin besser vertreten als Preußen in München. General Heymann war alt und durchaus nicht einem Diplomaten wie Montgelas gewachsen ebensowenig wie sein Nachfolger v. Schladen. Posch und später de Bray dagegen hatten überall hin ihre Verbindungen und hielten in trefflicher Weise ihren Hof über alles, was in der Politik vorging, auf dem Laufenden.

2) Anrede Poschs an S. M. 4. April 1799 B. A.

schmeicheln darf, ein mächtiger und nützlicher Anhänger und Bundesgenosse des preußischen Königs zu werden, und darauf wird all sein Tun gerichtet sein. Er mißt zwar mit besorgtem Blick alle Schwierigkeiten, durch welche bei den jetzt so traurigen Umständen der Gang seiner Bemühungen gehemmt wird, doch erhält ihn die Zuversicht und das Zutrauen, mit dem er auf die alten Verbindungen, auf die oftmals wiederholten Versprechungen und die Gesinnungen Ew. M. baut, die nie zulassen werden, daß Pfalz-Bayern ein Opfer des Kampfes wird, der bald nachher sich gegen den preußischen Thron wenden und den Untergang oder die gänzliche Entkräftung einer für ganz Deutschland so wichtigen Macht herbeiführen würde. Auch jetzt ist er bereit, mit aller Anstrengung, welche seine Mittel zulassen, sich an das System und die Maßregeln anzuschließen, womit das Band beider Staaten fester geknüpft, der Friede und die Erhaltung der Ruhe in Deutschland bewirkt werden können, und nur in der Ausschließung von diesen gemeinsamen Maßregeln und der Trennung von dem jetzigen System würde er die Begründung solcher Besorgnisse finden, welche sein Schicksal auf die gefährlichste Klippe führen und das Werk der weisen, älteren Verbindung in einem Augenblick zerstören müßten".

Daß dieses nicht nur leere Phrasen waren, zeigte die nächste Folgezeit. Die preußische Partei dominierte anfänglich völlig in München, da der Kurfürst und auch Montgelas sich zu ihr bekannten. Ja, man dachte sogar daran, die preußischen Verwaltungs- und Heereseinrichtungen [1]) in Bayern einzuführen.

Es hing nun von Preußen ab, den treuen Anhänger, den es im Süden Deutschlands hatte, sich auch in Zukunft zu erhalten. Den Absichten Oesterreichs auf Bayern war man bereit entgegenzutreten; der König erklärte, er sei entschlossen, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die Rechte des

1) Berichte von Seilern, München, 24. Februar, 1. März, 15. März, 9. April 1799.

neuen Kurfürsten zu schützen [1]). Aber nicht von Wien drohte Gefahr. Dort schien man den Vertrag von Schwabhausen vergessen zu haben, und es bestand, „wenn auch nicht gerade Freundschaft, so doch ein wünschenswertes Einvernehmen mit dem Münchener Hofe“ [2]). Von einer anderen Seite zogen dunkle Wolken herauf. Der Rastatter Kongreß hatte schon seit Januar 1799 eine Wendung genommen, die zu einem neuen Kriege führen mußte. Sowohl Frankreich wie Oesterreich im Bunde mit Rußland war wieder zu einem Waffengange bereit, und am 1. März erfolgte dann auch wirklich die Eröffnung der Feindseligkeiten. Die Franzosen überschritten den Rhein, und Bayern nahte das Verderben. Die Lage des Kurfürsten war verzweifelt. Eine Rettung glaubte man anfangs in München nur in einer starken Union zwischen Preußen und den anderen großen und kleinen Staaten gegen Frankreich finden zu können. Der Plan war: Alle Kreise des Reiches sollten gemeinsam ein Heer aufstellen, um die Räumung des rechten Rheinufers durch die Franzosen, Zurückdrängung der Russen aus dem Reiche und der Oesterreicher aus Bayern zu erzwingen und so dem Reiche den ersehnten Frieden zu bringen. Preußen sollte dann in den Markgrafschaften ein Armeekorps bereithalten, um den Oesterreichern den Eintritt ins Reich zu wehren, während die Reichsarmee die Rheingrenze gegen die Franzosen verteidigen würde, Bayern wollte sich zur Stellung von 15 000 Mann ev. sogar 25 000 und mehr verpflichten.[3]) Vielleicht wäre es schon damals für Preußen nicht unmöglich gewesen, die Führerrolle in Deutschland zu erhalten, denn wie Bayern dachte der Landgraf von Hessen, der mit gleichen Vorschlägen den Grafen von Pappenheim nach Berlin sandte, der Herzog von Württemberg und der Kurfürst von Mainz. [4]) Aber zur Ergreifung eines so kühnen Planes war man in Berlin nicht fähig. Auch in München kam man bald wieder davon ab,

1) Bericht von Posch. Berlin, 22. Februar 1799.
2) Montgelas: Denkwürdigkeiten S. 35.
3) Instr. für Posch. München, 10. März 1799.
4) Ebenda.

nachdem man erkannt hatte, daß er undurchführbar war, sobald Preußen seinen Beitritt verweigerte.

Ein anderes Mittel mußte der Kurfürst finden, um sich seine politische Existenz zu erhalten. Wieder war es Preußen, auf das man in München seine Hoffnung setzte, um aus der gefährlichen Lage herauszukommen. Bayern sei gerettet, so glaubte man, wenn Preußen den Frieden mit Frankreich unabhängig von Oesterreich allein für das Reich vermittele oder die Neutralität Deutschlands garantiere oder aber sich entschließen würde, selbst am Kriege gegen Frankreich teilzunehmen.[1])

Das erste Projekt trat gleich hinter dem zweiten zurück, der Wunsch des Münchener Hofes war zunächst, sich eine neutrale Stellung zu schaffen. Seit dem Frieden von Basel hatte sich Preußen durch eine Demarkationslinie geschützt und genoß die Segnungen des Friedens, während im übrigen Teile des Reiches der Kampf tobte. In diese Linie mit eingeschlossen zu werden, wäre allerdings für Bayern sehr vorteilhaft gewesen, denn auf diese Weise hätte man Oesterreich, das seit 15 Monaten 110 000 Mann in Bayern stehen hatte, gezwungen, das Land zu räumen. Aber in Berlin widerstrebte man dem Plane.

Als Garant der Neutralität Bayerns würde Preußen bei einer Verletzung, die ohne Zweifel eintreten würde, mit in den Krieg verwickelt worden sein; das aber zu verhindern, war das Hauptprinzip des friedliebenden Königs. In einer Denkschrift [2]) an das preußische Ministerium hatte Posch auf die Gefahren hingewiesen, die Bayern drohten, falls es nicht mit Preußens Hülfe sich eine neutrale Stellung verschaffte. Bayern dürfe es mit keinem seiner Nachbarn ganz verderben, es würde sonst bei einem Friedensschlusse geopfert werden. Um Frankreich die Möglichkeit zu nehmen, feindlich gegen Bayern vorzugehen, sollte Preußen in Wien auf die Räumung Ingolstadts

---

1) Instr. f. Posch. München, 21. März 1799.

2) Mémoire v. Posch. Berlin, 5. April, 1799. B. A.

dringen. Die Antwort[1]), die Posch gegeben wurde, lehnte durchaus die bayrischen Forderungen ab. Eine Neutralität des südlichen Deutschlands sei unmöglich, solange der Wiener Hof nicht seine Einwilligung dazu geben wolle. Aber dieser habe dem Könige erklärt, auf keinen Fall eine Ausdehnung der Demarkationslinie nach irgend einer Seite hin zulassen zu können. Seit Ausbruch des Krieges sei es dem Könige auch unmöglich, dem Süden die Neutralität zu verschaffen; denn wollte er es versuchen, so würde sein System, dem Norden Deutschlands Ruhe, Sicherheit und Frieden zu erhalten, gefährdet werden. Auch auf Frankreich könne man nicht einwirken, man müsse sich begnügen, daß der preußische Gesandte in Paris, Sandoz-Rollin, für Bayern Interesse habe. Diesem waren von Berlin aus Befehle zugegangen, das Direktorium auf die Teilnahme, die der König an dem Schicksale der bayrischen Besitzungen nehme, hinzuweisen, um vielleicht auf diese Weise zu bewirken, daß die Franzosen die Untertanen des Kurfürsten nicht allzu hart behandelten und den bayrischen Besitz respektierten.[2]) Der Rat, der immer wieder auch in der Antwort auf die Denkschrift Bayern gegeben wurde, war, sich Oesterreich anzuschließen.[3]) Der Kurfürst möge dem Wiener Hofe mit Vertrauen entgegenkommen, um den alten Argwohn des Wiener Hofes, Bayern beabsichtige sich mit Frankreich zu verbinden, zu beseitigen, ja sogar zu diesem Zwecke alle Verhandlungen mit der französischen Regierung dem Kaiser mitteilen. Oesterreich habe seine Absichten auf Bayern aufgegeben, und es sei vermöge seiner größeren Machtmittel imstande, Bayern zu schützen und seine politische Existenz zu garantieren. Nur so könne der Kurfürst die Zukunft seines Landes sichern und seine gerechten Ansprüche auf Entschädigung für die Kriegsleiden durchsetzen. Bei der damaligen Lage Bayerns, das vollständig in den Händen

1) Antwort auf das Mémoire von Posch vom 5 April 1799. B. A.

2) Ebenda und Antwort auf ein Mémoire Poschs an das pr. Ministerium vom 1. April 1799, Berlin, 9. April 1799.

3) Berichte v. Posch, Berlin 27. Februar, 3. März, 5. April etc. 1799.

der Oesterreicher war, die jeden Augenblick den Kurfürsten zwingen konnten, sich ihren Wünschen zu fügen, war dies auch der beste Rat, der gegeben werden konnte. Aber die Kassen des Kurfürsten waren leer, sein Volk haßte die Oesterreicher, und eine Beleidigung der Volksseele bedeutete in der damaligen Zeit eine große Gefahr für den Herrscher. So kam man immer wieder darauf zurück, mit Preußens Hülfe Bayern zuletzt doch noch die Neutralität zu verschaffen. Nicht so ganz ungelegen kam dafür dem Kurfürsten der Rastatter Gesandtenmord am 28. April 1799. Keinen Augenblick war man in München im Zweifel, wer dafür verantwortlich zu machen sei. Der Verdacht gegen Oesterreich schien durch die Aussage eines Szeklerhusaren bestätigt zu werden; dieser versicherte, er habe auf ausdrücklichen Befehl seines Vorgesetzten den Gesandten Roberjot niedergehauen [1]). Man hoffte, daß diese Tat, die man Oesterreich *) zuschrieb, und die jedem Völkerrechte Hohn sprach, den größten Eindruck auf den geraden, schlichten Sinn Friedrich Wilhelms III. machen würde, und daß er jetzt nicht mehr auf seinem Rat bestehen würde, Bayern solle sich Oesterreich anschließen, einer Macht, die solcher Treulosigkeit fähig sei. [2]) Aber war der König auch über die Mordtat erschüttert, die daran geknüpften Hoffnungen des Kurfürsten erfüllten sich nicht. Die Entscheidung, so schwer sie ihm fiel, da er an keinen Sieg seiner Waffen glaubte, war nicht mehr aufzuhalten. Er mußte sich Oesterreich anschließen. Aber Harnier gegenüber erklärte er: „Ich bin nicht dazu geschaffen, Oesterreicher zu werden, ich kann

---

*) Anmerkung: Das Dunkel, welches über dieser Bluttat liegt, ist auch heute noch nicht ganz gelichtet. Sicher aber ist, daß österreichische Husaren auf höheren Befehl die Gesandten niedergehauen und ihre Papiere geraubt haben. Ob die Regierung davon gewußt hat, ist nicht erwiesen. Die letzte Darstellung dieser Ereignisse findet man bei K. Th. v. Heigel: Deutsche Geschichte, vom Tode Fr. d. Gr. bis z. Auflösung des alten Reichs II S. 337 ff.

1) Instr. f. Posch, München, 6. Mai 1799.

2) Ebenda.

mich nicht an den Gedanken gewöhnen, daß ich von Preußen zurückgestoßen bin".[1]) Mit einem Contingent von 2400 Mann beteiligte sich anfangs Bayern an dem Reichskriege gegen Frankreich. Freilich ein allzu enger Anschluß des Kurfürsten an den Wiener Hof war auch nicht in Preußens Sinne. „Der Kurfürst tut mir Unrecht", erklärte der König, „wenn er meint, ich hätte ihm den Rat erteilt, sich Oesterreich in die Arme zu werfen. Ich hoffe vielmehr im Gegenteil, daß er niemals die Anhänglichkeit an Preußen, zu dem er sich stets bekannt hat, und an dem er aus Ueberzeugung und Empfindung festhält, aufgeben wird".[2])

Der Versuch, durch Vermittlung Preußens für Bayern die Neutralität zu gewinnen, war gescheitert. Jetzt galt es für den Kurfürsten, mit allen Kräften auf die Verwirklichung der anderen Möglichkeit, durch die er glaubte, sich seine politische Existenz sichern zu können, hinzuarbeiten; die aber war, Preussen zum Beitritt zur Koalition zu bewegen. Falls Preußen sich an der Koalition beteiligt hätte, so wäre es wohl möglich gewesen, Frankreich seine Beute wieder zu entreißen. England durch Lord Grenville und Rußland durch Graf Panin schürten in Berlin den Kriegsgedanken. Auch am Hofe bestand eine starke Kriegspartei, die ihr Haupt im Grafen Haugwitz hatte. War dieser anfänglich der Meinung gewesen, durch ein Zusammengehen mit Frankreich für Preußen Vorteil zu erlangen, so hatte sich seine Ansicht nach den Ereignissen des 18. Fruktidor geändert.[3]) Nur in einem allgemeinen Kriege gegen Frankreich sah er ein Mittel, dessen gefährliche Pläne zu hindern. Bayern konnte hoffen, in ihm einen Bundesgenossen für die Verwirklichung seines Wunsches zu finden. Doch der König war gegen den Krieg. Er wollte sich nicht für eine ungewisse Zukunft verpflichten. Sein Charakter schien im voraus schon die Hoffnung des südlichen Deutschlands zu vereiteln, das erwartete, in ihm den mächtigen Verbündeten zu

1) Du Moulin Eckard: Montgelas, S. 103.

2) Ebenda S. 104.

3) Bericht v. Posch. Berlin, 27. Februar 1799.

sehen, dessen Beitritt zur Koalition gegen Frankreich den Sieg zu garantieren schien. Selbst die Siege der Oesterreicher bei Osterach und Stockach konnten ihn in seinem Entschlusse, neutral zu bleiben, nicht wankend machen. Auch die Vertreter Rußlands und Englands erreichten vorerst nichts. Lord Grenville machte den Vorschlag, um den Wünschen des Königs entgegenzukommen, Preußen solle auf Grund seiner alten Verträge in Paris die Räumung Hollands fordern und erst, wenn man dem Verlangen nicht nachkommen würde, zu den Waffen greifen. Für diesen Fall stellte er reiche Subsidien in Aussicht. Aber er erwirkte doch nur eine Erklärung des Königs, die einer Absage gleichkam. Der König willigte nämlich ein, in den Krieg gegen Frankreich mit einzutreten, falls die Franzosen einen Angriff machen würden auf den preußischen Besitz in Westfalen oder Franken, auf Sachsen, Hannover oder Hamburg, oder wenn die Demarkationslinie verletzt würde.[1]) Daß aber die Franzosen so unklug sein würden, den König durch einen Angriff auf einen der 6 Punkte zu reizen, war unwahrscheinlich. Die Minister Haugwitz, Alvensleben und Finkenstein setzten indessen ihre Bemühungen, den Sinn ihres Königs umzustimmen, fort. „Ein Kampf sei unvermeidlich", führte Haugwitz in einer Denkschrift aus,[2]) „unabweisbar müsse er früher oder später erfolgen, und wozu solle man Frankreich soweit erstarken lassen, bis es sein gigantisches Werk zum Abschluß gebracht habe, denn dann sei es vielleicht unmöglich, den Feind aus einem Lande (Holland) zu vertreiben, dessen Unabhängigkeit eine so gewaltige Bedingung für die Sicherheit der preußischen Monarchie sei." Aber der unheilvolle Einfluß des Kabinetts machte sich hier geltend. Köckeritz' und Lombards Einflüsterungen, die im eigenen Interesse den Wünschen des Königs entgegenkamen, hatten mehr Einfluß auf ihn, als alle Vorstellungen seiner Minister. Auch die Rücksichtnahme auf die verzweifelte Lage

1) Bericht v. Posch. Berlin, 27. April 1799.

2) Bailleu, Publikationen aus d. pr. St. A. I 284 und Du Moulin Eckard, Montgelas S. 156.

Bayerns konnte ihn bei aller persönlichen Sympathie für Land und Fürsten zuerst nicht veranlassen, von seinem Grundprinzip abzuweichen. Doch etwas wankend machte seinen Entschluß, auf jeden Fall neutral zu bleiben, die Haltung Rußlands; hier hatte seine Friedenspolitik bei dem heißblütigen Zaren Paul I. eine Erbitterung erzeugt, die für die Zukunft besorgt machen mußte. Dazu kam seine Liebe zum Hause Oranien und sein Mißtrauen gegen die weitgehenden Pläne Frankreichs. Noch unentschlossen, wofür er sich erklären sollte, trat er eine Reise in die westlichen Provinzen an, auf der er auch mit dem Kurfürsten von Bayern in Ansbach zusammentreffen wollte. Am 2. Juni 1799 hatte er mit dem Herzoge von Braunschweig und Haugwitz in Petershagen bei Minden eine Zusammenkunft. Hier schienen die Würfel fallen zu sollen. Haugwitz entwickelte noch einmal seine Gründe für eine Beteiligung Preußens am Kriege; aber seine Hoffnung, durch den Herzog von Braunschweig in seinen Bemühungen, den König umzustimmen, unterstützt zu werden, erfüllte sich nicht. Der Herzog schwieg*) und ließ Haugwitz allein.[1]) Doch die Gründe des Grafen Haugwitz machten solchen Eindruck auf den König, daß er schließlich aufgeregt rief: „Gut, da Sie es beide wünschen, werde ich Krieg führen." Als aber Haugwitz um die Erlaubnis bat, die nötigen Befehle abschicken zu dürfen, forderte der König, noch damit zu warten. Auch Lombard befand sich in seiner Umgebung, und dieser riet ihm, Haugwitz nicht zu folgen, denn ein gegen den Willen des Königs begonnener Krieg könne nie gut endigen. Seine Worte fanden einen günstigen Boden. Erst in Kassel, erklärte

---

*) Anmerkung: Wie der Herzog von Brauschweig dachte, zeigt auch eine Instruktion für Posch vom 12. Juni 1799. Da heißt es: „Der Herzog ist durchaus nicht für die Koalition, und die irren sich gewaltig, die glauben, er werde den König zum Beitritt bestimmen. Mir hat er geraten, neutral zu bleiben und mich nicht den Wechselfällen eines Krieges anzuvertrauen.

1) Mémoire über den Rücktritt des Grafen Haugwitz von de Bray, 1804. B. A.

der König, wolle er sich endgültig entscheiden. Einen letzten Versuch, den König auf seine Seite hinüber zu ziehen, machte Haugwitz noch, als ein bayrischer Kurier eintraf, der dem Kurfürsten die Entscheidung des Königs bringen sollte. Er suchte seinen Herrn zu veranlassen, im Interesse Bayerns sich endgültig zu entscheiden, aber vergeblich. Der Kurier erhielt den Bescheid, der König wolle nach Berlin zurückkehren und von dort aus seinen definitiven Entschluß zu erkennen geben.[1]) Aber der König setzte seine Reise fort. Doch auch in Kassel konnte er sich noch nicht entschließen. Haugwitz war verzweifelt über die Unentschlossenheit seines Herrn, indessen erklärte er auf der Weiterreise nach Ansbach mehreren fremden Gesandten, Preußen werde bestimmt der Koalition beitreten.[2]) In dieser Hoffnung reisten auch der Kurfürst Max Joseph und Montgelas nach Ansbach, wo sie am 18. Juni eintrafen.

Einen neuen Plan des Landgrafen von Hessen, gemeinsam mit Bayern und Württemberg unter dem Schutze Preußens einen Frieden herbeizuführen, hatte man nur kühl in München aufgenommen.[3]) Man kannte schon des Königs von Preußen Gesinnung über eine Ausdehnung der Neutralität, und wirklich schrieb dieser dem General Heymann: „Der Landgraf kann seine Mühe sparen; die Neutralität auf Süddeutschland auszudehnen, ist nicht angängig, und niemals werde ich diesen Plan unterstützen“.[4]) Des Kurfürsten ganzes Trachten ging jetzt darauf aus, in Preußen einen Bundesgenossen zu erhalten.

Fast gleichzeitig trafen König Friedrich Wilhelm III., in dessen Gefolge sich Haugwitz und leider auch Köckeritz und Lombard befanden, und Max Joseph in Ansbach ein. Die Gefühle herzlicher Freundschaft, die beide Fürsten einander entgegenbrachten, schienen eine völlige Verständigung herbeiführen zu sollen. Mit den größten Hoffnungen, hier die Befreiung aus seiner

1) Mémoire über den Rücktritt des Grafen Haugwitz von de Bray.

2) Ebenda.

3) Instr. f. Posch, München, 5. Juni 1799.

4) Instr. f. Heymann, 1. Juni 1799.

hilflosen politischen Lage zu finden, trat der Kurfürst dem Könige gegenüber, und seine Erwartungen schienen sich auch zu erfüllen. Von preußischer Seite wurde ihm, wie der Kurfürst selbst anerkannte,[1]) volles Vertrauen entgegengebracht. Haugwitz erklärte, er wolle vergessen, daß er preußischer Minister sei, um dem Verbündeten seines Herrn sein Interesse zu zeigen;[2]) und der König erklärte sich bereit, Max Joseph Bayern und seine Erblande zu garantieren. Freilich eine bestimmte Zusicherung des Königs, der eben so sehr den Absichten Oesterreichs wie denen Frankreichs mißtraute, an dem Kriege teilzunehmen, konnte der Kurfürst nicht erhalten. „Aber es scheint mir“, heißt es in einer Instruktion[3]) für Posch, „daß der König entschlossen ist, den Frieden zu erzwingen, und alle seine Vorbereitungen und alle seine Pläne sind nur daraut gerichtet, diesen seinen Gedanken zu verwirklichen. Wenn es Preußen nicht gelingt, durch nachdrückliche Verhandlungen Frankreich zu veranlassen, in seine alten Grenzen zurückzukehren, so ist anzunehmen, daß es sich der neuen Koalition anschließen wird.“

In Ansbach scheint der König wirklich entschlossen gewesen zu sein, in den Krieg einzugreifen. Dem Kurfürsten wurde geraten, sein Heer zu verstärken. Als dieser auf die zerrütteten Finanzen Bayerns hinwies und bat, falls es zwischen Preußen und England zu einem Subsidienvertrage kommen sollte, ihn darin einzuschließen und ihm einen Teil des Geldes zur Vermehrung seines Heeres abzulassen, oder ihm einen Sondervertrag mit England zu verschaffen, erklärte man sich bereit, den Vorschlag des Kurfürsten in Erwägung zu ziehen.[4]) Denn Preußen konnte nur daran gelegen sein, in einem künftigen Kriege mit Frankreich an Bayern einen starken Verbündeten zu haben. Für Bayern aber wäre es wieder sehr vorteilhaft gewesen, durch Preußens Vermittlung die Subsidien

1) Instr. f. Posch, München, 24. Juni 1799.
2) Ebenda.
3) Ebenda.
4) Ebenda.

zu erlangen, um nicht lästige Bedingungen vom Londoner Hofe annehmen zu müssen.

Auch die andere große Frage, die dem Kurfürsten seit seinem Regierungsantritt große Sorge bereitet hatte, wurde in Ansbach erörtert. Die Beziehungen Bayerns zu Rußland, die früher die besten gewesen waren, hatten sich schon in der letzten Zeit Karl Theodors verschlechtert.[1]) Ein völliger Bruch aber trat ein, als gleich nach der Thronbesteigung Max Josephs ein Großpriorat des Malteserordens in Bayern aufgehoben wurde, um dadurch die Finanzen des Landes aufzubessern. Dieser Schritt aber wurde vom Zaren Paul I., dem Großmeister des Ordens, als eine persönliche Beleidigung aufgefaßt. In seiner Wut, die von Oesterreich geschürt wurde, gab er seinem Generale Korsakow den Befehl, Bayern zu besetzen.[2]) Die Lage des Kurfürsten war schlecht. Oesterreich war voller Schadenfreude, von Frankreich war kein Eingreifen zu erwarten, so blieb ihm nur übrig, Preußen um seine Vermittlung anzugehen. In Berlin hatte man von Anfang an das Vorgehen Bayerns in der Maltesersache als übereilt angesehen, wiewohl man nicht Anstand nahm zu erklären, daß die Aufhebung der bayrischen Zunge an und für sich nur gerecht sei.[3]) Aber die Bitte, die Vermittlerrolle zu übernehmen, kam dem Könige sehr ungelegen. Man fürchtete, durch eine solche noch mehr den Zorn Pauls I. gegen Preußen zu steigern, der durch die beständige Weigerung, der Coalition sich anzuschließen, entfacht war. Zwar erhielt der preußische Gesandte in Petersburg, Tauentzien, Anweisung, sich im Interesse Bayerns zu verwenden, aber dieser wollte sich, wie Montgelas meint,[4]) persönliche Unannehmlichkeiten ersparen und kam den erhaltenen Befehlen überhaupt nicht oder doch nur lässig nach. Selbst als Gerüchte in Berlin umliefen, der Prinz Condé, der in russischen

1) K. Th. v. Heigel, Deutsche Geschichte v. Tode Friedr. d. Gr. bis zur Auflösung des alten Reiches II S. 331. Kleinschmidt: Der Vertrag v. Gatschina. Forsch. z. bayr. Gesch. VI S. 205 ff.

2) Du Moulin Eckard, Montgelas, S. 96 ff.

3) Instr. f. Harnier. Berlin, 11. März 1799.

4) Montgelas, Denkwürdigkeiten, S. 38.

Diensten stand, sinne auf einen Anschlag gegen Bayern, erklärte Haugwitz zu Posch, er könne nichts tun; man müsse erst den Bericht des Petersburger Gesandten abwarten.[1]) Die Hilferufe aus München wurden immer dringender. Man beschwor den König nur einen Rat zu geben, den man auf jeden Fall befolgen wolle. Man bat ihn, in Petersburg sagen zu lassen, es sei gar keine Aufhebung des Malteserordens beabsichtigt gewesen, sondern man habe nur provisorisch die Güter des Ordens[2]) mit Beschlag belegt, denn Montgelas hatte den politischen Fehler, den man begangen, erkannt und suchte nun, da eine Rechtfertigung des gemachten Schrittes zwecklos war, auf alle Weise in der Sache nachzugeben. Aber seine Bemühungen, den Berliner Hof zu veranlassen, für Bayern einzutreten, waren vergeblich,[3]) und unangenehm berührte es in München, als gar zum Nachfolger Tauentziens der Baron von Jakobi Klöst ausersehen wurde, dessen offene Abneigung gegen Bayern bekannt war.[4]) Auf die Bitten des Kurfürsten hin wurde zwar von der Sendung Jakobis Abstand genommen und der General Gröben nach Petersburg entsandt und ihm der Auftrag gegeben, das Interesse Bayerns zu vertreten. Aber Gröben konnte nur von seiner Tätigkeit auf diesem Gebiete berichten, daß das russische Ministerium die Teilnahme des Königs an dieser Angelegenheit gänzlich unbeachtet lasse.[5]) Inzwischen aber hatte der Kurfürst schon selbst gehandelt. In einem eigenhändigen Briefe entschuldigte er sich und suchte durch Nachgeben den Zorn Pauls I. zu besänftigen. Bevor aber noch eine Antwort eingetroffen war, traf Max Joseph mit dem Könige von Preußen in Ansbach zusammen, und hier wurde dem Kurfürsten eine wirklich energische Vermittlung von dem Könige versprochen.[6]) Doch bevor Preußen noch wirksam für Bayern eingreifen

1) Bericht Posch. Berlin, 11. Mai 1799.
2) Instr. f. Posch. München, 19. Mai 1799.
3) Bericht von Posch. Berlin, 1. Juni 1799.
4) Ebenda.
5) Bericht von Posch. Berlin, 18. Juli 1799.
6) Instr. f. Posch. München, 24. Juni 1799.

konnte, waren schon die guten Beziehungen zu Rußland wieder hergestellt.

Der Tag von Ansbach bildet den Höhepunkt des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Preußen und Bayern. Das vollste Einvernehmen schien zwischen beiden Staaten zu bestehen, sodaß daraus für die Zukunft die schönsten Früchte zu erwarten waren.[1]) Viel ruhiger kehrte Max Joseph am 22. Juni 1799 in seine Hauptstadt zurück. Bis Anfang Juli dauerte seine zuversichtliche Stimmung, in Preußen den Verbündeten gefunden zu haben, der niemals seine Sache von der Bayerns trennen würde. Der österreichische Gesandte Seilern konnte seinem Hofe melden, der Kurfürst zeige eine größere Bereitwilligkeit zur Stellung von 12 000 Mann, seitdem er von Ansbach zurückgekehrt sei, da der König von Preußen sich ebenfalls der Koalition anschließen wolle.[2]) In einer Instruktion vom 3. Juli heißt es noch:[3]) „Eine Koalition ist zwischen Preußen, England und Rußland zum Schutze des Nordens und zwischen diesen 3 Mächten und Oesterreich zum Schutze des Südens zustande gekommen.“ Man kannte in München sogar schon den künftigen Feldzugsplan. Preußen würde, durch Sachsen, Hannover, Schweden und Dänemark verstärkt, zwei Heere aufstellen. Das eine sollte unter dem Befehle des Herzogs von Braunschweig Holland befreien, das andere unter dem Landgrafen von Hessen und dem General Rüchel am Rhein operieren, während Oesterreich und Rußland die Franzosen aus Italien herausdrängen sollten.[4]) Des Kurfürsten Wille war, falls man ihm den Besitz aller seiner Staaten, wie er vor dem Kriege gewesen war, garantiere, und ihm 400000 Pfund Sterling Subsidien auszahlen würde, sich mit 20 000 Mann am Kriege zu beteiligen.[5]) Doch wünschte er, sich der Koalition des Nordens anzuschließen, weil er bei seiner Freund-

1) Montgelas, Denkwürdigkeiten, S. 43.
2) Bericht v. Seilern. München, 28. Juni 1799. Wiener Archiv.
3) Instr. f. Posch. München, 3. Juli 1799.
4) Ebenda.
5) Instr. f. Posch. München, 7. Juli 1799.

schaft mit Preußen glaubte, daß man dort bereitwilliger auf sein Interesse Rücksicht nehmen würde, denn Oesterreich würde seine Hülfe nur als eine durch die Reichsverfassung bedingte Pflicht ansehen, und ihm weder seinen Besitz garantieren noch ihm eine angemessene Entschädigung verschaffen. [1])

Aber allen seinen Hoffnungen, Wünschen und Plänen fehlte der feste Untergrund. Er hatte sich getäuscht, wenn er glaubte, Friedrich Wilhelm sei fähig tatkräftig zu handeln. Der König war in Ansbach zum Kriege entschlossen gewesen, und doch gab er schon in Hanau seinen Entschluß wieder auf! Ein Jena wäre dem preußischen Staate wohl erspart geblieben, hätte der König es verstanden, den Augenblick, wo Frankreich schwach war, zu benutzen.

Preußen hätte sein Mißtrauen gegen Oesterreich überwinden müssen; und wenn auch die preußischen Generäle einer Waffengemeinschaft mit den Oesterreichern nach den erst vor kurzem gemachten bitteren Erfahrungen abgeneigt waren, so gab der oben erwähnte Feldzugsplan immer die Möglichkeit, eine solche zu vermeiden. Lombards unheilvoller Einfluß auf den König war stärker als der von Haugwitz, dessen Stellung gewaltig erschüttert war, als er erklären mußte, er habe seines Königs wahre Absicht nicht gekannt. Obwohl er das Vertrauen seines Herrn verloren hatte, blieb er doch auf seinem Posten. Es ist danach erklärlich, wenn in Berlin die Meinung verbreitet war, der König habe nur nach den geheimsten Ratschlägen seines Ministers gehandelt. [2]) Der Kurfürst schrieb damals an Posch: [3]) „Ich hege den Verdacht, daß Graf Haugwitz über den Widerstand, den er in seinen Plänen gefunden hat, durchaus nicht so unwillig ist, wie er zu sein vorgibt. Er hat immer noch die Hoffnung, Frankreich zum Frieden zu veranlassen und in die alten Grenzen zurückzudrängen, ohne etwas aufs Spiel zu setzen, und er will dem

1) Instr. f. Posch. München, 3. Juli 1799 u. Note von Posch an Haugwitz, Berlin, 13. Juli 1799. Copie B. A.

2) Bericht v. Posch. Berlin, 26. Juli 1799.

3) Instr. f. Posch. München, 19. Juli 1799.

Könige den Ruhm verschaffen, dies vermittelt zu haben. Am liebsten würde er es bei der Bequemlichkeit, [1]) die ihm eigen ist, sehen, wenn die Ereignisse ihm halb soviel Verlegenheiten machten."

Der König kehrte nach Berlin zurück, entschlossener als je neutral zu bleiben. Von einem Erzwingen des Friedens war keine Rede mehr. Bescheiden drückte Friedrich Wilhelm nur noch einmal Anfang Juli dem französischen Agenten Otto gegenüber den Wunsch nach Frieden aus.[2]) Schließlich ließ er Ende Juli, als das Ministerium noch eine Zeitlang fortfuhr, mit den Vertretern Rußlands und Englands zu verhandeln, den Grafen Haugwitz nach Charlottenburg rufen und beauftragte ihn, dem Ministerium zu erklären, seine Absicht sei, sich absolut nicht durch irgend welche Verpflichtungen zu binden.[3]) Der König lehnte es ab, die süddeutschen Fürsten zu schützen. Durch Preußen wurden sie in Frankreichs Arme getrieben.

Haugwitz erklärte dem bayrischen Gesandten, daß es für Preußen unmöglich sei, für den Augenblick Bayerns Schutz zu übernehmen.[4]) Jetzt kam Montgelas die volle Erkenntnis, daß Preußen seine Kraft verloren habe. Er sah ein, daß er mit Preußen, wie es damals war, niemals sein großes Regierungsprogramm durchführen konnte. Von jetzt an beginnt sein Werben um die Gunst anderer. Bayern bedurfte einer Allianz, um sich einen festen Stützpunkt gegen Oesterreichs bekannte Absichten, die einige Monate vorher durch die Veröffentlichung der Geheimartikel des Friedens von Campoformio dem Kurfürsten von neuem in Erinnerung gebracht waren, zu sichern. Frankreich kam noch nicht in Betracht, es blieb nur Rußland übrig.

1) Siehe auch: Montgelas, Denkwürdigkeiten, S. 43.
2) Bericht v. Posch. Berlin, 9. Juli 1799.
3) Bericht v. Posch. Berlin, 26. Juli 1790.
4) Bericht v. Posch. Berlin, 18. Juli 1799.

Zweites Kapitel.

Der zweite Koalitionskrieg.

Trotz der Enttäuschung am Münchener Hofe blieben die äußeren Beziehungen zu Preußen die denkbar besten. Montgelas war zu sehr Realpolitiker; hatte er sein Ziel nicht erreichen können, so sagte er wohl: „Sprechen wir nicht mehr davon" und hatte sofort einen andern Plan bei der Hand. Wäre es ihm auch lieber gewesen, Preußen hätte seine Neutralitätspolitik aufgegeben, so hoffte er doch, auch aus der Neutralitätspolitik Preußens für Bayern Nutzen ziehen zu können. Preußen im Frieden mit Frankreich sollte, so war sein Plan, später, wenn mit der Koalition nicht der Sieg sein würde, eine Annäherung zwischen dem Direktorium und dem Münchener Hofe herbeiführen [1]; auch dieUnterstützung des Berliner Hofes bei einem Friedensschlusse, wobei die Entschädigung festgestellt werden mußte, wünschte er sich zu sichern. So wurde denn Posch angewiesen, den preußischen Staatsmännern mit dem größten Vertrauen entgegenzukommen, und die Bande zwischen Bayern und Preußen wieder fester zu ziehen [2].

Durch den Anschluß Bayerns an Rußland wurde das Verhältnis zu Frankreich ein wirklich feindseliges. Der Kurfürst wurde gezwungen, seinen Gesandten Cetto aus Paris abzurufen. Um nun aber dort nicht ganz ohne Vertretung zu sein, bat man den Berliner Hof, den preußischen Gesandten Sandoz Rollin zu beauftragen, die Interessen Bayerns beim Direktorium wahrzunehmen [3]. Preußen war der Bitte schon zuvor gekommen und hatte den Gesandten angewiesen, mit allen Kräften für Bayern einzutreten und auf die Bedeutung Bayerns hinzuweisen, um die Franzosen zu ver-

1) Instr. f. Posch München 9. August 1799.
2) Instr. f. Posch München 16. August 1799.
3) Instr. f. Posch vom 25. August 1799.

anlassen, nicht allzu hart in den Landen des Kurfürsten aufzutreten [1]. Solche Vorstellungen waren nötig geworden, denn der Augenblick rückte immer näher, wo Bayern Kriegsschauplatz werden mußte. Den Siegen der Koalitionsheere in Deutschland und Italien im Frühjahr und Sommer 1799 waren gegen den Herbst dieses Jahres Niederlagen gefolgt. Siegreich drangen die Franzosen in der Schweiz vor. Eine russisch-englische Expedition gegen Holland war mißglückt. Die Koalition lockerte sich immer mehr. Rußland schob die Schuld, daß der Feldzug mißlungen war, auf Oesterreich und England und diese wieder auf Rußland. Schließlich kündigte Paul I. dem Kaiser Franz an, daß er aufhören werde, mit ihm gemeinschaftliche Sache zu machen, „um dadurch nicht der schlechten Sache einen Triumph zu bereiten“ [2].

Durch den Rücktritt des Zaren von der Koalition wurde Bayern in eine schlimme Lage gebracht, denn wenige Wochen zuvor, am 1. Oktober hatte es in Gatschina mit Rußland einen Vertrag [3] geschlossen, der es fest mit der russischen Politik verknüpfte. Neben großen Vorteilen wie der Zusicherung absoluter Garantie des pfalz-bayrischen Besitzstandes und dem Versprechen, dem Kurfürsten Subsidien von England, die er durch Preußens Vermittlung nicht hatte bekommen können, zu verschaffen, enthielt der Vertrag auch eine Bestimmung, die Montgelas' Hoffnungen auf eine große Zukunft Bayerns lahm zu legen drohte. Der Kurfürst mußte sich verpflichten, ein Heer von 20 000 Mann aufzustellen, um mit aller Macht zum Erfolge der guten Sache beitragen zu können, und die Absichten des Zaren, die deutsche Reichsverfassung aufrecht zu erhalten [4], zu unterstützen. Der status quo des vielgliedrigen deutschen Staatskörpers schien damit für die Zukunft festgelegt, und Montgelas' Plan, durch Säkularisation eine Ver-

*1) Bericht von Posch Berlin 10. August 1799.

2) Häusser, Deutsche Geschichte II S. 265.

3) Kleinschmidt, Der Vertrag von Gatschina. Forsch. z. bayr. Gesch. VI.

4) Art. VII des Vertrages v. Gatschina.

größerung Bayerns zu erreichen, gescheitert zu sein.

Einen günstigen Eindruck machte der Vertrag in Berlin. Man war aufrichtig erfreut, daß darin der Besitz Bayerns garantiert war, doch war der König nicht geneigt, auch seinerseits ihn in einem Vertrage, den Rußland befürwortete und Bayern wünschte, zu garantieren [1]). Ein Ehrenmann wie der König habe es nicht nötig, gemachte Versprechungen zu wiederholen. Auch biete der Teschener Frieden noch immer genügende Garantie [2]), erklärte Haugwitz zu Posch. Man gab vor, durch eine Erneuerung der im Teschener Frieden gemachten Versprechungen einen politischen Fehler zu begehen, weil man dadurch ohne Grund Mißtrauen gegen Oesterreich zeigen würde. Obwohl Haugwitz gern dem Wunsche Bayerns nachgekommen wäre, um dem Kurfürsten einen Beweis der Freundschaft geben zu können, so mußte er doch auf ausdrücklichen Befehl seines Herrn davon absehen, der ihm erklärte, nur im Sinne seines Königs zu denken, und sich nach seinen Befehlen zu richten, und ihm verbot, dem bayrischen Gesandten irgend ein Wort zu sagen, wodurch ihm, dem Könige, eine Verpflichtung erstehen könnte [3]). Aber man verkannte in Berlin auch nicht, daß der Vertrag für den Kurfürsten gefährlich werden konnte. Er war geschlossen in einem Augenblicke, wo man nicht ohne Erfolg von Berlin aus in Paris eine günstigere Stimmung gegen Bayern hervorzurufen suchte, und mußte, wenn er bekannt wurde, alle Bemühungen Preußens vereiteln. Darum riet auch Friedrich Wilhelm, strengstes Stillschweigen darüber zu beobachten [4]).

Bevor der Vertrag von Gatschina noch in Wirkung treten konnte, war Zar Paul I. von der Koalition zurückgetreten und Bayern, das nicht wie er in der Lage war, sein Handeln seiner Stimmung unterzuordnen, allein bei den Oesterreichern zurück-

1) Instr. f. Posch München 1. Februar 1800 und Bericht v. Posch Berlin 17. Februar 1800.

1) Bericht v. Posch Berlin 7. Februar 1800.

3) Ebenda.

4) Bericht v. Posch Berlin 19. Dezember 1799.

gelassen. Und die Wolken ballten sich bedrohlich genug zusammen. Nach dem Rückzuge der Russen drohte ein Separatfriede zwischen Frankreich und Oesterreich, und der Kurfürst mußte fürchten, dabei geopfert zu werden [1]. Es blieb ihm nichts anderes übrig, als den Berliner Hof zu bitten, für ihn in Paris ein gutes Wort einzulegen. Zwischen Preußen und Frankreich waren, nachdem der König den Gedanken, sich wieder in den Besitz seiner rheinischen Provinzen zu setzen [2], aufgegeben hatte und zu seinem Neutralitätssysteme zurückgekehrt war, die guten Beziehungen wieder hergestellt, die auch nicht getrübt wurden, als in Paris das Gerücht auftauchte, eine Partei wolle, um Frankreich wieder Ruhe und Ordnung zu geben, einen preußischen Prinzen auf den Thron der Bourbonen setzen [3]. Seinen Einfluß in Paris stellte nun der König in den Dienst der bayrischen Sache. Sandoz Rollin wies beim Direktorium auf die schwierige Lage des Kurfürsten hin und auf die Unmöglichkeit, daß Bayern sich jetzt neutral erkläre, was man in Paris verlangt hatte. Max Joseph habe gar keine andere Wahl gehabt, als gegen Frankreich zu kämpfen, aber sein guter Wille, mit Frankreich sich auf einen guten Fuß zu stellen, zeige sich darin, daß er bislang nur ein kleines Hülfscorps ins Feld geschickt habe, und Bayerns ganze Handlungsweise bezwecke nur, sich eine Stellung zu schaffen, künftig selbständig handeln zu können [4].

Aber Frankreich hörte nicht auf Preußen. Die Franzosen waren in Bayern eingerückt, und ihr Verhalten im Lande ließ keinen Zweifel über die Stimmung, die in Paris herrschte. Drohender als je forderte man, der Kurfürst solle sich neutral erklären. Dringender wurden dessen Bitten, Preußen solle mit

1) Du Moulin Eckard, Montgelas S. 206.

2) Ueber den Wunsch Bayerns, daß Preußen seine Maßregeln auch auf die bayrischen Besitzungen am Rhein ausdehne, siehe Du Moulin Eckard S. 201 ff.

3) Bericht von Posch Berlin 1. Oktober 1799.

4) Bericht von Posch Berlin 16. November 1799.

Nachdruck für Bayern eintreten [1]). Aber das Ministerium erklärte, es sei unmöglich, über das, was man getan habe, hinauszugehen. Man müsse es der Weisheit des Münchener Kabinetts überlassen, einen Ausweg zu finden [2]). Voller Unmut über das Resultatlose seiner Bemühungen schrieb Posch nach München: „Dankesworte über mein gezeigtes Vertrauen, Glückwünsche über das Bündnis mit Rußland, Beteuerungen, uns gern unterstützen zu wollen, wenn es möglich wäre, Klagen über die unglückliche Wendung der Dinge, das ist der Inhalt von dem, was man mir antwortet, und ich habe erkennen müssen, daß man fortfährt abzuwarten, welche Wendung die Dinge nehmen, ohne aber zu wissen, was man dann tun will" [3]).

Durch die Ereignisse in Paris schien sich endlich das Loos Bayerns bessern zu sollen. General Bonaparte war aus Aegypten zurückgekehrt und machte durch den Staatsstreich vom 18. Brumaire der Direktorialregierung ein Ende. Man hoffte, der 1. Konsul würde sich gemäßigt zeigen und einer Verständigung nicht abgeneigt sein [4]). Aus nicht allzu weiter Ferne schien dem Kurfürsten der ersehnte Friede zu winken, der umso wahrscheinlicher wurde, da man glaubte, Oesterreich würde ohne die Hülfe Rußlands den Krieg nicht fortsetzen können. In München gab man sich der Hoffnung hin, der König werde die Gelegenheit ergreifen, um mit Oesterreich zusammen den Frieden herbeizuführen. Die Mittel zur Ausgleichung und Entschädigung seien durch Italien gegeben, und so könne es vermieden werden, an Deutschland herumzuschneiden [5]). Aber England und Oesterreich dachten nicht wie der Kurfürst von Bayern. Sie wiesen wiederholt die Friedensvorschläge des 1. Konsuls zurück. Für Bayern wäre es nicht

---

1) Instr. f. Posch München 30. September, 8. Oktober etc. 1799.

2) Bericht v. Posch Berlin 2. November 1799.

3) Bericht v. Posch Berlin 2. November 1799.

4) Bericht v. Posch Berlin 23. November 1799.

5) Instr. f. Posch München 28. November 1799.

unmöglich gewesen, jetzt dem Beispiele Rußlands zu folgen und sich von der Koalition loszusagen. Man durfte hoffen, dabei Preußens Unterstützung zu finden. Auch Bonaparte war einer Verständigung nicht abgeneigt und war bereit, auf den Vorschlag Sandoz Rollins [1]), direkte Beziehungen mit dem Kurfürsten wieder anzuknüpfen, einzugehen. Er ließ dem französischen Geschäftsträger in Regensburg, Bacher, den Befehl zugehen, dem Kurfürsten Vorschläge zu machen. War dies auch wohl nur eine Erneuerung der alten französischen Taktik, die deutschen Fürsten zu trennen, so glaubte man doch in Berlin, den Rat geben zu müssen, den Weg, der durch die Klugheit geboten sei, zu gehen, und die Verhandlungen, die Bacher mit dem bayrischen Residenten in Frankfurt, Weiler, angeknüpft hatte, fortzusetzen, um bei Wiederbeginn der Feindseligkeiten Schonung für die bayrischen Lande zu erwirken [2]). Aber es war nicht Montgelas' Absicht, schon jetzt mit Frankreich zu gehen. Wenn man sich auch den Anschein gab, man wünsche ein gutes Einvernehmen mit Bonaparte herbeizuführen, so endeten doch die Verhandlungen mit Bacher resultatlos.

Preußen würde es gern gesehen haben, wenn es seinen Bemühungen gelungen wäre, Bayern mit Frankreich zu versöhnen, um Bonaparte einen Gefallen zu erweisen, der gebeten hatte, der König von Preußen möge seinen Einfluß geltend machen, daß der Kurfürst von Bayern nicht Verbindungen anknüpfe, die ihn nötigen würden, über das Maß seiner Verpflichtungen am Kriege teilzunehmen [2]). Aber Montgelas hatte seine Gründe, die ihn veranlaßten, nicht auf die preußischen Wünsche einzugehen. Er selbst gibt in seinen Denkwürdigkeiten als Grund für die Koalitionstreue seines Herrn das Rußland gegebene Versprechen an, 20 000 Mann zu den Alliierten stoßen zu lassen. Aber dies bestimmte Montgelas sicher nicht. Dieser Minister handelte in seiner Politik durchaus nach dem Worte Friedrichs des Großen: „Wechseln unsere

1) Bericht v. Posch Berlin 31. Januar 1800.

2) Bericht v. Posch Berlin 23. März und Bericht v. Sandoz Paris 5. März.

Interessen, so müssen wir mit dem Bündnis wechseln", ohne sich viel um die Einlösung eines gegebenen Wortes zu kümmern. Man muß nach anderen Beweggründen suchen. Die wechselnde Stimmung des Zaren, der jeden Augenblick wieder zu den Waffen greifen konnte, die noch wenig gefestigte Regierung in Frankreich, die schwächliche Politik Preußens, die keinen genügenden Rückhalt gegen Oesterreich bot, trugen mit dazu bei, daß der Kurfürst an der Koalition festhielt, aber hauptsächlich zwangen ihn die finanziellen Verhältnisse seines Landes. Bayern allein war nicht in der Lage, die Reorganisation des Heeres, die man vornehmen mußte, um die Bedeutung Bayerns zu heben, durchführen zu können. Dazu bedurfte man englischer Subsidien, die man aber nur erhalten konnte, falls man auch fernerhin am Kriege gegen Frankreich teilnahm [1]).

Schon im Oktober 1799 hatten die Verhandlungen mit England über einen Subsidienvertrag begonnen. Um die Handlungsweise des Kurfürsten in Paris in einem milderen Lichte erscheinen zu lassen, bat man den Berliner Hof um seine Vermittlung. In der Tat erhielt Sandoz Rollin Befehl, die französische Regierung soweit wie möglich über die Subsidienfrage zu beruhigen und die Sache so darzustellen, als ob Bayern nur beabsichtige, sich die Mittel zu verschaffen, seine Heeresmacht zu vergrößern. Dies aber dürfe für Frankreich nicht gleichgültig sein [2]). Erst Anfang Januar 1800 wurden die Verhandlungen mit England wieder aufgenommen, nachdem der Zar sich schon von der Koalition zurückgezogen hatte. Mochte auch Preußen sein altes Bedenken, daß der Zorn Frankreichs dadurch gereizt werden müsse, aufrecht erhalten, so konnte Haugwitz doch nicht umhin einzugestehen, daß der Kurfürst in seiner Lage auf Subsidien angewiesen sei [3]). Nur riet er, Bayern solle die Verhandlungen in die Länge ziehen,

1) Bericht v. Harnier München 8. Februar 1800.

2) Instr. f. Heymann Berlin 11. November 1799.

3) Bericht von Posch Berlin 7. Februar 1800 und Instr. f. Heymann Berlin 7. Februar 1800.

Bonaparte bemühe sich um den Frieden, und beim Abschluß eines solchen wäre es nicht geraten, in Frankreich einen durch den Subsidienvertrag aufs neue erbitterten Feind zu haben [1]). Die Stimmung des bayrischen Volkes war entschieden gegen einen Subsidienvertrag. Es wurde behauptet, daß die Neutralität allein sich für Bayern schicke [2]), und Montgelas glaubte daher, einen Versuch machen zu müssen, den Wunsch des Volkes zu erfüllen. In einer Unterredung mit General Heymann erklärte er, falls der König Bayern schützen wolle, würde man auf die Subsidien verzichten und zur völligen Neutralität übergehen [3]). Aber dazu war Friedrich Wilhelm ebensowenig wie früher geneigt. Man glaubte, der preußische Gesandte sei zu weit gegangen und es wurde ihm befohlen, sich nicht mehr in die Sache einzumischen. Der König wollte es vermeiden, später Pflichten übernehmen zu müssen, die aus einem gegebenen Rate entspringen konnten [4]).

Am 16. März 1800 wurde der Vertrag mit England unterzeichnet, der für den Kurfürsten nicht gerade günstig war. Bayern mußte sich verpflichten, auf die Dauer eines Jahres 12 000 Mann dem Könige von England zur Verfügung zu stellen. Eine Garantie des bayrischen Besitzes hatte Montgelas nicht erwirken können, da der englische Unterhändler den Einflüsterungen Thuguts Gehör geschenkt hatte. Aber für ihn war es ja auch hauptsächlich darum zu tun gewesen, Bayern ein Heer zu verschaffen, und das hatte er erreicht.

Besonders Thugut freute sich über den Abschluß des Vertrages, weil dadurch der Abzug der Russen weniger fühlbar wurde. Er versuchte es, Bayern ganz an Oesterreich zu ketten. Um es von Preußen zu lösen, ließ er durchblicken, Preußen habe Absichten auf bayrische Besitzungen,

1) Bericht v. Posch Berlin 7. Februar 1800.

2) Montgelas, S. 47.

3) Bericht v. Harnier München 8. Februar 1800 u. Du Moulin Eckard, S. 227 ff.

4) Instr. f. Heymann Berlin 21. Februar 1800.

5) Instr. f. Posch München 27. Februar 1800.

um seine fränkischen Provinzen abzurunden [1]). Eine Anfrage in Berlin jedoch ließ die Grundlosigkeit dieser Behauptung erkennen und beruhigte den Kurfürsten. Doch eine andere größere Sorge trat an dessen Stelle, die Sorge, wie Frankreich den Subsidienvertrag aufnehmen würde. Es rächte sich jetzt, daß man den Rat Preußens, Stillschweigen darüber zu beobachten, vernachlässigt hatte, denn der Vertrag, der gleich nach seinem Abschlusse in Paris bekannt geworden war, hatte den 1. Konsul erbittert. „Was wird aus Bayern", sagte er zu Sandoz Rollin, „wenn wir die Oesterreicher in ihre Erbländer zurückgedrängt haben und das Kurfürstentum besetzen? Der König von Preußen kann dann nicht von uns verlangen, daß wir dem Lande keine Kontribution auferlegen und es nicht für die Untreue seines Kurfürsten büßen lassen. Wozu diese Ueberschreitung des Kontingents. Wozu dieser Subsidienvertrag? Und wozu diese öffentlichen Beweise der Anhänglichkeit und des Vertrauens zu unserm erbittertsten Gegner zu England?" [2]) Freilich suchte Preußen den Zorn Bonapartes auf alle Weise abzuschwächen, und der Kurfürst säumte nicht, seine Gründe über Berlin nach Paris gelangen zu lassen. Die Besetzung Ingolstadts durch die Oesterreicher, die Nachbarschaft der österreichischen Truppen, führte er aus [3]), habe diesen Schritt notwendig gemacht, auch sei die vorige Regierung in Frankreich niemals auf seine Friedensbemühungen eingegangen. Aber im Vertrage sei alles vermieden, wodurch Frankreich beleidigt werden könne. Weder enthalte er einen Artikel über die Emigranten noch über die Wiedereinsetzung der Bourbonen. Auch sei er nur auf ein Jahr geschlossen und bezwecke allein, dem Reiche das, was ihm entrissen sei, wieder zu verschaffen. Außerdem solle dadurch Bayerns Heer auf einen Achtung gebietenden Fuß gebracht werden, um seine

---

1) Ebenda.

2) Bericht v. Sandoz Rollin Paris 24. April. B. A. Du Moulin Eckard S. 245.

3) Instrukt. f. Posch München 8. März 1800.

Unabhängigkeit anzubahnen, auf die Frankreich stets soviel Wert gelegt habe.

Aber die Hoffnungen des Kurfürsten, in Frankreich einen milden Feind zu haben, erfüllten sich nicht, als bald darauf der Krieg ausbrach. Die Bemühungen Bonapartes, Frieden mit Oesterreich und England unter Preußens Vermittlung zu schließen, waren vergeblich gewesen. An eine Versöhnung dachte Thugut nicht, obwohl er, um die Mittel zur Weiterführung des Krieges zu beschaffen, schon zu den bedenklichsten Finanzmanipulationen seine Zuflucht nehmen mußte. Preußen lehnte alle Vermittlungsvorschläge des 1. Konsuls ab. Lieber, erklärte man in Berlin, wolle man ganz Italien in Oesterreichs Händen sehen, als die grenzenlosen Pläne einer Regierung teilen, deren Grundsätze und deren Festigkeit viel zu wünschen übrig ließen, und deren Verhalten ebenso für das Bestehen aller anderen Staaten besorgt mache, wie die jakobinischste Regierung der früheren Zeit[1]). So zerschlugen sich alle Verhandlungen, die von Napoleon auch nur zum Schein geführt waren, und die Parteien traten wieder in die Schranken, um von neuem ihre Waffen zu kreuzen. Die Rüstungen in Bayern wurden fieberhaft betrieben. Schon Anfang April war das Subsidienkorps bereit, ins Feld zu rücken, denn Bayerns Schicksal hing von dem Waffenerfolge ab. Aber die Vergangenheit bot dafür wenig Hoffnung. Noch hatten die Heere Frankreichs stets im letzten Jahrzehnt zuletzt siegreich das Feld behauptet; und jetzt führte sie ein Feldherr wie Bonaparte, mit dem der Sieg war. Nur die Freundschaft mit Preußen und Rußland bot dem Kurfürsten einige Garantie für die Zukunft. Es galt, die Freundschaft sich zu erhalten und darauf hinzuwirken, daß die beiden Garantiemächte Bayerns sich enger aneinander schlossen, um bei einem Friedensschlusse sowohl gegen Oesterreichs ehrgeizige Absichten wie vor Frankreichs Zorn gedeckt zu sein[2]). Der Wunsch des Kurfürsten ging in Erfüllung. Die Verhandlungen zwischen Berlin und

1) Bericht v. Posch Berlin 15. Februar 1800.

2) Bericht v. Harnier München 20. April 1800.

Petersburg, die im Frühjahr begonnen wurden, endigten mit dem Allianzvertrage vom 28. Juli 1800.

Der Beginn des Feldzuges im Jahre 1800 ließ den weiteren Verlauf ahnen. Bei Stockach und Engen am 3., bei Mößkirch am 5. Mai kam es zu schweren Gefechten, die stets mit einem Rückzuge der Oesterreicher und Bayern endeten. Augsburg wurde besetzt, und München schien bedroht. In der ersten Aufregung flüchtete Max Joseph nach Straubing, und die Gesandten verließen die Stadt. Nur die preußischen Bevollmächtigten blieben zurück, um für die Untertanen des Kurfürsten bei dem siegreichen Feinde Schonung zu erwirken. Aber die Flucht war übereilt gewesen. Noch dachten die Franzosen nicht daran, München zu besetzen, und so kehrte Max Joseph schon bald wieder zurück; doch einige Wochen später am 28. Juni mußte er zum zweitenmale seine Hauptstadt verlassen, denn die Franzosen rückten immer weiter vor. Kray hatte seine feste Stellung bei Ulm räumen müssen und wurde bis zum Inn zurückgedrängt. Noch glänzender waren die Erfolge, die Bonaparte in Italien errang Dem kühnen Zuge über den St. Bernhard folgte der große Sieg bei Marengo. Mitte Juli mußten dann die Oesterreicher den wenig ruhmvollen Waffenstillstand von Parsdorf eingehen, der den Franzosen den größten Teil von Bayern einräumte.

Freilich auch die Oesterreicher hatten sich mehr als Feinde als wie Verbündete gezeigt. Die bayrischen Truppen wurden schlecht behandelt und oft an den gefährlichsten Punkten verwandt. Die Requisitionen im Lande wurden nicht bezahlt oder mit Papiergeld, das fast wertlos war. Die Lage des Landes wurde auch nicht besser, als der Kurfürst in Berlin bat, man möchte am Wiener Hofe vorstellig werden, um Bayern eine Erleichterung der Kriegsleiden zu verschaffen. Man verlangte, ein Preis für die Requisitionen sollte festgesetzt und alle Dienstleistungen bezahlt werden [1]. Als die Oesterreicher aus Bayern zurückgedrängt wurden, erfolgte ihr Rückzug so

1) Instr. f. Posch München 30. April 1800.

rasch, daß der Kurfürst fürchtete, es sei dies nur ein Scheinmanöver, um Bayern wiederzuerobern, ohne versprochen zu haben, es beim Frieden zurückzugeben [1]). Man wußte in München, daß Thugut immer noch beabsichtigte, Bayern Oesterreich einzuverleiben, und wieder wandte man sich an Preußen, das so oft schon diesen Gelüsten entgegengetreten war. „Wenn Oesterreich solche Absichten ausführen wollte", erklärte der König zu Posch, „so würde ich auch wohl ein Wort mitsprechen, und Sie können versichert sein, daß ich das nie leiden werde." [2])

Gar zu gern hätte sich der Kurfürst nach den Mißerfolgen der Oesterreicher und ihrer Verbündeten eine neutrale Stellung verschafft. Er appellierte an die Freundschaft des Königs, daß dieser sich mit dem Nachdruck, den er seinen Worten verleihen konnte, für ihn verwenden möchte. Aber Friedrich Wilhelm glaubte, daß, solange noch nicht das Aeußerste geschehen sei, sein System es ihm nicht erlaube, wirksamere Mittel anzuwenden, und dem Kurfürsten Neutralität zu verschaffen. Zwar hatte er in einer Instruktion [4]), in der Harnier angewiesen wurde, bei einem Einbruche der Franzosen alles aufzubieten, um das Los der bayrischen Bevölkerung zu erleichtern, aber ohne dabei in irgend einer Weise seinem Herrn Verlegenheiten zu bereiten, sich nicht abgeneigt erklärt, daß sein Gesandter den Wunsch des Kurfürsten, Preußen möchte zwischen ihm und Frankreich einen Frieden vermitteln, erfüllte [5]), aber ohne Max Joseph irgend einen Rat über den Weg, den er dabei einschlagen sollte, zu geben. Wie sehr der Kurfürst auch das freundschaftliche Verhalten Preußens anerkannte, so wünschte er doch noch, bevor Verhandlungen mit Frankreich eingeleitet wurden, zu wissen, ob der König

---

1) Bericht v. Posch München 13. Mai 1800.

2) Bericht v. Posch Berlin 24. Mai 1800.

3) Ebenda.

4) Instrukt. f. Heymann Berlin 26. Mai 1800 und Du Moulin Eckard S. 281 ff.

5) Instrukt. f. Posch München 9. Mai 1800.

bereit sei, für die Folgen seines Rates einzutreten und ihn, falls er einen Separatfrieden mit Frankreich schließen würde, vor Oesterreichs Rache zu schützen [1]). Aber zu einer positiven Zusicherung des Schutzes war man nicht bereit. Zwar erklärte Haugwitz in einer Unterredung mit Posch [2]): „Das Glück Bayerns ist es, woran der König stets denkt. Ein Abkommen mit Frankreich, welches Bayern Sicherheit verschafft, findet durchaus seine Billigung. Aber die weite Entfernung und die Unmöglichkeit vorauszusehen, auf welche Weise ein solches Abkommen getroffen werden könnte, erlauben es dem Könige nicht, es im Voraus zu garantieren. Die politische Existenz Bayerns zu erhalten, ist ein unerschütterlicher und geheiligter Grundsatz der preußischen Politik." Was die Furcht vor Oesterreichs Rache betraf, so wies der preußische Minister auf die Reichsverfassung hin, die jedem Gliede das Recht einräumte, im Falle der Not mit dem Feinde zu verhandeln, und ebenso auf das Beispiel des Landgrafen von Hessel-Cassel, dessen Sonderabkommen mit Frankreich der Kaiser anerkannt habe, als sein Land nicht mehr vom Reiche hätte verteidigt werden können. Würde Oesterreich sich dennoch an Bayern rächen wollen, so gäbe es ein Böhmen, ein Schlesien und ein Galizien, wo der König und Rußland gegebenenfalls einen Grund zur Beschwerde finden würden, um dieser Macht Verlegenheiten bereiten zu können [3]). Weitere bestimmtere Zusicherungen wollte man für den Augenblick nicht geben. Man wünschte sich erst mit dem Zaren ins Einvernehmen zu setzen [4]); bis dahin müsse man alles der Weisheit des Kurfürsten überlassen, erklärte der König [5]).

Der Versuch Max Josephs, sich mit Frankreich zu vergleichen, war ein Zugeständnis an seine Stände gewesen [6]), die

1) Instr. f. Posch München 22. Juni 1800.
2) Bericht v. Posch Berlin 28. Juni 1800.
3) Ebenda.
4) Bericht v. Posch Berlin 5. Juli 1800.
5) Ebenda.
6) Ueber den Kampf des Kurfürsten mit seinen Ständen und

dringend den Frieden wünschten, während Montgelas seinen Herrn zu bestimmen suchte, weiter auszuharren, um den anderen Mächten und besonders Frankreich zu zeigen, daß die Regierung in Bayern stark genug sei, beharrlich bis ans Ende an einem einmal gefaßten Entschlusse festhalten zu können. Die abschlägige Antwort des Königs, im Voraus für die Folgen, die ein Friede mit Frankreich haben könnte, einzutreten, unterstützten die Bemühungen Montgelas', den Kurfürsten für seine Ansicht zu gewinnen. Am 15. Juli, an demselben Tage, an dem in Parsdorf der Waffenstillstand geschlossen wurde, ging der Kurfürst einen neuen Subsidienvertrag mit England ein und zeigte damit, daß er nicht mehr mit Frankreich unterhandeln wolle. In Berlin sah man den neuen Subsidienvertrag als einen groben politischen Fehler an [1]). Er durchkreuzte Preußens Bemühungen, in Paris eine günstige Stimmung für Bayern zu wecken, und man glaubte, daß bei einem Frieden, den man nach Abschluß des Waffenstillstandes nahe wähnte, Bayern von Bonaparte nichts Gutes zu erwarten habe. Man hatte gehofft, daß der Kurfürst auch seinerseits mit Moreau und der französischen Regierung in Unterhandlungen eintreten würde. Man hatte versucht, soweit es mit dem preußischen Systeme vereinbar war, die ersten Schritte zu erleichtern, und ungerecht waren die Vorwürfe des Kurfürsten und seines Ministers, der für die unangenehme Lage, in die man durch das Zusammentreffen von Waffenstillstand und Subsidienvertrag gekommen war, Preußen verantwortlich zu machen suchte, welches nicht gewollt hätte, daß Bayern sein System ändere, solange es ohne Gefahr möglich gewesen wäre [2]).

Die Folgen des Subsidienvertrages zeigten sich sofort. General Moreau, der anfangs Bayern in der Hoffnung, daß es auf Preußens Rat hören und sich von Oesterreich lossagen würde,

---

die Ablehnung Preußens, darin einzugreifen, siehe: Du Moulin Eckard, Regierungsfeindliche Strömungen in Bayern. Allgemeine Ztg. 1893.

1) Bericht v. Posch Berlin 5. August 1800.

2) Instrukt. f. Posch Amberg 20. Juli 1800.

noch geschont hatte, legte nun dem Lande eine Kontribution von 8 Millionen Gulden auf, die nur auf Harniers Vorstellungen auf 6 heruntergesetzt wurden. Aus den Arsenalen wurde genommen, was nicht mehr hatte weggeschafft werden können. Selbst die Zelte, die an die glorreichen Siege Max Emanuels über die Türken erinnerten, wurden als Beute fortgeführt. Fern seiner Hauptstadt mußte der Kurfürst von Amberg aus dem Treiben der Franzosen zuschauen, ohne in der Lage zu sein, das Los seiner Untertanen zu erleichtern. Denn er hatte die feste Absicht trotz des Drängens der französischen Generäle, Verhandlungen mit ihrer Regierung anzuknüpfen, auch weiter an der Politik Thuguts teilzunehmen, d. h. den Krieg fortzusetzen. Preußen dagegen hatte sich auch nach dem Subsidienvertrage bemüht, für Bayern einen Friedenszustand zu schaffen, aber während es sich dadurch die Liebe des bayrischen Volkes erwarb, das sich nach Ruhe sehnte, stieß es beim Kurfürsten und Montgelas auf Widerstand. Der Rat Preußens, Cetto als Unterhändler nach Paris zu senden, um bei einem Frieden nicht ganz von Oesterreich abhängig zu sein, und um die Erklärungen Sandoz Rollins zu unterstützen, fand nicht die Billigung des Kurfürsten. Ihm schien ein solcher Schritt übereilt, ja gefährlich zu sein. „Was kann ein Agent von meiner Seite dabei tun“, schrieb Max Joseph von Amberg aus an Posch [1]), „man würde nicht leiden, daß ich einfacher Beobachter bliebe. Ein Separatfriede würde mir soviele Schwierigkeiten bringen, deren Lösung auch Preußen nicht finden wird.“ Statt mit Frankreich selbständig, wie Preußen es wünschte, zu unterhandeln, wandte man sich vielmehr an den Wiener Hof und bat, Oesterreich möchte Bayerns Interessen in den Verhandlungen mit Frankreich wahrnehmen. Doch wollte man es auch nicht ganz mit Bonaparte verderben, daher bat man den Berliner Hof, um auch dessen Wünschen etwas entgegenzukommen, er möchte Sandoz Rollin anweisen, dem 1. Konsul im Namen des Kurfürsten zu erklären, daß seine Gefühle gegen

1) Instrukt. f. Posch Amberg 17. August 1800.

Frankreich immer noch dieselben seien, und daß daran auch der Subsidienvertrag mit England nichts geändert habe [1]).

Allgemein wurde Montgelas' Einfluß auf den Kurfürsten dafür geltend gemacht, daß dieser so hartnäckig auf der Seite Oesterreichs stehen blieb, und die Erbitterung gegen den Minister stieg immer mehr. Ja selbst der Verdacht wurde ausgesprochen, er sei durch englisches Geld bestochen worden, ein Vorwurf, der selbst bei General Heymann Glauben fand. „Es ist wahr", heißt es in einem seiner Berichte [2]), „daß Baron Montgelas vor kurzer Zeit noch ganz Franzose gewesen. Herr von Cetto war es in gleichem Maße. Jener aber hat um des englischen Geldes willen seine Ueberzeugung gewechselt, dieser ist ihr treu geblieben." Aber sicher trifft dieser Vorwurf den Minister nicht. Sein Verhalten entsprang seinem politischen Systeme. Ein Nachgeben im Augenblicke der Gefahr schien ihm unvereinbar zu sein mit der Rolle, die Bayern in Zukunft spielen sollte. Mit dem Verhalten Preußens war er durchaus unzufrieden. Er tadelte offen, daß der Berliner Hof trotz der Weigerung des Kurfürsten, mit Frankreich Verhandlungen anzuknüpfen, nicht aufhörte, dafür in Bayern Stimmung zu machen. Preußen gab er die Schuld, daß das Vertrauen der Untertanen zu ihrem Herrn sich verringert hätte. Preußen allein habe durch seine sich widersprechenden Ratschläge das ganze Unglück über Bayern heraufbeschworen! [3]) Diese harten und auch ungerechten Worte sind aus der gedrückten Stimmung des Kurfürsten zu erklären. „Ich bin bis an den Hals in Englands Netze verstrickt" [4]), schrieb damals der Kurfürst an Posch, und er fand kein Mittel, diese Netze zu zerreißen.

Preußen hatte einst erklärt, gemeinsam mit Rußland würde es bereit sein, den Kurfürsten aus seiner unangenehmen Lage zu befreien. Als nun aber der Zar den Anschluß des Königs

1) Ebenda.

2) Bericht v. Heymann Amberg 22. August 1800. Du Moulin Eckard, Montgelas S. 322.

3) Instrukt. f. Posch Amberg 26. September 1800.

4) Ebenda.

forderte, um ihre Verbündeten und vor allem Bayern zu schützen, da wich man in Berlin wieder ängstlich zurück. Vergebens erinnerte der russische Gesandte Krüdener in einer Konferenz mit Haugwitz an das früher gegebene Versprechen. Seit 5 Jahren, erwiderte der Minister, schütze der König Norddeutschland, aber er wolle sich nicht die Hände binden lassen inbetreff des Südens, um nicht Gefahren heraufzubeschwören, die sich nur gegen den preußischen Staat wenden könnten [1]; doch versprach er, bevor dem Zaren Preußens endgültiger Entschluß mitgeteilt werde, noch mit seinem Könige zu sprechen. Aber Friedrich Wilhelm war damals durch militärische Uebungen allzusehr in Anspruch genommen, er hatte für seinen Minister des Auswärtigen keine Zeit [2]). Aus Lombards Mund erfuhr Haugwitz den Willen seines Herrn. Unüberwindliche Hindernisse, hatte er zu seinem Kabinettsrat gesagt, stellten sich ihm entgegen, sich Rußlands Maßnahmen anzuschließen [3]) Diese Antwort konnte auch nicht dazu beitragen, die Beziehungen zwischen Preußen und Bayern wieder zu bessern; da führte ein anderes Ereignis einen Umschwung herbei.

Die Verhandlungen zwischen Oesterreich und Frankreich schienen anfangs resultatlos verlaufen zu sollen. Noch war die Kriegspartei, vertreten durch Thugut, die Königin von Neapel und den Großherzog von Toskana, den Bruder des Kaisers, zu mächtig, und es drohte schon der Krieg wieder auszubrechen, als Oesterreich sich noch in letzter Stunde bereit erklärte, den Waffenstillstand zu verlängern. Es schloß am 20. September 1800 den schmählichen Vertrag von Hohenlinden, durch welchen den Franzosen die Festungen Philippsburg, Ulm und Ingolstadt eingeräumt wurden. Rücksichten auf Bayern wurden überhaupt nicht genommen. Das war der Dank des Hauses Habsburg dafür, daß noch am 19. September

1) Bericht v. Posch Berlin 14. September 1800.
2) Bericht v. Posch Berlin 18. September 1800.
3) Ebenda.

der Kurfürst einen französischen Friedensunterhändler abgewiesen hatte. Die Wirkung auf den Kurfürsten war furchtbar [1]). Alles was er noch zu hoffen gewagt hatte, schien verloren. Ingolstadt samt seiner Artillerie ging in die Hände des Feindes über. Dieser letzte Beweis der wahren österreichischen Gesinnung gegen ihn führte den Umschwung in seiner Politik herbei. Er mußte suchen, den Verhandlungen Oesterreichs mit Frankreich zuvorzukommen, um nicht geopfert zu werden, doch dazu bedurfte man der Unterstützung Preußens. Gleichsam als ob nie ein Mißtrauen gegen Preußen bestanden hätte, als ob man stets in den Bahnen der preußischen Politik gegangen wäre und daher einen Anspruch auf Preußens Hülfe habe, wandte sich Montgelas, der schlaue, skrupellose Diplomat, an das Berliner Kabinett. Er ließ durch Posch am 30. September eine bemerkenswerte Note überreichen [2]), die Preußen den Systemwechsel Bayerns mitteilte und anfragte, ob der König bereit sei, die Vermittlung und Garantie eines Separatfriedens zu übernehmen, und den Kurfürsten vor den Folgen zu schützen, und ob man Bayern eine Entschädigung verschaffen wolle. „Wenn Beweggründe außerordentlicher Art vorhanden waren", heißt es zum Schluß, „so können sie nur vorübergehend gewesen sein; das Interesse Preußens an dem pfälzischen Hause muß unveränderlich sein, solange die Ordnung und das Gleichgewicht der Staaten nicht über den Haufen geworfen werden darf, und jetzt ist der Augenblick gekommen, es unverzüglich zu zeigen."

Die Antwort [3]) des preußischen Ministeriums mußte Montgelas wenig befriedigen. Es spricht sich darin eine gewisse Schadenfreude aus über die bedrängte Lage des Kurfürsten, und das preußische Kabinett konnte es sich nicht versagen, auf die gegebenen Ratschläge hinzuweisen, deren Befolgung für

1) Du Moulin Eckard, Montgelas S. 348.

2) Ebenda S. 351 ff. Note Poschs an Haugwitz Berlin 30. September 1800. B. A.

3) Antwort auf die Note vom 30. September von Haugwitz Berlin 3. Oktober 1800. B. A

Bayern segensreich gewesen wäre. „Die Freundschaft allein hat die Ratschläge veranlaßt, die S. M. zu Beginn des vorigen Feldzuges dem Kurfürsten geben konnte, Ratschläge, die stets durch die gefährliche Notwendigkeit der Umstände, die dem Kurfürsten keine andere Wahl zur Sicherheit seines Landes ließen, motiviert waren, oder durch den Vorteil, der allem Anscheine nach daraus hervorgehen mußte. Ferner hat S. M. nicht aufgehört, seinen Gesandten in Paris anzuweisen, die Sache des Kurfürsten zu vertreten, und soviel wie möglich sein Interesse wahrzunehmen. Er hat dafür gesorgt, die Gemüter darauf vorzubereiten, daß, wenn der Kurfürst direkte Schritte tun würde, sie diese günstig aufnehmen." Dann drückte Preußen seine Befriedigung aus über den jetzigen Entschluß des Kurfürsten, den er eigentlich schon längst hätte fassen sollen, und versprach, seine Friedensbemühungen in Paris zu unterstützen. Ueber die Fragen, die in der bayrischen Note enthalten waren, ging man stillschweigend hinweg. Man begnügte sich, auf die Freundschaft des Königs hinzuweisen, der jede Gelegenheit, wo er sein Interesse dem Kurfürsten zeigen könne, ergreifen werde.

Man wollte es den Kurfürsten fühlen lassen, daß man sehr wohl sein zeitweiliges Abschwenken von der preußischen Politik bemerkt habe, und wollte zeigen, daß man nicht geneigt sei, stillschweigend ein solches Verhalten hingehen zu lassen. Im Grunde freute man sich in Berlin über den Gang der Ereignisse, wurde doch dadurch ein alter Verbündeter, der sich loszulösen schien, aufs neue durch die Macht der Umstände, ohne daß man selbst etwas dabei zu tun brauchte, wieder aufs engste mit Preußen verbunden. Um die Annäherung zwischen Bayern und Frankreich vorzubereiten, riet man dem Kurfürsten, sich in einem eigenhändigen Briefe direkt an den 1. Konsul, dessen Bekanntschaft er schon vor Jahren in Rastatt gemacht habe, zu wenden [1]). Aber bevor der Kurfürst Cetto nach Paris sandte, hätte er gern gewußt, wie weit er auf Preußens

1) Bericht v. Posch Berlin 3. Oktober 1800.

Vermittlung und auf Preußens Schutz gegen Oesterreichs Rache rechnen durfte, doch konnte Posch in Berlin nur die alte Antwort erhalten: Noch bestände der Vertrag von Teschen und der Fürstenbund sei noch in Kraft, dazu käme noch das persönliche Wohlwollen des Königs für Bayern, dessen Wahlspruch laute: „Mehr halten als versprechen" [1]). Eine bindende Zusage erhielt er nicht. Aber statt dessen konnte er seinem Hofe melden, daß der russische Gesandte Krüdener auf seine Frage, wie der Zar einen Sonderfrieden mit Frankreich ansehen würde, geantwortet habe: Bislang sei er gegen jeden Sonderfrieden gewesen. Aber wenn es sich um die Existenz seines und Preußens liebsten Verbündeten handle, der von denen, die ihn schützen sollten, geopfert werde, so wolle er jeden Schritt, den Preußen zur Rettung des Kurfürsten tun werde, vertreten [2]).

Mitte Oktober wurde, wie Preußen es geraten hatte, Cetto mit einem eigenhändigen Briefe des Kurfürsten an Bonaparte nach Paris geschickt. Nur Preußen und Rußland wußten um den wahren Charakter seiner Sendung. Oesterreich und England glaubten, Max Joseph wolle durch ihn um eine Erleichterung der Kriegsleiden nachsuchen. Doch hielt man es in Amberg für besser, Cetto keine Vollmacht mitzugeben. Es wurde ihm sogar der mündliche Auftrag erteilt, sich nicht zu übereilen, sondern die Verhandlungen in die Länge zu ziehen. Verschiedene Gründe veranlaßten den Kurfürsten zu dieser halben Maßregel. Einmal wußte er noch nicht bestimmt, wie Rußland über eine Trennung von Oesterreich dachte, dann glaubte er auch nicht, seinem Lande durch einen Frieden eine wirkliche Erleichterung zu verschaffen, weil die Franzosen, solange der Krieg dauere, Bayern kaum räumen würden. Der Hauptgrund aber war, er wollte sich solange wie möglich der englischen Subsidien versichern [3]).

---

1) Bericht v. Posch Berlin 9. Oktober 1800.
2) Bericht v. Posch Berlin 3. Oktober 1800.
3) Instrukt. f. Posch Amberg 15. Oktober 1800.

In Berlin hörte man mit Genugtuung von Cettos Abreise und kam dem Kurfürsten durch Abberufung von Sandoz Rollin, die dieser gewünscht hatte, entgegen. Man hatte in Amberg Sandoz in dem Verdacht, daß er durchaus nicht das bayrische Interesse genügend vertreten habe. Lucchesini wurde sein Nachfolger, ein Mann, von dem Posch sagt, daß er von dem alten Geist der preußischen Politik durchdrungen sei, und daß er die hohe Bedeutung fühle, das alte tatkräftige System wiederherzustellen [1]). Der neue Gesandte galt als ein Freund Bayerns, das hoffen durfte, in ihm einen warmen Vertreter seiner Interessen zu finden. Vor seiner Abreise nach Paris teilte ihm Posch noch vertraulich die Wünsche seiner Regierung mit und bat ihn um seine Unterstützung, daß beim Friedensschlusse die Bistümer Augsburg und Eichstädt, die Abtei Kempten und der österreichische Besitz in Schwaben als Entschädigung dem pfalz-bayrischen Hause zugesprochen würden [2]). Aber die an die Mission Lucchesinis geknüpften Hoffnungen erfüllten sich nicht. Bonaparte hatte sich die Freundschaft des Zaren erworben und glaubte, mit diesem Rückhalte sich nicht übereilen zu brauchen, den Wünschen Preußens entgegenzukommen und mit Bayern einen Frieden zu schließen. Bei den Verhandlungen Cettos war auch hindernd, daß ihm eine Vollmacht fehlte, aber diese wollte der Kurfürst ihm erst erteilen, wenn er die Garantie derer, die über die Ausführung der Friedensbestimmungen wachten, sich gesichert hätte. Der Zar war bereit, die Garantie zu übernehmen; doch er erklärte zugleich, daß sie wirkungslos sei, wenn nicht auch Preußen ihr beitreten würde. Aber in Berlin fürchtete man die Folgen einer Garantieerklärung. Man glaubte, daß darin entweder eine Forderung, das linke Rheinufer wiederzugewinnen oder eine Verzichtleistung auf dasselbe enthalten sein müßte, jenes schien zu gefährlich zu sein, dieses zu voreilig [3]). Auf wiederholtes Drängen des Amberger Hofes, die Garantie mit zu übernehmen, mußte

1) Bericht v. Posch Berlin 16. Oktober 1800.
2) Note Poschs an Lucchesini B. A.
3) Bericht v. Posch Berlin 25. Oktober 1800.

schließlich Posch von Haugwitz hören: er solle zum Könige nicht mehr von einer Garantieerklärung reden, der er abgeneigt sei, um nicht seinen Eifer für die Vermittlung aufzuheben. Ueber einen Frieden zwischen Frankreich und Bayern würde er sich nicht eher aussprechen, bis er geschlossen oder dem Abschlusse nahe sei [1]). Man überließ es dem Kurfürsten, die endgültige Entscheidung zu finden, doch bevor dieser sich entschloß, seinem Gesandten in Paris Vollmacht zu geben, holte er noch den Rat Preußens darüber ein. Ihm wurde die delphische Antwort zu teil, es käme darauf an, ob von Oesterreich Erfolge zu erwarten seien [2]). Der schleppende Gang der bayrischen Friedensverhandlungen wurde von größeren Ereignissen überholt.

Nach dem Sturze Thuguts am 8. Oktober war Cobenzl Minister des Auswärtigen geworden. Man hoffte, daß durch ihn Deutschland die Ruhe zurückgegeben würde. Die Verhandlungen wurden in Luneville eröffnet. Aber noch war Oesterreich nicht geneigt, bedingungslos auf die Forderungen Bonapartes einzugehen, dazu kam die Weigerung des 1. Konsuls, einen Vertreter Englands bei den Unterhandlungen zuzulassen, obwohl sich Oesterreich verpflichtet hatte, keinen Frieden ohne England zu schließen. Oesterreich sah keinen anderen Ausweg, als noch einmal das Schlachtenglück zu erproben. Am 12. November 1800 kündigte Moreau den Waffenstillstand, am 28. sollten die Feindseligkeiten wieder beginnen. In eine peinliche Lage geriet Bayern. Durch Verträge war es noch mit den Verbündeten verknüpft, und andrerseits stand es mit Frankreich in Unterhandlungen, die aber noch nicht soweit gediehen waren, daß es seine gesamte Truppenmacht von den Oesterreichern ohne Gefahr hätte zurückziehen können. So kam es, daß ein Teil der bayrischen Truppen mit in das Schicksal des Tages von Hohenlinden hineingezogen wurde.

Die Kraft Oesterreichs, das bis zuletzt heldenmütig sich gewehrt hatte, war gebrochen. Ein endgültiger Friede, mochten

1) Ebenda.

2) Instrukt. f. Heymann Berlin 28. November 1800.

nun die Bedingungen sein, wie sie wollten, konnte nur noch eine Frage der Zeit sein. Hatte auch Bayern zu Frankreich schon bessere Beziehungen angeknüpft, so mußte doch das Verhalten des Kurfürsten, der bis zuletzt auf Seite der Feinde Frankreichs ausgehalten hatte, von neuem den Unwillen Bonapartes erweckt haben [1]). Bayern mußte mehr als je fürchten, geopfert zu werden, wenn es ihm nicht gelang, vorher einen Separatfrieden zu schließen. Diese Befürchtung hegte auch der Berliner Hof, der allmählich doch zu der Ueberzeugung gekommen war, daß man, um fernerhin auf Bayerns Politik Einfluß zu behalten, sich nicht allein auf Ratschläge beschränken dürfe, sondern auch selbst handelnd in den Gang der Ereignisse eingreifen müsse. Man erklärte sich nun wirklich bereit, für Bayern eine neutrale Stellung zu schaffen, und mit Rußland zusammen eine Garantie Bayerns zu übernehmen [2]). Man wartete nur noch auf den Abschluß der Verhandlungen mit dem Petersburger Hofe, um dem Kurfürsten Nachricht zu geben, er möge Cetto mit der Unterzeichnung des Separatfriedens beauftragen. Die Entschädigung für Bayern sollte dann sofort durch eine Verständigung zwischen Rußland, Frankreich und Preußen geregelt werden [3]). Diese günstige und energische Stimmung des Berliner Kabinetts aber wurde durch die Vorgänge in Petersburg wieder durchkreuzt. Dort war der Vize-Kanzler Panin, ein Freund Preußens, gestürzt und der Abschluß des Vertrages zu Gunsten des Kurfürsten unterblieb. Preußen, wieder auf sich allein angewiesen, wagte nicht mehr, eine Garantieerklärung abzugeben [4]). So beschränkte man sich denn wieder darauf, gute Ratschläge zu erteilen. Diese gingen darauf hinaus, der Kurfürst solle, bevor noch die Weigerung Rußlands, gemeinsam mit Preußen zu handeln, in Paris bekannt würde, die Verhandlungen dort zum Abschlusse bringen. Die Rache Oesterreichs sei der Frankreichs immer

1) Bericht Lucchesinis Paris 26. Dezember 1800.
2) Bericht v. Posch Berlin 14. Dezember 1800.
3) Ebenda.
4) Bericht v. Posch Berlin 19. Dezember 1800.

noch vorzuziehen, da dieses nach dem Rückzuge über den Inn, der nach der Schlacht von Hohenlinden erfolgt war, keinen Teil Bayerns mehr schützen könnte [1]). In Bayreuth, wohin sich der Hof bei Wiederausbruch der Feindseligkeiten begeben hatte, da das Schloß, welches sich dort befand, dem Kurfürsten von dem Könige zur Verfügung gestellt war, herrschte über die Zukunft peinlichste Ungewißheit. England bot neue Subsidien, Frankreich drängte anfänglich zum Abschlusse. Als aber mit Oesterreich der neue Waffenstillstand von Steyer am 25. Dezember abgeschlossen war, hatte Frankreich sein Interesse an einem Separatfrieden verloren. Bayern hatte allzu ängstlich den günstigen Augenblick verpaßt, denn als in den letzten Tagen des Jahres Cetto Befehl erhielt zu unterzeichnen, wollte wieder Bonaparte nicht darauf eingehen.

Um zu zeigen, daß es ihm ernst sei, hatte Max Joseph seine ganze Truppenmacht von den Oesterreichern zurückgezogen, aber sobald dies geschehen war, hörten die englischen Subsidienzahlungen auf. Um aus der ersten Verlegenheit herauszukommen, bat der Kurfürst den König um einen Vorschuß von 400 000 Gulden [2]). In Berlin fühlte man wohl die Not des Kurfürsten, man bedauerte, daß Bayern sich den letzten Unglücksfällen nicht habe entziehen können, und man fürchtete Bonapartes Rache, der sich in heftigen Worten über Bayerns Haltung ausgesprochen habe, aber zu einer Hülfe war man nicht bereit. Obwohl Haugwitz beim Könige befürwortete, dem Kurfürsten den Vorschuß zu gewähren, erhielt dieser das gewünschte Geld doch nicht. Die Sparsamkeit Friedrich Wilhelms war allzugroß. Die Zeiten seien so, erklärte er, daß Preußen jeden Augenblick selbst seiner Geldmittel bedürfen könnte [3]). Ueber dieses Verhalten des Königs war man in Bayreuth erstaunt und unwillig; wie geringfügig an sich die Sache war, man sah doch wieder daraus, wie wenig man auf Preußens tatkräftige Hilfe zählen konnte. Die Stimmung

1) Ebenda.

2) Instrukt. f. Posch Bayreuth 6. Januar 1801.

3) Bericht v. Posch Berlin 11. Januar 1801.

zwischen beiden Höfen wurde verschärft durch die Verzögerung, welche die Verhandlungen Cettos in Paris erlitten. Man warf dem Kurfürsten vor, er habe durch seine Weigerung, in die Abtretung des linken Rheinufers zu willigen, den Abschluß verhindert [1]), aber mit Entrüstung wurde dieser „Vorwurf" zurückgewiesen. Man glaubte in Bayreuth, man suche in Berlin nach Verdächtigungen, um das Verhalten Preußens, das so wenig energisch für Bayern eingetreten sei, zu beschönigen, obwohl man nach all den Worten und Versprechungen zur Hülfe verpflichtet gewesen wäre. Ja soweit stieg bei Max Joseph und Montgelas der Unwille, daß es in einer Instruktion heißt [2]): „Um sich Vorteile zu verschaffen, würde Preußen skrupellos die Interessen eines Dritten opfern". Und so ganz unberechtigt war dieser Vorwurf vom Standpunkte des Kurfürsten aus nicht. Hatte man doch Lucchesini befohlen, darüber zu wachen, daß in den Verhandlungen zwischen Frankreich und Bayern die Entschädigungsfrage noch nicht eingehender berührt werde, damit nicht die Abteien Essen und Werden und das Bistum Eichstädt dem Kurfürsten zugesichert würden, weil der König beabsichtigte, diese für sich zu fordern [3]).

Bayern war es nicht gelungen, seine Verhandlungen mit Frankreich vor Abschluß des allgemeinen Friedens zu beendigen, der am 9. Februar 1801 in Luneville geschlossen wurde. Oesterreich hatte in die Forderungen Bonapartes eingewilligt, das Schicksal Italiens zu bestimmen, und es hatte zugegeben, daß die Entschädigung für die Fürsten, welche durch Abtretung des linken Rheinufers Besitzungen verloren hatten, aus einer Säkularisation gewonnen werden sollte. Es war zu erwarten, daß besonders diese Bestimmung von seiten Oesterreichs sowohl wie der geistlichen Fürsten bei ihrer Ausführung heftigen Widerstand finden würde, und es galt, sich eng aneinander zu schließen, wollten die weltlichen Fürsten

1) Instrukt. f. Posch Bayreuth 17. Januar 1801.
2) Instrukt. f. Posch Bayreuth 20. Januar 1801.
3) Instrukt. f. Lucchesini Berlin 15. Dezember 1800.

sich einen Ersatz für ihre Verluste verschaffen. Der Luneviller Friede löste die Spannung zwischen Preußen und Bayern. Oft genug hatte der Kurfürst im letzten Jahre Gelegenheit gehabt, über die Untätigkeit Preußens zu klagen, und Montgelas hatte schon seit langem aus seiner Mißachtung des Berliner Kabinetts, das sich über nichts bestimmt und hinreichend erklärte, keinen Hehl mehr gemacht. Aber früher handelte es sich nur um die Interessen eines Bundesgenossen, jetzt aber war der Augenblick gekommen, wo unmittelbar das eigene auf dem Spiele stand. Der Kurfürst durfte erwarten, daß Preußen seine passive Rolle aufgeben werde, und er war bereit, all seine Hoffnungen auf Preußens Beistand zu setzen. Aber wieder sollten ihm Enttäuschungen nicht erspart bleiben.

Drittes Kapitel.

Die Entschädigungsfrage.

Der Krieg mit Frankreich hatte mit ungeheueren Verlusten für das Reich sein Ende gefunden. Nun galt es die Bestimmungen des Friedens, die den geschädigten Erbfürsten Ersatz versprach, zur Ausführung zu bringen. Das Prinzip der Säkularisation, wodurch an den tausendjährigen Baum, heiliges römisches Reich deutscher Nation genannt, der einst in stolzer Herrlichkeit gegrünt und geblüht hatte, aber schon lange im Absterben begriffen war, die Axt gelegt wurde, versprach dem einen Teile der Reichsmitglieder reiche Entschädigung auf Kosten des anderen. Der Augenblick war gekommen, der von Oesterreich gefürchtet von Preußen und Bayern aber schon längst herbeigesehnt war. Die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die Oesterreich aufgewendet hatte, um die Existenz seiner treuesten Anhänger, der geistlichen Fürsten, zu erhalten, waren vergebens gewesen. Es mußte ohnmächtig einwilligen, daß

diese dazu dienen sollten, die Macht seiner alten Feinde, Preußens und Bayerns, erheblich zu stärken.

Schon bevor der Friede geschlossen war, hatte Montgelas seine Vorbereitungen getroffen, um mit dem Berliner Hofe gemeinsam, wenn der Augenblick gekommen sei, handeln zu können. Mit Genugtuung erfuhr man in Bayreuth, daß die Mächte des Nordens sich zusammengetan hätten, um in Gemeinschaft mit Frankreich die Entschädigungsfrage zu lösen [1], und man suchte sofort die große Frage, wie sie zu lösen sei, anzuschneiden. Man wünschte, daß der Berliner Hof sich über die Ausdehnung der Säkularisation schlüssig würde. In Rastatt war früher nur von einer teilweisen die Rede gewesen, aber diese genügte nicht den weitgehenden Wünschen des Kurfürsten. Er hoffte, daß man zu einer allgemeinen übergehen werde, und daß auch die Besitzungen der Grafen und Herren ebenso wie die freien Städte in die Entschädigungsmasse geworfen würden. Auch an eine Aufhebung der geistlichen Ritterorden dachte man schon damals in Bayreuth, ja man fragte sogar in Berlin schon an, ob der deutsche Reichsverband bestehen bleiben sollte [2]. Aber Haugwitz vermied vorläufig eine Aussprache über diese Punkte [3].

Als dann der Friede geschlossen war, ging von Bayreuth aus sogleich ein detaillierter Plan [4] über eine Ausführung des Artikels VII des Luneviller Vertrages an die Höfe von Berlin und Paris, worin das gesamte Kirchengut in einem Umfange von 1112 □ Meilen mit 1 844 650 Seelen zur Schadloshaltung der Erbfürsten gefordert wurde. Bei der Entschädigung griff man auf den früheren Plan Roberjots zurück, den dieser in Rastatt ausgearbeitet hatte. Danach sollte an dem Großherzog von Toskana Salzburg, Berchtesgaden und Passau, an Bayern außer Eichstädt, Freising, Regensburg, Würzburg und Bamberg

1) Instrukt. f. Posch Bayreuth 24. Januar 1801.

2) ebenda.

3) Bericht v. Posch Berlin 29. Januar 1801.

4) Denkschrift die Entschädigung betreffend Bayreuth 28. Februar 1801.

und mehreren Abteien auch Ansbach, Bayreuth und Nürnberg gegen Ueberlassung Bergs an Preußen fallen, während für Preußen Münster mit Recklinghausen und Hildesheim in Aussicht genommen waren. So wäre der alte Wunsch Bayerns, die Oberpfalz mit der Unterpfalz durch Franken zu verbinden, erfüllt worden, und Montgelas' Regierungsprogramm wäre durchgeführt gewesen. Aber Preußen dachte nicht daran, für seine fränkischen Besitzungen Gebiete am Rhein einzutauschen, wodurch seine Reibungsfläche mit Frankreich bedeutend vergrößert worden wäre. Es hoffte für die Herzogtümer Geldern und Cleve und die Grafschaft Mörs, die es an Frankreich hatte abtreten müssen, besonders auf Entschädigung in Süddeutschland. Darum war man auch mit der Bestimmung des Luneviller Vertrages, die dem Herzoge von Toskana Salzburg, Berchtesgaden und Passau zusicherte, wenig zufrieden. „Womit soll denn nun der Kurfürst von Bayern entschädigt werden" [1]) rief zwar der König aus, als er davon hörte, und Haugwitz klagte zwar über die Treulosigkeit Frankreichs, das nur im Einverständnis mit Preußen habe Frieden schließen wollen, aber gegen die Bestimmung Einspruch zu erheben, wie es der Kurfürst wünschte, der auf das Uebergewicht Oesterreichs hinwies, das es damit im Süden Deutschlands gewinnen würde [2]), daran dachte weder der König noch sein Minister. Sie suchten darauf hinzuwirken, daß dem Kurfürsten in Westphalen eine Entschädigung gewährt würde. Lucchesini wurde angewiesen, dafür einzutreten, daß Bayern Osnabrück und Münster erhielte [3]). Aber schon in der folgenden Instruktion widerrief man den Befehl. „Neue Ueberlegungen und besonders militärische Bedenken", heißt es darin [4]), „haben mich veranlaßt, für mich auch noch das Bistum Osnabrück und das Eichsfeld zu fordern". Dem Kurfürsten sollte ein Teil des Bistums Münster zugesichert werden.

1) Bericht Poschs Berlin 25. Februar 1801.
2) Instrukt. f. Posch Bayreuth 24. Februar 1801.
3) Instr. f. Lucchesini Berlin 20. Februar 1801.
4) Instrukt. f. Lucchesini Berlin 26. Februar 1801

In Bayreuth hatte man eingesehen, daß es aussichtslos war, den Plan Roberjots zur Ausführung zu bringen. So ging man denn auf die preußischen Wünsche ein, und erklärte sich bereit, in Westphalen die Entschädigung zu nehmen. Aber man wollte nicht diesen weit entlegenen Besitz behalten, sondern dachte daran, ihn als Tauschobjekt gegen Württemberg benutzen zu können [1]). Man hoffte, daß der Herzog von Württemberg, wenn für ihn am Rheine ein Staat 2. Ranges geschaffen würde, auf einen Tausch eingehen würde, zumal da er mit seinen Ständen ewig Streitigkeiten hatte. Doch war sich der Kurfürst auch wohl bewußt, daß dieser Plan etwas Gefährliches hatte und nur mit Einwilligung des Herzogs ausgeführt werden konnte, da sonst das Prinzip der Unverletzlichkeit der Erbfürsten, an dem Max Joseph in seinem eigenen Interesse festgehalten wissen wollte, durchbrochen wäre. Daher suchte man in Bayreuth ängstlich alles zu vermeiden, selbst in dieser Sache vorzugehen. Posch wurde angewiesen, Krüdener zu veranlassen, beim Berliner Hofe die Initiative zu ergreifen, und die Sache so hinzustellen, als ob das Projekt seinem eigenen Kopfe entsprungen wäre. So hoffte man das preußische Kabinett geneigter zu machen, beim Wiener Hofe den Plan zu befürworten [2]). Aber es bedurfte garnicht der Unterstützung Krüdeners, der König sowohl wie Haugwitz erhoben keine Einwendungen gegen den Plan. Beide warteten mit Ungeduld auf eine zustimmende Antwort des Herzogs von Württemberg, um in Wien die erforderlichen Schritte zu unternehmen [3]).

Preußen wurde zu seiner wohlwollenden Haltung in dieser Frage durch die Rücksichtnahme auf Würzburg und Bamberg veranlaßt. Besonders von Hardenberg, der seit 1791 seine Kräfte der Verwaltung Ansbachs und Bayreuths gewidmet hatte, wurde der König bestimmt, für Preußen die Entschädigung im Süden Deutschlands zu fordern. In einer Denkschrift [4]) hatte er

1) Projekt v. Posch Berlin 11. März 1801 B. A.

2) Instruktion f. Posch Bayreuth 14. März und 18. März 1801.

3) Bericht von Posch Berlin 14. März 1801.

4) Entwurf zu einer Denkschrift. März 1802 Hardenb. Nachlaß. P. A.

seine Bedenken gegen eine Ueberlassung der fränkischen Bistümer an Bayern niedergelegt. „Wenn Würzburg und Bamberg an Pfalz-Bayern kommen", heißt es darin, „und unsere fränkischen Fürstentümer in ihrer gegenwärtigen Lage bleiben, so kann ich nicht ausdrücklich genug vorher sagen, daß diese preußischen Fürstentümer für die preußische Monarchie nicht nur allen Wert verlieren, sondern vielmehr derselben nachteilig werden. Man braucht nur die Karte anzusehen, um sich von der Wahrheit zu überzeugen. Vom bayrischen Besitz bis auf den kleinen Strich an Sachsen und Böhmen ganz umringt, würden Ansbach-Bayreuth in ihrer unzusammenhängenden Lage fast allenthalben einen Nachbarn erhalten, der relativ sehr viel mächtiger sein würde, die Ströme besonders den Main besäße, die Hauptkommerz Straßen und mehrere uns notwendige Bedürfnisse wie Holz und Salz allein hätte, von dem es abhinge, alle Früchte unserer Landesindustrie zu nichte zu machen oder für sich zu benutzen, und der nach den seit Jahrhunderten gegebenen, vielseitigen Beweisen, ja unter den jetzt persönlich gut gesinnten Fürsten, der treuloseste und böseste von allen unseren Nachbarn ist, insofern es auf wechselseitigen Verkehr, Grenz- und Hoheitsstreitigkeiten ankommt. Wir würden alle Kraft in politischer, polizeilicher und finanzieller Rücksicht verlieren. Die militärischen Einrichtungen könnten durchaus nicht bestehen, bayrische Finanz- und Polizeimaßnahmen würden dies und das Verarmen der Untertanen sehr bald herbeiführen. Bei dem ersten Kanonenschuß wären wir das Opfer, sobald Bayern entweder nicht unser Alliierter und neutral oder gar unser Feind wäre" etc. Hardenberg zieht aus seinen Ausführungen den Schluß, entweder Würzburg und Bamberg mit Anbach-Bayreuth zu verbinden, oder auf beides gegen andere Entschädigungen zu verzichten. Der König entschied sich für das erstere, obwohl es in Berlin genug Leute gab, die diesen abgelegenen und daher lästigen Besitz gerne weggegeben hätten. Er hoffte durch die Neuerwerbung den Einfluß Preußens zu vergrößern, das im Süden und Norden mächtig künftig alles Land zwischen Rhein und Elbe von sich abhängig machen

würde. Um Bayern das Bittere, das in der Verzichtleistung auf Würzburg und Bamberg lag, etwas zu versüßen, wies man darauf hin, daß ein im Süden starkes Preußen die Absichten Oesterreichs auf das Erbe der Wittelsbacher stets vereiteln könnte. Montgelas hatte auf seinen Plan, ganz Franken gegen Abtretung von Berg an Bayern zu bringen, verzichten müssen. Man durfte sich nicht Preußen hindernd in den Weg stellen, um nicht die Hoffnung auf eine günstige Entschädigung in Schwaben zu verlieren, denn von Oesterreich war nicht viel Wohlwollen zu erwarten, Frankreich schien den Subsidienvertrag noch nicht vergessen zu haben, und der Zar war weit. Nur so ist es zu verstehen, daß der Kurfürst scheinbar mit der größten Bereitwilligkeit auf die Wünsche des Königs einging. Er erklärte, er würde es mit Freuden begrüßen, daß Preußen sich in Franken weiter ausbreite, weil dadurch seine Stellung zwischen Oesterreich und Frankreich mehr gesichert würde [1]). Auch seine Hoffnung, Frankreich werde den preußischen Wünschen entgegen treten, schien sich anfangs nicht zu erfüllen. Der Berliner Hof bemühte sich eifrig um die Gunst des 1. Konsuls. Lucchesini mußte erklären, um das Bedenken Frankreichs, Preußens Einfluß im Süden würde zu stark, zu zerstreuen, Preußen könnte so Frankreich wirksamer unterstützen, es sei ja dessen natürlicher Bundesgenosse [2]). Um sich die Freundschaft Preußens, dessen Hilfe man sich im Kriege gegen England sichern wollte, vorerst zu erhalten, wurde dem preußischen Gesandten in Paris erklärt, Frankreich würde jedem preußischen Entschädigungsplane zustimmen [3]). So wurde denn schon Hardenberg beauftragt, nach Franken zu reisen, um die Bistümer für Preußen in Besitz zu nehmen [4]). Es wurde nur noch darauf gewartet, daß Frankreich seine Truppen zurückzog. Aber damit wurde von einem Tage zum andern gezögert. Die Zurückhaltung, welche der russische Gesandte Kalytschew in

1) Bericht v Heymann Bayreuth 7. März 1801.
2) Instrukt f. Lucchesini 20. Februar 1801.
3) Bericht v. Lucchesini Paris 23. März 1801.
4) Hardenbergs Tagebücher P. A.

dieser Frage beobachtete, diente der französischen Regierung zur Entschuldigung zuzustimmen, daß der König seine Truppen in die Bistümer einrücken ließ, denn Bonaparte war im Grunde ebenso wie einst das Direktorium einer jeden Ausdehnung der preußischen Macht im südlichen Deutschland abhold. Der Zar bot als Entschädigung Hannover an, denn Würzburg und Bamberg waren von ihm für Bayern in Aussicht genommen, da der Herzog von Württemberg abgelehnt hatte, auf sein Land zu verzichten. Zwar ließ Preußen seine Truppen in Hannover einrücken, doch gab es damit seine Hoffnungen auf Erwerbungen in Franken nicht auf. Als in Berlin die Nachricht von der Ermordung des Zaren eintraf, schöpfte man neue Hoffnung. Besonders Preußen, erklärte Haugwitz, könne sich über den Regierungswechsel freuen [1]. Anders war der Eindruck, den die Nachricht auf den Kurfürsten machte. Er verlor einen Freund, der bis zuletzt sein Interesse im Auge gehabt hatte, und dessen tatkräftiger Unterstützung er dringend bedurft hätte, um eine Entschädigung für seine Verluste zu finden. Aber auch der Nachfolger Pauls I., Alexander, billigte nicht die Pläne des Berliner Hofes, der schließlich, da auch Frankreich sich durchaus ablehnend verhielt, einsehen mußte, daß keine Aussicht vorhanden war, Würzburg und Bamberg für Preußen zu gewinnen. Die Hoffnung, Hannover zu erwerben, machte dem Könige die Verzichtleistung leichter. Er schien bereit, jetzt darauf hinzuwirken, daß der Kurfürst die Bistümer erhielt, denn man fürchtete in Berlin, Oesterreich habe die Absicht, sich dort auszubreiten [2].

Seit dem 14. April 1801 weilte der Kurfürst wieder in seiner Hauptstadt München, aber seine Lage hatte sich wenig gebessert. Im Innern hatte er mit den größten Finanzschwierigkeiten zu kämpfen, nach Außen fehlte noch seiner Politik die feste Stütze. Seine Wünsche und Hoffnungen auf Entschädigung schwebten in der Luft, solange nicht unter den drei Mächten, Frankreich, Rußland und Preußen eine Einigung

1) Bericht v. Posch Berlin 12. April 1801.
2) Instrukt. f. Lucchesini Berlin 6. April 1801.

erzielt war. Aber dazu schien vorerst keine Aussicht vorhanden zu sein. Von der Festigkeit der neuen Regierung in Petersburg hatte man in München keine allzu große Meinung [1]), und außerdem war Alexander nicht gewillt, die Politik seines Vorgängers, der bereit gewesen war, mit Bonaparte seine weltumfassenden Pläne durchzuführen, fortzusetzen. Frankreich hatte noch genug mit England zu tun, und für Bonaparte war noch nicht der Augenblick gekommen, sich mit den Einzelheiten des Entschädigungsplanes zu beschäftigen. Die preußische Politik aber schwankte wie die eines kleinen Staates hin und her. Es zeigte sich auch hier, daß Preußens Großmachtstellung, die es sich unter Friedrich dem Großen errungen hatte, verloren war. Es wagte nicht selbständig vorzugehen. Hatte man in Berlin früher alles von einem Zusammengehen mit Frankreich erwartet, so wandte man sich jetzt an Oesterreich, um mit Hülfe dieser Macht das Ziel seiner Wünsche zu erreichen. Bayern ließ man über seine Absichten im Unklaren. Bald sprach man doch wieder von einer Erwerbung der fränkischen Bistümer gegen Ueberlassung Münsters an den Kurfürsten, bald wieder stellte man diesem Würzburg und Bamberg in Aussicht. Voller Unmut und Ungeduld nahm man die sich stets widersprechenden Eröffnungen in München auf. Auf leere Versicherungen habe sich bislang stets das Berliner Kabinett gegen Bayern beschränkt, warf Montgelas Heymann vor [2]), es habe in all seinen Verträgen vom Baseler Fieden an des Kurfürsten überhaupt keine Erwähnung getan. Diesem bleibe nichts anderes übrig, als sich an den Wiener Hof zu wenden, um dort in der gegenwärtigen Krise einen Halt zu finden. Daß dies nicht nur leere Worte waren, bewiesen die Verhandlungen mit Oesterreich. Dieses begehrte für den Großherzog von Toskana nicht allein Salzburg, Berchtesgaden und Passau sondern auch einen Teil Bayerns bis zur Isar gegen Ueberlassung der österreichischen Besitzungen in Schwaben an den Kurfürsten. Obwohl Max Joseph früher stets diesem

1) Instrukt. f. Posch München 14. Juni 1801.

2) Bericht Heymanns München 2. Juli 1801.

schon mehrfach an ihn herangetretenen Wunsche Oesterreichs entgegen gewesen war, so glaubte er doch in seiner gegenwärtigen Lage den Kaiser nicht durch einen brüsken Abbruch der Verhandlungen verletzen zu dürfen [1]). Auch trug das damalige freundschaftliche Verhältnis zwischen Oesterreich und Frankreich mit dazu bei, daß sich der Kurfürst dem Wiener Hofe näherte. Anfangs wurden die Verhandlungen dem Berliner Kabinett verheimlicht. Aber als es sich zeigte, daß Oesterreich eine Zerstückelung Bayerns erstrebte, während es die Lösung der Entschädigungsfrage auf eine spätere Zeit verschieben wollte [2]), hielt man es in München doch für das Beste, Preußen in die Verhandlungen, von denen es schon von andrer Seite Kunde erhalten hatte, einzuweihen. Früher, als der König auf ein Zusammengehen mit Oesterreich gehofft hatte, war dem Kurfürsten geraten, Oesterreich nicht zu verletzen, da die geographische Lage Bayerns ein gutes Einvernehmen mit dieser Macht notwendig mache, und weil von dem guten Willen des Wiener Kabinetts die Lösung der Entschädigungsfrage abhinge [3]). Nachdem aber die Verhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich gescheitert waren, wünschte man nicht mehr eine nahe Verbindung zwischen Wien und München. Man riet, der Kurfürst solle mit dem Kaiser auf gleichem Fuße die Verhandlungen führen, was ihm an Macht fehle, habe Preußen und Rußland. Man würde in keine Besitzveränderung willigen, die nicht auch die Billigung des Kurfürsten gefunden hätte. Bayern könne auf jeden Fall auf Preußen zählen [4])! Posch war ganz gerührt über diese Worte von Haugwitz, er erklärte sie Preußens größter Zeit für würdig. Vielleicht mochte es auch Haugwitz Ernst mit seinen Versicherungen gewesen sein, aber der König dachte wieder ganz anders wie sein Minister, wie es deutlich aus einem Briefe hervorgeht, den er von Paretz aus an Haugwitz sandte, der

---

1) Instr. f. Posch München 14. Juni 1801.
2) Instrukt. f. Posch München 30. Juli 1801.
3) Bericht v. Posch Berlin 5. Juni 1801.
4) Bericht v. Posch Berlin 3. September 1801.

sich damals zur Kur in Freienwalde aufhielt[1]): „Durch Verträge und durch die Vergangenheit“, heißt es, „sind wir mit Bayern verknüpft, aber seitdem sich unüberwindbare Schwierigkeiten unserm ersten Entschädigungsplane in den Weg gestellt haben, hat eine größere oder geringere Ausdehnung dieses Staates 2. Ranges für mich nur eine geringe Bedeutung. Wenn wir in Franken einen Staat hätten bilden und damit Bayern und Sachsen hätten verbinden können, so hätte jenes für uns eine wirkliche Bedeutung. Durch den neuen Plan, der uns nach Westphalen drängt, isoliert, wird es stets abhängig bleiben. Für mich ist weniger wichtig, daß Bayern sich nicht vergrößert, als daß Oesterreich sich vergrößert“. Das einzige, was man dem Kurfürsten garantieren könne, sei, daß die Opfer, die er bringen würde, freiwillige sein sollten. Dies hatte auch Friedrich Wilhelm an Max Joseph geschrieben[2]).

Unter dem Eindrucke des Briefes, den Haugwitz von seinem Herrn empfangen hatte, verfaßte er die Antwort auf eine Note Poschs vom 29. August 1801, in der Preußen um Rat gebeten wurde, wie Bayern sich zu den Wünschen Oesterreichs stellen sollte. Alles wurde der Weisheit des Kurfürsten überlassen, da es für jeden anderen unmöglich sei, sich ein rechtes Urteil zu bilden[3]). Zugleich wurde in dieser Note zum erstenmale offiziell zu Gunsten des Kurfürsten auf Würzburg und Bamberg, die früher im Vertrage vom 5. August von Frankreich dem Hause Oranien zugesichert waren, und die dann später Preußen für sich verlangt hatte, verzichtet. Der wenig warme Ton der ganzen Denkschrift wurde damit entschuldigt, daß man in der Wahl der Worte vorsichtig habe sein müssen, um die Verhandlungen Bayerns mit Oesterreich nicht zu durchkreuzen; Preußens wahre Gefühle habe man Posch mündlich mitgeteilt[4]).

---

1) Brief des Königs an Haugwitz. Paretz 12. September 1801 P. A. Häusser II S. 361.

2) Brief d. Königs an Max Joseph Berlin 27. August 1801 B. A.

3) Antwort d. preuß. Minister. auf die Denkschrift v. Posch v. 29. August 1801 Berlin 15. September 1801.

4) Bericht v. Posch Berlin 15. September 1801.

In München wollte man sich von der Umklammerung Oesterreichs befreien. Gegen Abtretung der bayrischen Besitzungen auf dem rechten Innufer konnte man Vorderösterreich erhalten, wodurch man sich wenigstens auf einer Seite des lästigen Nachbars entledigt hätte. Die Unzufriedenheit der Untertanen in jener Gegend, deren Interessen mit dem benachbarten Salzburg und Berchtesgaden verknüpft waren, trug mit dazu bei, dem Kurfürsten eine Abtretung zu erleichtern. Als Rußland zustimmte, und Bonaparte erklärte, wenn es für Bayern vorteilhaft sei, so würde er nicht dagegen sein, entschloß sich Max Joseph nach einer Staatsrats Sitzung gegen gute Entschädigung in Schwaben, einen Teil Bayerns abzutreten, doch dürfe der Inn nicht überschritten werden [1]). Aber der Beschluß kam nicht zur Ausführung, da Bonaparte sich zuletzt doch für eine unbedingte Integrität Bayerns aussprach*). Zwar hatte er selbst noch kurz zuvor die Entscheidung ebenso wie der König von Preußen dem Kurfürsten anheimgestellt, trotzdem machte er Preußen einen Vorwurf daraus, daß es in eine Verletzung der bayrischen Integrität gewilligt habe, zu deren Garanten es gehöre. Sein Interesse an einer reichen Entschädigung für Preußen habe sich dadurch verringert [2]). Den Unwillen aber des mächtigsten Mannes erregt zu haben, konnte Preußen nicht gleichgültig sein. Um jeden Anstoß künftig zu vermeiden, wurde erklärt, man wolle der Sache ihren Lauf lassen, und sich durchaus nicht mehr hineinmischen [3]).

Seit dem Sommer des Jahres 1801 hatte sich die politische Stellung des Kurfürsten Max Joseph merklich gebessert. Ob-

---

*) Anmerkung: Am Hofe Max Josephs vertrat besonders Montgelas die Ansicht, ein Austausch sei für Bayern vorteihaft. Er wäre vielleicht bereit gewesen, noch weitere Zugeständnisse dem Wiener Hofe zu machen. Daß er aber daran gedacht hat, sich des ganzen „traurigen" Bayerns zu entledigen, wie Harnier am 21. Januar 1802 seinem Hofe schreibt, ist wenig glaubhaft.

1) Instrukt. f. de Bray München 22. Oktober u. 30. November 1801.

2) Bericht Lucchesinis Paris 3. Oktober 1801.

3) Instrukt. f. de Bray München 27 November 1801.

wohl in Luneville der Kaiser auch für das Reich den Frieden geschlossen hatte, schloß doch noch Bayern am 24. August 1801 seinen Separatfrieden mit Frankreich. Einst hatte Friedrich Wilhelm III. dem Kurfürsten geraten, sich nach Paris zu wenden [1]), um dort die Erfüllung seiner Wünsche, die Preußen ihm nicht gewähren wollte und konnte, zu finden. Max Joseph war dem Rate gefolgt und hatte den folgenschwersten Schritt seiner ganzen Regierung getan. Der Vertrag vom 24. August 1801 bildet den Ausgangspunkt für Bayerns Politik in den nächsten 12 Jahren, es nähert sich von jetzt an immer mehr Frankreich, bis es sich 1805 ganz und gar Napoleon anschließt. Montgelas hatte den Grundstein, auf den sich das neue Bayern aufbauen sollte, gelegt. Er war willens, fortan seine Hoffnungen auf Frankreich zu setzen. Aber noch hatte für Bonaparte Preußen und Oesterreich größere Bedeutung als das kleine Bayern, dessen Interessen seinen größeren Plänen vorerst noch manchmal geopfert wurden. So behielt auch künftig noch der Berliner Hof großen Einfluß auf den Münchener, und oberflächlich betrachtet hat der Vertrag vom 24. August keine Aenderung in dem gegenseitigen Verhältnis hervorgebracht.

Der preußische Gesandte in München war über die Verhandlungen in Unkenntnis gelassen, aus einer Stuttgarter Zeitung erfuhr er ihren Abschluß [2]). Aber, wie Preußens Verhältnis damals zu Frankreich war, darf man sich nicht wundern, daß es ihn billigte. Bemühte sich doch auch Haugwitz, das zu erreichen, was Montgelas gelungen war. Auch er sah alles Heil für Preußen, nachdem die Verhandlungen mit Oesterreich gescheitert waren, in einem Vertrage mit Frankreich, um sich darauf gestützt in den Besitz der Entschädigung setzen zu können. So gab denn der preußische Minister, als er den Vertrag seinem Könige zuschickte, offen seiner Freude Ausdruck, daß es der bayrischen Politik gelungen war, sich Frankreich

1) Brief Friedrich Wilhelms III. an Max Joseph Berlin 13. März 1801.

2) Bericht v. Harnier München 30. August 1801.

zu nähern[1]). In dem Vertrage hatte der Kurfürst auf seine Besitzungen auf dem linken Rheinufer, d. h. auf das Herzogtum Zweibrücken, Jülich und mehrere Aemter in der Unterpfalz verzichtet, dafür versprach Frankreich Entschädigung. Als solche war der fränkische Kreis genannt, ebenso war die Rede gewesen von einer Auswechselung des westphälischen Besitzes gegen Ansbach und Bayreuth[2]). Bayern könnte sich dadurch von der alten Abhängigkeit von Frankreich freimachen, meinte Lucchesini. Auch Hardenberg und Haugwitz befürworteten wenn auch nicht eine gänzliche so doch eine teilweise Auswechselung. Haugwitz erklärte zu Posch, sein und Hardenbergs Wunsch sei, Ansbach gegen Bamberg einzutauschen[3]). Aber der König glaubte, die Ausführung dieses Planes einer späteren Zeit überlassen zu müssen[4]). Bayern jedoch ließ die Hoffnung, das Ziel seiner Wünsche zu erreichen, noch nicht fallen.

Im Herbst des Jahres 1801 trat eine Veränderung in der bayrischen Gesandschaft in Berlin ein. Der bisherige Gesandte Posch wurde nach Petersburg versetzt; an seine Stelle trat der Malteserritter François Gabriel de Bray. Während Posch mehr zu den Vertretern der preußischen Partei am Münchener Hofe gehörte, teilte sein Nachfolger unbedingt die politischen Ansichten seines Freundes Montgelas. Er war wie dieser davon überzeugt, daß, solange Oesterreich und Preußen aus gegenseitiger Eifersucht ein gemeinsames Vorgehen ablehnten, für die deutschen Fürsten 2. Ranges nichts anderes übrig bleibe, als mit Frankreich zu gehen. De Bray war ein gewiegter Diplomat und tüchtiger Staatsmann, der auch von Berlin aus Entscheidung auf die Entschlüsse des Münchener Hofes behielt. Durch sein freimütiges, liebenswürdiges Wesen gewann er sich gar bald die Freundschaft des Königs und das Vertrauen des leitenden Ministers.

---

1) Haugwitz an den König 21. September 1801.
2) Bericht Lucchesinis Paris 24. August 1801.
3) Bericht v. Posch Berlin 3. September 1801.
4) Instrukt. f. Lucchesini Berlin 6. September 1801.

Mit großen Hoffnungen entließ ihn der Kurfürst. Er erwartete von ihm, daß es seiner diplomatischen Kunst gelingen würde, das durchzusetzen, was seinem Vorgänger nicht gelungen war, nämlich Preußen für einen Austausch der Markgrafschaften zu gewinnen. Denn seit dem Vertrage vom 24. August 1801 glaubte man, nicht mehr die Nachbarschaft Preußens nötig zu haben, da Frankreich den Schutz Bayerns gegen Oesterreich übernommen hatte. In der Instruktion, die ihm mitgegeben wurde, ward ihm aufgetragen, sein Hauptaugenmerk auf eine Auswechselung der bayrischen Besitzungen am Unterrhein gegen Erwerbung von Ansbach und Bayreuth zu richten; sollte es nicht möglich sein, beides zu erlangen, so wünschte man wenigstens Ansbach einzutauschen [1]. Der Vorteil, der darin für Bayern liegen mußte, trat klar zu Tage. Statt eines isolierten Landes erhielt es ein Gebiet, das leicht mit dem Ganzen vereinigt werden konnte. Um den König für den Plan zu gewinnen, sollte de Bray auf die glänzende Stellung, die Preußen sich in Westphalen schaffen könnte, hinweisen. Die Markgrafschaften lägen viel zu weit von der Hauptmasse des preußischen Besitzes entfernt, um im Kriegsfalle geschützt werden zu können, beim ersten Kanonenschusse würden sie verloren gehen. Oesterreich, froh den lästigen Nachbarn los zu werden, würde sich nicht mehr den preußischen Wünschen inbetreff der Entschädigung hindernd in den Weg stellen, und Rußland und England würden eine mächtige Stellung Preußens am Rheine mit Freuden begrüßen [2]. Aber hier war der Wunsch der Vater der Gedanken. Sicher würden England wie Rußland gern gesehen haben, daß Preußen sich am Rhein vergrößert hätte, weil damit die Möglichkeit zu einem Konflikte zwischen Frankreich und Preußen eher gegeben war, aber der König wünschte keine weiteren Berührungspunkte mit der Republik. Dazu kam seine Vorliebe für den fränkischen Besitz, der ihm mit einer Ausdehnung des preußischen Einflusses verknüpft zu sein schien. Man erkannte bald in München, daß man allein den

1) Instrukt. f. de Bray München 29. August 1801.

2) ebenda.

schönen Plan nicht verwirklichen konnte, und so wandte man sich an seinen neuen Freund Bonaparte, der erklärt hatte, er wolle, daß jeder merke, welche Gefühle er gegen das pfälzische Haus hege [1]), damit er durch seinen Einfluß den Widerstand des Königs gegen das Projekt besiege. Und wirklich stellte der 1. Konsul in Berlin den Antrag, die Markgrafschaften Bayern zur Abrundung zu überlassen [2]). Er erklärte dem Kurfürsten, er wünsche ihn unabhängig sowohl von Oesterreich wie auch von Preußen zu machen. Aber da der König sich weigerte, auf den Plan einzugehen, unterstützte Bonaparte ihn nicht mehr.

Es war seine Absicht, sich mit Preußen auf einen guten Fuß zu stellen, da er Preußen als Gegengewicht gegen Oesterreich aufstellen wollte. In Süden sollte Bayern dazu dienen, seine hochfliegenden Pläne fördern zu helfen, durch Preußen wollte er Einfluß auf den Norden gewinnen. Die Lockspeise, die er auswarf, war die Säkularisation, denn er hatte sich zum Schiedsrichter über die inneren Angelegenheiten Deutschlands gemacht, da auf dem Reichstage, obwohl fast ein Jahr seit dem Luneviller Frieden vergangen war, noch keine Einigung über den Artikel VII des Vertrages erzielt war.

Der Gesandte Stadion hatte in Berlin zwar versichert, Oesterreich habe den besten Willen, die Entschädigungsfrage zu lösen, aber es geschah nichts, damit den Anfang zu machen. Man wußte in Bayern, wie langsam die Gangart der Geschäfte auf dem Reichstage war und wie wenig geeignet, die Ungeduld zu befriedigen. Daher hatte Posch schon im März 1801 ein Zusammengehen Bayerns und Preußens in Regensburg gefordert, um eine rasche Lösung der Entschädigungsfrage herbeizuführen. Preußen sollte, so wünschte man damals noch, mit Rußland eine Basis aufstellen, der Frankreich beitreten würde, und diese dem Reichstage vorlegen. Entweder sollte die Deputation, die schon auf dem Rastatter Kongreß bestanden hatte, wieder

1) Instrukt. f. de Bray München 6. Dezember 1801.

2) Instrukt. f. de Bray München 17. Januar 1802.

ins Leben gerufen werden, oder das ganze Geschäft sollte dem Kaiser übertragen werden, der sich mit Preußen und Rußland, den Garanten des deutschen Reichsverbandes, in Verbindung setzen sollte [1]). Diesen letzten Antrag stellte dann Bayern im Einverständnis mit Preußen im Fürstenrate am 20. April 1801, doch hatte er eine andere Fassung bekommen und war etwas eingeschränkt: Dem Kaiser sollte die weitere Einleitung der noch zu berichtigenden Friedensgeschäfte in der Weise übergeben werden, daß er seine Anträge darüber an die Reichsversammlung gelangen lasse [2]). Aber Oesterreich wollte, obwohl es in das Prinzip der Säkularisation gewilligt hatte, doch nicht ihre Ausführung übernehmen. Es wollte lieber Preußen und Bayern den Haß derer zuwenden, die unterdrückt werden sollten. So beeilte sich der Wiener Hof durchaus nicht, das Reichsgutachten auszuführen. Die Geschädigten mußten selbst die Initiative ergreifen. Preußen wie Bayern stimmten darin überein, daß nicht vom Reichstage, wo die Feinde einer Säkularisation die Majorität hatten, die niemals ihr eigenes Todesurteil unterschrieben haben würden, die Frage gelöst werden dürfe, sondern daß die ganze Angelegenheit einer Deputation übertragen werden müßte. Ueber deren Zusammensetzung gingen freilich anfangs beider Meinungen auseinander. Während Preußen keinen geistlichen Fürsten in der Deputation sehen wollte, hielt Bayern dies unbedingt für nötig, um nicht die Oppositionspartei allzusehr zu stärken, es könnte sonst wohl der Plan durchkommen, dem Kaiser absolute Vollmacht zu erteilen. Auch wies Bayern darauf hin, daß, falls Mainz nicht Aufnahme in der Deputation fände, das Direktorialamt verfassungsgemäß Böhmen übertragen werden müßte [3]), aber eine solche Stärkung des österreichischeu Einflusses durfte Preußen nicht zulassen, so stimmte es dem bayrischen Antrage vom 14. September zu. Danach sollte die Entschädigungsfrage durch eine Kommission von 8 Mitgliedern, Böhmen, Brandenburg, Mainz und

1) Note v. Posch an d. preuß. Minist. Berlin 13. März 1801 B. A.
2) Häusser II S. 338.
3) Instrukt. f. Posch München 23. August 1801.

Sachsen aus dem Kurfürstenrate, Bayern, Würtemberg, Hessen und der Hoch- und Deutschmeister aus dem Fürstenrate gelöst werden. Am 7. November wurde das Reichsgutachten zum Reichsschluß erhoben. Verschieden waren die Ansichten des Berliner und Münchener Hofes über den Gesichtspunkt, der bei der Entschädigung inne gehalten werden sollte. Während Preußen auf dem Reichstage durchzusetzen suchte, daß der Maßstab für Verlust und Entschädigung bloß auf reine Einkünfte beschränkt würde, ein Antrag, der für Preußen von Vorteil war, da es so für sein abgetretenes reiches aber nur 48 □ Meilen umfassendes Gebiet, größere Entschädigung beanspruchen konnte, wollte Bayern, daß Verlust und Entschädigung nach Land, Menschenzahl und Einkünften geregelt würde, da die Besitzungen, welche die deutschen Fürsten als Sühnopfer an Frankreich hätten geben müssen, nicht nur Eigentumsgüter sondern Staaten gewesen seien, deren Bestandteile Land, Menschen und Einkünfte gebildet hätten, folglich Verlust und Entschädigung auch nur nach diesem Maßstabe gemessen werden könnten [1]); und Bayerns Ansicht siegte.

Einig aber waren beide in einer anderen Frage. Am 27. Juli 1801 starb der Erzherzog Maximilian Franz, Kurfürst von Köln und Fürstbischof von Münster. Sein Land war geeignet, einem geschädigten Erbfürsten Ersatz zu schaffen, und besonders Preußen mußte daran gelegen sein, daß vor Lösung der Entschädigungsfrage eine Neuwahl nicht erfolgte. Am 31. August 1801 ließ es auf dem Reichstage eine Erklärung abgeben, daß erledigte Stifter in dieser Zeit des Ueberganges nicht neu bestetzt werden sollten. Bayern, das ein Interesse an der Aufrechterhaltung dieses Prinzips hatte, da der Tod des Bischofs von Freising nahe bevorzustehen schien, trat mit Hessen und Baden dieser Erklärung bei. Trotzdem wurde am 9. September in Münster und am 7. Oktober in Arnsberg für Köln die Wahl vorgenommen, und von beiden Domkapiteln wurde der Erzherzog Anton Viktor gewählt, dessen Wahl vom

1) Instrukt. f. Posch München 23. August 1801.

Kaiser anerkannt wurde. Freilich mußte er sich auf Frankreichs und Preußens Vorstellungen hin zu der Erklärung verstehen, daß dies auf den Gang der Säkularisation keinen Einfluß haben sollte.

Als Bonaparte von den Vorgängen in Köln und Münster Kunde erhielt, sagte er zu Talleyrand: „Ich sehe wohl, daß wir selbst an die Ausführung der Säkularisation gehen müssen, und wenn jene Leute mich ärgern, werde ich auch ihren Pontifex maximus säkularisieren. Ich bin dieser Intriguen müde“ [1]). Sein Verhältnis zu England hatte sich gebessert, ein Friede schien bevorzustehen, und so entschloß er sich, der Ordnung der Dinge in Deutschland nicht länger fern zu bleiben. Seine Absicht war, mit Preußen die Bestimmungen des Luneviller Friedens durchzuführen. In Berlin ergriff man mit Freuden die ausgestreckte Hand. Sobald man in München von den nahen Beziehungen zwischen Paris und Berlin hörte, lenkte Montgelas wieder ein. Im Laufe des Jahres 1801 hatte er oft genug aus seiner antipreußischen Stimmung keinen Hehl gemacht und hatte es versucht, seinen Herrn, der seinen Talenten unbedingt vertraute, von seiner engen Verbindung mit Preußen allmählich zu lösen. Er ließ es nicht daran fehlen, dem Kurfürsten das Schwankende in der preußischen Politik vorzustellen, um ihn auf die Seite Frankreichs hinüber zu ziehen. Zu statten kam ihm hierbei der Tod des preußischen Gesandten Heymann am 27. September 1801, der durch seine persönliche Freundschaft mit dem Kurfürsten trotz Montgelas einen großen Einfluß auf ihn ausgeübt hatte [2]). Aber als Montgelas erkannt hatte, daß der Weg nach Paris über Berlin gehen müsse, schloß er sich wieder enger an Preußen an. De Bray mußte in Berlin erklären, Bayern würde auf jeden Fall mit Preußen zusammengehen [3]).

---

1) Brief aus Paris vom 7. September 1801 P. A.

2) Mit der Führung der Geschäfte wurde nach Heymanns Tode Harnier beauftragt. Erst Ende Juni 1802 kam Baron v. Schladen als Gesandter nach München.

3) Instrukt. f. de Bray München 7. Februar 1802.

Aber die Verhandlungen zwischen Preußen und Frankreich zogen sich über Erwarten in die Länge, Entwürfe wurden ausgearbeitet, beraten und wieder bei Seite gelegt, doch zeigte Preußen bei allen Verhandlungen wohlwollendes Interesse für Bayern. Zwar gelang es auch de Bray nicht, Preußens Einwilligung für einen Austausch der fränkischen Besitzungen gegen Berg zu gewinnen, da Frankreich eine Verstärkung der preußischen Macht in Westphalen ablehnte, aber Preußen konnte im Laufe der Verhandlungen Bayern Beweise dafür geben, daß es Wert auf seine Freundschaft legte. Als Bonaparte dem Könige den Vorschlag machte, doch seine Entschädigung in Franken zu suchen, unbekümmert um die Wünsche des Kurfürsten, wurde dies vom Berliner Hofe abgelehnt [1]. Nach einem neuen Entschädigungsplane Hardenbergs sollten die fränkischen Bistümer mit Ausnahme des oberen Teiles von Bamberg der Regnitz entlang, den Preußen zur Abrundung zu erhalten wünschte, an Bayern kommen. Außerdem der südliche Teil von Fulda, das zum Erzbistum Mainz gehörige Gebiet links des Mains, von Speier und Worms das Land, welches auf dem rechten Ufer des Rheins lag, dazu noch fast ganz Eichstädt, Nürnberg mit dem größten Teile seines Gebietes und die in Bayern gelegenen Enklaven [2]. Aber auch diesem für Bayern günstigen Plane erging es nicht besser als den anderen zahlreichen Entwürfen, er wurde zu den Akten gelegt, er zeigt jedoch, daß die preußischen Staatsmänner in dieser Zeit im Interesse Bayerns tätig waren.

Als im Frühjahr 1802 immer noch kein Ende in den Entschädigungsverhandlungen abzusehen war, machte Montgelas dem Berliner Hofe den Vorschlag, Preußen solle eine Vereinigung der deutschen Fürsten zustande bringen, um die Verhältnisse im Reiche zu ordnen. Frankreich könne keinen Grund dagegen geltend machen, und auf den Wiener Hof brauche man keine Rücksicht zu nehmen, da der Fürstenbund

1) Bericht v. de Bray Berlin 9. Januar 1802.
2) Bericht v. de Bray Berlin 10. November 1801.

stark genug sein würde, auf Oesterreich einen Druck auszuüben.[1]) Aber der Bund, an dessen Errichtung Montgelas ernstlich wohl nicht gedacht hatte, wurde überflüssig, denn am 23. Mai 1802 schloß Preußen und am folgenden Tage Bayern seinen Vertrag mit Frankreich, der endlich die Entschädigung, die beide für ihre Verluste erhalten sollten, bestimmte. Damit waren die Verteilungen und Wiederverteilungen, die man in Paris mit deutschem Gebiete, gleichsam als ob es sich um ein neuentdecktes Land gehandelt hatte, zu Ende.

Der Kurfürst brauchte nicht mehr zu fürchten, daß schließlich doch noch Würzburg und Bamberg dem Oranier gegeben werden könnten.[2]) Diese und die Bistümer Freising, Eichstädt, Augsburg und ein Teil von Passau mit der Stadt, dazu mehrere reiche Abteien und eine Anzahl von Reichstädten waren ihm zugesichert. Die Träume, die man in München gehabt hatte, waren nicht alle in Erfüllung gegangen, aber doch überstieg die Entschädigung bei weitem die Verluste, wenn auch nicht in dem Grade, wie es bei Preußen der Fall war, welches das Verlorene fast fünffach ersetzt erhielt. Die Bistümer Hildesheim und Paderborn, ein Teil von Münster, Erfurt und mehrere Abteien und Reichstädte bildeten die Entschädigung. Die Forderungen waren freilich weit höher gegangen, aber „der Wunsch ein gutes Beispiel zu geben", heißt es in einer Instruktion, „und die ganze Angelegenheit rasch zu Ende zu bringen, haben mich bestimmt, in meinen Ansprüchen „bescheiden" zu sein".[3]) Beide Verträge wurden durch den russisch-französischen Vertrag vom 3. Juni 1802, der zur Ordnung der deutschen Verhältnisse abgeschlossen wurde, anerkannt.

Bevor noch vom Reichstage die letzte Entscheidung getroffen war, rüstete sich Preußen, mit Einwilligung Frankreichs von seiner Entschädigung Besitz zu ergreifen. Hatte Mont-

---

1) Berichte Harniers. München, 10. März und 21. März 1802.
2) Bericht v. de Bray. Berlin, 6. März 1802.
3) Instr. f. Harnier. Berlin, 16. Juni 1802.

gelas früher die Besorgnis gehegt, es könne durch eine vorzeitige Besitznahme der Entschädigung von Seiten Preußens im übrigen Teile Deutschlands ein Umsturz aller bestehenden Verhältnisse eintreten, gerade so wie die Besetzung der Grafschaft Zips zur Teilung Polens den Anlaß gegeben habe, so schwand seine Furcht, als er hörte, daß Frankreichs Macht hinter den preußischen Maßnahmen stehen würde. Jetzt wäre auch Bayern gar zu gerne dem Beispiele Preußens gefolgt. Es versuchte, in Berlin eine Garantie für die in Aussicht gestellte Entschädigung zu erlangen, um ohne Furcht vor Oesterreichs Eingreifen, das über Preußens und Bayerns eigenmächtiges Vorgehen erbittert war, von seinen neuen Gebieten Besitz ergreifen zu können.[1] Aber der König war nicht geneigt, etwas Schriftliches aus den Händen zu geben. Man erklärte dem bayrischen Gesandten, durch ein solches Schriftstück, das die Neuerwerbungen garantiere, werde nur das Mißtrauen Frankreichs und Rußlands geweckt; doch wolle Bonaparte die Garantie übernehmen, so würde Preußen nicht zögern, ihr beizutreten[2]. Um zu verhüten, daß beim Berliner Hofe sich die Meinung festsetzte, Bayern sei zu schwach, um allein von seiner Entschädigung Besitz ergreifen zu können, drang de Bray nicht allzusehr auf die Erfüllung des bayrischen Wunsches. Auch ließ er den Gedanken, der in München aufgekommen war, preußische Truppen sollten die Besitznahme Würzburgs und Bambergs unterstützen, da man dort Widerstand zu finden fürchtete, fallen. Man wollte, um Verwicklungen zu vermeiden, in München schließlich dem Rate von Haugwitz folgen, der dem Kurfürsten vorgeschlagen hatte, die Entschädigung nicht eher zu besetzen, als bis der Termin, welcher der Deputation zur Annahme des Planes vom 3. Juni gestellt war, verstrichen sei. Doch wenn Oesterreich dem Beispiele Preußens folgen und von der dem Großherzoge von Toskana bestimmten Entschädigung Besitz ergreifen würde,

1) Bericht v. de Bray. Berlin, 19. Juni 1802.
2) Bericht v. de Bray Berlin 7. Juli 1802.

sollte auch Bayern unverzüglich vorgehen[1]). Und bald sollte dieser Fall eintreten.

In der Nacht vom 16. auf 17. August 1802 ließ Oesterreich, um zu zeigen, daß es nicht daran denke, den hinter dem Rücken des Kaisers abgeschlossenen Entschädigungsplan ohne weiteres anzunehmen, die Stadt Passau, die in Paris Bayern zugesprochen war, besetzen und wenig später auch Salzburg und Berchtesgaden. Sofort ließ nun auch der Kurfürst seine Truppen marschieren; aber von der preußischen Regierung in Ansbach wurde der Abteilung, die die fränkischen Bistümer besetzen sollte, der Durchzug verweigert. Peinlich war man in München davon berührt. Man glaubte, Preußen mißbillige das Vorgehen Bayerns, doch vergaß man dabei, daß man selbst die Weigerung verschuldet habe. Denn die bayrische Regierung hatte es entweder in der Eile vergessen oder überhaupt nicht für nötig gehalten, die Bestimmung der Truppen anzugeben, und auch die sonst üblichen Formen waren nicht innegehalten. Doch wünschte man in Berlin, daß dieser Vorfall keine weitere Folgen habe. Hardenberg, der damals in München weilte, wurde angewiesen, alles aufzubieten, damit die Mißstimmung beseitigt würde[2]). Der Grund, der den Berliner Hof bestimmte, Bayern so freundschaftlich entgegen zu kommen, ist darin zu suchen, daß der 1. Konsul Bayern mehr und mehr seine Gunst zuwandte. Dieser hatte erklärt, er werde jeden Schritt Oesterreichs, der gegen die Integrität Bayerns oder gegen die für Bayern bestimmte Entschädigung gerichtet sei, als gegen Frankreich gerichtet ansehen. Darum erhob man in Berlin auch energisch Einspruch gegen die Besetzung Passaus durch die Oesterreicher. Man war bereit, die preußischen Truppen zu den französischen stoßen zu lassen, um Oesterreich zur Räumung Passaus zu zwingen. Am 22. August 1802 hatte Max Joseph an den König einen Brief geschrieben, worin er Preußens Hülfe erbeten hatte, und Fried-

1) Mémoire v. Haugwitz Berlin 10. August 1802.
2) Instrukt f. Hardenberg Berlin 6. Mai 1802.

rich Wilhelm zögerte nicht, sie zu versprechen. „Ich will keinen Augenblick verlieren“, heißt es in dem Antwortschreiben des Königs [1]), „Ew. Durchlaucht mitzuteilen, wie ich über den vorliegenden Fall denke. Ich gestehe, daß ich gedacht hatte, jeder sollte sich jetzt, wo die Deputation in Regensburg damit beschäftigt ist, die letzte Hand an das Entschädigungswerk zu legen, bis zum Abschlusse der Verhandlungen einer weiteren Besitzergreifung enthalten. Diesen meinen Wunsch teilte der Zar, und die französische Regierung schien durchaus nicht dagegen zu sein. Nach den Eröffnungen, welche mir der Wiener Hof als Antwort auf die Mitteilungen über meine eigenen Entschädigungen machte, mußte ich annehmen, daß er ebenfalls unserer Ansicht sei, und nur in dieser Voraussetzung und unter diesem Gesichtspunkte habe ich dort erklärt, nach meiner Ansicht wären Ew. D. bereit, dasselbe zu tun. Nun aber hat dieser Hof nicht nur das dem Hause Toskana nach dem Entschädigungsplan vom 3. Juni zugesicherte Loos besetzen lassen, sondern hat außerdem durch die Besetzung Passaus die Grenze überschritten. Jeder wird mir zugeben, und ich bin der erste es anzuerkennen, daß Sie, Herr Bruder und Vetter, vollkommen berechtigt sind, in gleicher Weise die für Sie in dem eben erwähnten Teilungsplane bestimmten Entschädigungen in Besitz zu nehmen. Ew. D. wissen, daß zwischen Rußland, Frankreich und Preußen vollkommenste Uebereinstimmung besteht, diesen Plan im Allgemeinen und im Besonderen, was die Entschädigung Ihres Hauses betrifft, aufrecht zu erhalten. Darüber sind sich die 3 Mächte so einig, daß Sie ruhig Ihre Interessen als vollkommen garantiert ansehen können und dürfen, sowohl was die Integrität Ihrer alten nicht abgetretenen Staaten als auch die der neu hinzukommenden betrifft. Was im Besonderen von meinem Beitritt zu der Vereinigung zu halten ist, so werden Ihnen meine alten, unveränderlichen Gefühle der Freundschaft für Sie und Ihr Haus

---

1) Brief des Königs Fr. W. a. d. Kurfürst. M. J. Berlin 30. August 1802. B. A.

dafür bürgen, daß ich mit Freuden jetzt die feste und feierliche Versicherung der Garantie wiederhole, und ich bitte Sie, versichert zu sein, daß ich bei jeder Gelegenheit, wo es sich darum handeln wird, Ihnen wirkliche Beweise davon zu geben, stets treulich mich an den Maßnahmen der beiden verbündeten Mächte beteiligen werde, welche diese Garantie und die daraus hervorgehenden Folgen erfordern werden. Rechnen Sie auf die Aufrichtigkeit meiner Gefühle und auf die Festigkeit meiner Entschließungen."

Seit langem waren solch warme Freundschaftsworte vom Berliner Hofe in München nicht mehr gehört. Aber der Rückhalt an Rußland und Frankreich gaben dem Könige den Mut, einmal offen seiner Freundschaft für Bayern Ausdruck zu geben. Der Kurfürst durfte hoffen, Preußen werde Oesterreich zum Nachgeben zwingen. Der Brief wurde von Friedrich Wilhelm selbst als eine vollwertige Garantieakte angesehen, doch verpflichtete er sich darin nur, einem Zusammengehen Frankreichs und Rußlands beizutreten, um jeder Gefahr für Preußen vorzubeugen. Daher war der König wenig zufrieden, als er aus Paris hörte, sein Gesandter Lucchesini habe auf Drängen Bonapartes und des bayrischen Gesandten Cetto am 5. September, obwohl ohne Vollmacht, einen Vertrag abgeschlossen, in dem nur von einem Zusammengehen Preußens, Frankreichs und Bayerns die Rede war. Die beiden deutschen Mächte verpflichteten sich darin, zusammen mit Frankreich beim Kaiser die Räumung Passaus binnen 60 Tagen zu verlangen, widrigenfalls würde man ihn mit Waffengewalt dazu zwingen. Preußen stand wieder vor einem Kriege mit Oesterreich, der ebenso wie der Krieg des Jahres 1778 in Bayerns Interesse unternommen worden wäre. Auf das Jahr 1778 wies auch Bonaparte in einem Handschreiben hin, das er an den König von Preußen richtete[1]: Die Politik Frankreichs nicht weniger als die Preußens hätten ihn veranlaßt, sich für die Wiederaufrichtung

1) Brief Bonapartes an Fr. Wilh. III. Anfang September 1802, in den Gesandtschaftsberichten Harniers. P. A.

Bayerns zu verwenden. Oesterreich scheine den Kurfürsten zwingen zu wollen, ihm bis zum Lech das bayrische Land abzutreten, um Bayern zu einem von ihm abhängigen Staate zu machen. Dies habe es schon 1778 versucht, damals sei ihm Friedrich der Große entgegengetreten. Jetzt seien der König, der Nachkomme des großen Mannes, und er, sein Bewunderer, dazu berufen, in seinem Sinne weiter zu arbeiten.

Doch war man in Berlin anfangs nicht geneigt, den übereilt geschlossenen Vertrag Lucchesinis zu ratifizieren. Man wies auf den Brief des Königs hin, der durch die Garantieerklärung des künftigen bayrischen Besitzstandes einen Vertrag, der nur für den Augenblick die Integrität Bayerns schütze, überflüssig mache. Die Umgebung des Königs, Köckeritz voran, bot alles auf, das friedliche System weiter fortzusetzen, und suchte ihn zu bestimmen, alles zu vermeiden, was die Neutralität gefährden konnte [1]. Aber Haugwitz, der damals wie de Bray anerkennt, auf das wärmste Bayerns Sache vertrat, verstand es, die Bedenken des Königs, die er gegen eine Ratifizierung des Vertrages geltend machte, zu beseitigen. Er wies auf die entschlossene Haltung Frankreichs hin, auf dessen tatkräftige Hülfe Preußen zählen dürfe, auf die Ohnmacht Oesterreichs und auf die Rücksicht, die man einem Verbündeten schuldig sei. Aber besonders bestimmten Friedrich Wilhelm wohl die Nachrichten aus Paris, wo Cobenzl erklärt hatte, Oesterreich werde Passau räumen [2]. Allzuviel schien für den Augenblick nicht auf dem Spiele zu stehen, und so erfolgte denn am 18. September in Potsdam die Ratifikation des Vertrages. In München machte die Haltung des Berliner Hofes in dieser ganzen Angelegenheit den denkbar günstigsten Eindruck. „Niemals seit dem Frieden von Teschen hat Preußen sich so tatkräftig ge-

---

1) Bericht v. de Bray Berlin 2. Oktober 1802. „Auch die Königin," heißt es hier, „sei stets dafür gewesen, das friedliche System fortzusetzen, weil sie fürchtete, daß bei längerer Abwesenheit die Liebe des Königs zu ihr erkalten könne und seine Leidenschaft sich einer anderen zuwenden möchte."

2) Instrukt. f. Lucchesini Berlin 10. September 1802.

zeigt, niemals ist es so nachdrucksvoll für unser Interesse eingetreten" [1]), schrieb damals de Bray. Der Kurfürst hatte nach den Ereignissen der vergangenen Zeit gefürchtet, daß Preußen es überhaupt verlernt habe, eine energische Sprache zu führen. Besonders bei der Besetzung Passaus hatte er geglaubt, nicht auf Preußen zählen zu dürfen, da er annahm, es würde der Ordnung der Dinge in Deutschland fern bleiben, nachdem es sich selbst in den Besitz seiner Entschädigungen gesetzt habe. Eher hatte er auf die Unterstützung Rußlands gerechnet. Aber Zar Alexander, ein schwacher Fürst, der sich von seinen jeweiligen Stimmungen leiten ließ und ein Feind von allem war, was Tatkraft und Ausdauer erforderte [2]), hatte gerade damals seine Politik wieder gewechselt und suchte mit Oesterreich zusammenzugehen. Rußlands Abschwenken konnte freilich den König nicht mehr umstimmen. Es zeigten sich jetzt die Wirkungen des Maivertrages. Preußen bestand die erste Probe, es war bereit, künftig mit Frankreich zusammenzugehen. Das mußte auch auf das Verhältnis zwischen Preußen und Bayern einwirken. Es war zu erwarten, daß Bayern auch in einer anderen Frage sich anders wie in den letzten Jahren zu Preußen stellen und geneigt sein würde, auf die Wünsche des Berliner Hofes, die eine Regelung der Verhältnisse in Ansbach-Bayreuth betrafen, einzugehen [3]).

Infolge der verwickelten Gebietsverhältnisse in Franken bestanden schon seit Jahrhunderten zwischen den Besitzern der fränkischen Markgrafschaften und den bayrischen Kurlanden Streitigkeiten. Nach Uebergang jener Provinzen an die preußische Krone erreichten die Differenzen den höchsten Grad, da die fränkischen Landesstellen nach selbst gemodelten Landeshoheitsprinzipien die Behauptung eines geschlossenen Gebietes aufstellten und alle innerhalb desselben Angesessenen der

---

1) Bericht v. de Bray Berlin 11. September 1802.

2) Bericht de Bray Berlin 2. Oktober 1802.

3) Für das Folgende: Süßheim, Politik Preußens in Ansbach-Bayreuth. S. 289ff.

vollen brandenburgischen Landeshoheit unterzogen [1]). Kurfürst Karl Theodor suchte seine Rechte durch gütliche Verhandlungen zu wahren, und wirklich wurde auch ein status quo verabredet, der einen völligen Ausgleich durch einen neuen Landesvergleich zur Folge haben sollte. Aber dieser kam über eine Einleitung nie hinaus. Als Max Joseph zur Regierung kam, erhielt das Ministerium Befehl, die abgebrochenen Verhandlungen wieder anzuknüpfen, um eine gütliche Uebereinkunft wegen der preußischen Grundsätze herbeizuführen, eine feste Grenze aufzustellen und eine gänzliche Purifikation beider Territorien zu bewirken [2]). Die preußische Regierung versprach auch, einen Kommissär zur Führung der Verhandlungen zu ernennen, aber die Sache kam nicht weiter, während die Streitigkeiten ihren Fortgang nahmen. Klagen wegen Uebergriffe preußischer Beamten liefen fast täglich in München ein. Das rücksichtslose Vorgehen der bayrischen Behörden rief oft die Entrüstung der Regierung in Ansbach hervor, die sich beeilte, ihre Klagen nach Berlin gelangen zu lassen, und häufig bildeten diese kleinlichen Vorfälle den Gegenstand erbitterter diplomatischer Verhandlungen. Aus den Archiven suchte der preußische Legationsrat Hänlein uralte Verträge hervor, um preußische Ansprüche auf irgend einen Ort zu begründen. So sah man in Ansbach, als der bayrische General Bartels im Januar 1801 sich mit 100 Mann in dem nürnbergischen Orte Schönberg einquartierte, dies als eine Neutralitätsverletzung an, da Preußen Rechte auf diesen Ort geltend machte, und erhob Protest. Von bayrischer Seite wurde erwidert, man habe nicht gewußt, daß der nürnbergische Ort Schönberg preußisch sei [3]). Ein anderer Fall, der auch zu lauten Klagen Anlaß gab, und der deutlich die Buntscheckigkeit der damaligen Karte von Deutschland illustriert, ereignete sich im August 1802. Preußen besaß mit Würzburg und verschiedenen

1) Aus einem Brief d. Kurfürsten an den König von Preußen. Concept B. A. München 19. April 1800.

2) Ebenda.

3) Hardenberg an Haugwitz 17. Januar 1801. P. A.

anderen Herrschaften das Condominat in den Dörfern Mainstockheim und Wiesenbronn, 4 Stunden von Würzburg entfernt [1]). Einige preußische Kommissäre dehnten nun die Maßnahmen gegen preußische Untertanen aus Versehen auch auf einige würzburgische aus. Gerüchte sprachen von einer militärischen Besitznahme durch preußische Truppen [2]). In München herrschte große Aufregung, die sich erst legte, als man preußischerseits einlenkte. In Berlin wie in München war man zu der Ueberzeugung gekommen, daß es unumgänglich nötig sei, für die Zukunft ein Abkommen zu treffen, wodurch die beiderseitigen Besitzverhältnisse geregelt werden sollten. Zu dem Ende wurde Hardenberg, der am besten die Verhältnisse kannte, nach München gesandt, wo er am 30. August 1802 eintraf. Nur bei einem Entgegenkommen von beiden Seiten war eine Einigung zu erhoffen, doch durfte Hardenberg erwarten, daß Bayern nicht allzugroße Schwierigkeiten ihm in den Weg stellen würde, da es ja gerade damals in der Angelegenheit mit Passau von Preußen einen Beweis der Freundschaft erhielt. Nach der Instruktion, die Hardenberg mitgegeben wurde [3]), sollte seine Aufgabe sein, einen Vergleich zustande zu bringen „Nicht nur in Absicht auf die bisher mit Bayern stattgefundenen Grenz- und sonstigen Streitigkeiten, sondern auch in Absicht auf alle diejenigen, welche auf das Kurhaus durch die Erwerbung von Würzburg, Bamberg und Eichstädt, desgleichen der Reichsstädte Rothenburg, Windsheim, Dinkelsbühl und Weißenburg übergehen. Vor allen Dingen wird eine feste Landesgrenze auszuwirken und da, wo solche streitig ist, der Distrikt nach Billigkeit allenfalls der Hälfte nach zu teilen sein, und eine Ausgleichung der in beiden Teilen belegenen Gegenstände, Lehen etc. bestens zustande zu bringen sein“ [4]). Ferner sollte Hardenberg zur Purification der Markgrafschaften einige bayrische und die fünf eichstädtischen Enklaven, Her-

---

1) Im Bezirksamt Kitzingen.

2) Münchener Staatszeitung v. 26. August 1802.

3) Instrukt. f. Hardenberg Berlin 3. August 1802.

4) Mémoire v. Hardenberg 3. Juli 1802. Hardenb. Nachlaß. P. A.

rieden, Ohrenbau, Spalt, Abenberg und einen Teil von Pleinfeld zu erhalten suchen samt den Strich von Bamberg, der rechts des Mains, der Regnitz und der Aisch lag, mit der Stadt Bamberg. Auf den Vorschlag Hardenbergs, dafür den Teil von Ansbach, der an die Oberpfalz grenzte, an Bayern abzutreten, wollte der König nicht eingehen. Er glaubte, der Kurfürst würde gegen Abtretung der preußischen Enklaven in den Bistümern Würzburg und Bamberg, im Gebiete der Reichsstadt Rothenburg und in der Oberpfalz und gegen Erlassung einer alten Schuld und einer namhaften Abfindung in baarem Gelde bereit sein, auf seinen Wunsch eingehen, nichts, was mit dem Ganzen zusammenhing, wegzugeben [1]. Mit der Schuld aber hatte es folgende Bewandtnis [2].

In den Jahren 1787 und 1788 hatte der leichtlebige Herzog Karl August von Zweibrücken von Preußen 2 246 416 Gulden entliehen. Sämtliche Agnaten hatten damals in besonders ausgestellten Erklärungen ihre Einwilligung dazu erteilt, und die Rentkammer in Zweibrücken stellte ein Zeugnis darüber aus, daß die Gelder zum Besten des Staates verwendet worden seien. Somit war die Obligation mit allen rechtlichen Formalitäten versehen und mußte von den Erben Karl Augusts anerkannt werden. Für die Rückzahlung des Kapitals samt 4 % Zinsen war festgesetzt, daß sie in 6 Raten von sechs zu sechs Jahren erfolgen sollte, beginnend mit dem Jahre, wo der Herzog oder sein Nachfolger die Regierung in Bayern antreten würde. Zur größeren Sicherheit des Kapitals wurde dem Könige ein constitutum possessorium auf sämtliche gegenwärtige und zukünftige Staaten des pfalz-bayrischen Landes dergestalt erteilt, daß er das Recht haben sollte, auf irgend eine Art sich bezahlt zu machen, wenn die festgesetzten kontraktmäßigen Bedingungen nicht erfüllt würden. Durch

1) Instrukt. f. Hardenberg Berlin 22. Oktober 1802.

2) Acta, das von d. Herzoge Karl August von Zweibrücken beim Könige von Preußen gemachte Anlehen betreffend. B. A. und K. Th. v. Heigel, Beziehung d. Herz. K. Aug. u. M. Jos. v. Zweibrücken zu Preußen. II. Vjs. III S. 31.

einen Separatartikel des Friedens von Basel ließ sich Preußen von Frankreich die Uebertragung der Summe auf die Entschädigung des Herzogs von Zweibrücken garantieren. Nach den Bedingungen hätte Max Joseph im Jahre 1800 mit der Rückzahlung beginnen müssen, aber da der Berliner Hof Stillschweigen beobachtete, ließ auch der Kurfürst die Sache noch ruhen. Zwar brachte Montgelas in einer Staatsratssitzung vom 4. April 1800 die Rede darauf und sprach die Befürchtung aus, dem Stillschweigen Preußens möchten dem Vorteile Bayerns zuwider laufende Absichten zu Grunde liegen [1]). Man glaubte, der König werde die Forderung zum Nachteile des Kurfürsten entweder im Herzogtum Berg oder bei der oberen Pfalz in im Herzogtum Neuburg dereinst geltend machen. Hompesch beantragte daher, man sollte versuchen, das Berliner Kabinett zur Verlängerung des Zahlungstermins bis zum Ende des ersten Jahres nach dem Kriege zu bewegen, zugleich aber sollte man sich nach einem anderen Anlehen umsehen, durch welches gegebenen Falls das Berliner abgetragen werden könnte [2]). Aber aus finanziellen Gründen hütete man sich in München, die Sache in Anregung zu bringen, und auch der Berliner Hof schwieg weiter entweder aus politischen Gründen oder aus Mitleid mit des Kurfürsten trauriger Lage, bis Hardenberg in München die Verhandlungen darüber eröffnete. Bei der schlechten Finanzlage des Münchener Hofes glaubte der König, der Kurfürst werde genötigt sein, auf den vorher erwähnten preußischen Vorschlag einzugehen; die in Aussicht stehende Baarsumme sollte als Lockspeise dienen. Aber er sollte eine Enttäuschung erfahren. Dem Kurfürsten war kurz zuvor von seinen Ständen eine Million fl. bewilligt und ein großer Kredit auf die böhmischen Lehen eröffnet, außerdem hoffte man in München, in den Indemnitätslanden durch eine bessere Verwaltung reiche Hilfsquellen erschließen zu können [3]).

1) Auszug aus einem Prototoll der geheimen Staatskonferenz München 4. April 1800. B. A.

2) Aus einem Referat v. Zentners München 18. Juli 1801. B.A.

3) Bericht Hardenbergs Ansbach 2. Oktober 1802.

All dies schwächte das Verlangen des Kurfürsten nach fremder Geldhülfe, und so wurde Hardenberg erklärt: Man werde für die schuldige Summe, die sich mit Zinsen bis Ende 1802 auf rund 3 522 700 fl. belief, auf keinen Fall Land und Leute abtreten, sondern man wolle versuchen, in 40 Raten innerhalb 20 Jahre die Schuld zu berichtigen [1]. Der König erklärte sich bereit, darauf einzugehen [2].

In den Hauptfragen, die die Purifikation und eine bessere Abrundung betrafen, kam bald zwischen Hardenberg nnd Montgelas eine Einigung zustande, die freilich später noch einigen Aenderungen unterworfen war, da der König darauf bestand, keinen einzigen preußischen Untertanen von dem zusammenhängenden Lande abzutreten. Schwierigkeiten machten nur noch die Besitzungen der säkularisierten Fürsten, die in den Markgrafschaften lagen. Man wollte sich in Berlin erst vergewissern, ob bei der doppelten Rücksicht auf die bisherigen Provinzen und die Indemnitätsländer, die man zu nehmen hatte, es vorteilhaft sei, wenn jene Besitzungen als bona et jura vacantia dem respektiven Territorialherrn zuerkannt würden. Nach eingehender Prüfung der Frage kam man zu dem Schlusse, in Regensburg zu beantragen, daß durch einen allgemeinen Beschluß festgesetzt werden sollte, daß sie als bona vacantia an den jeweiligen Landesherrn übergehen sollten. Aber dieser Antrag wurde nicht angenommen. Für den Kurfürsten wäre auch ein allzugroßer Schaden entstanden, wenn er auf diese Einkünfte ohne Entschädigung hätte verzichten müssen, betrugen sie doch nach Hardenbergs eingehender Berechnung jährlich über 200 000 fl. [4]. Hardenberg selbst war auch gerecht genug, seinem Könige vorzustellen, daß sie nicht als bona vacantia angesehen werden dürften, sondern dem Kurfürsten zufallen müßten; er schlug vor, sie gegen Ueber-

---

1) Ebenda.
2) Bericht v. de Bray Berlin 23. Oktober 1802.
3) Instrukt. f. Hardenberg Berlin 22. Oktober 1802.
4) Bericht v. Hardenberg 2. Oktober 1802 mit einer Tabelle.

lassung der Schuld von Bayern einzutauschen [1]). Aber auch damit wollte sich Bayern noch nicht begnügen, und schließlich willigte Preußen ein, zur Ergänzung der Vergütungssumme für obige Dominialrechte an Bayern noch 150 000 fl. baar auszubezahlen. Dies geschah bei Auswechselung des geistlichen Gütervertrages zu Augsburg am 10. März 1803 durch Nagler an Legationsrat Ringel nebst weiteren 12 489 fl. Mit dieser letzten Summe aber hatte es folgende Bewandtnis. Weil von Preußen der 22. November 1802 als Uebergangstermin der durch den geistlichen Gütervertrag erworbenen Revenuen angenommen wurde, die Zinsen der Schuld aber bis zum 1. Januar 1803 berechnet waren, so erklärte sich der König bereit, dem Kurfürsten die Zinsen der Schuld- und Aversionalsumme zu vergüten. Später wurden, da man bayrischerseits den 10. März 1803 als den Tag der Auswechselung der Güter angenommen wissen wollte, nach Uebereinkunft noch einmal 12 410 fl. von Preußen ausbezahlt, sodaß die Aversionalsumme tatsächlich rund 175 000 fl. betrug [2]).

Mitte November 1802 waren die Verhandlungen im Wesentlichen beendet. Der Ausgleich sollte nach Revenuen und nicht nach Flächeninhalt geschehen. Preußen hoffte dabei, weil seine Provinzen eine bessere Verwaltung gehabt hatten, auf einen Zuwachs. Die künftige Grenze war vorerst nur im Allgemeinen festgelegt. Das Genauere sollte durch eine Vertragsvollzugskommission später bestimmt werden. Diese Bestimmung aber barg wieder den Stoff für künftige Mißhelligkeiten.

Waren auch die Wünsche Preußens auf eine Erwerbung Bambergs nicht in Erfüllung gegangen, so hatte es doch erreicht, daß künftig die fränkischen Fürstentümer ein festgeschlossenes Ganzes bildeten [3]). Es wurde bestimmt, daß keinem innerhalb der Territorialgrenze des anderen irgend welche Rechte oder Besitzungen zustehen sollten. Allen Ansprüchen, die sich vielleicht noch aus Urkunden der Archive

1) Ebenda.

2) Aus d. Hardenberg. Nachlaß. P. A.

3) Haupt- u. Landesvergleich v. 30. Juni 1803 B. A.

ergeben würden, wurde von beiden Teilen feierlichst entsagt. An Preußen wurden die Reichsstädte Weißenburg, Dinkelsbühl und Windsheim, die eichstädtischen Enklaven und einige bambergische Distrikte abgetreten gegen Erwerbung der Aemter Lauenstein, Streitberg, Solnhofen, Neustadt b. Culm und Osternahe nebst den Enklaven in Würzburg und Rothenburg und den preußischen Besitzungen jenseits des Mains. Ferner sicherten sich beide Teile eine Verbindungsstraße zwischen ihren Gebieten, die preußische sollte von Eschenau nach Pegnitz, die bayrische von Schnaittach nach Forchheim führen.

Der von Montgelas geschlossene Vertrag war für Bayern ungünstig, aber die politischen Verhältnisse zwangen den Kurfürsten zum Nachgeben. „Konnten wir", sagt Montgelas in seinen Denkwürdigkeiten [1]), „in jener Zeit und unter den damaligen Verhältnissen die Unterstützung Preußens entbehren?" Auch fand Bayern nirgends einen Rückhalt weder an Rußland noch an Frankreich, das gerade damals dem Berliner Hof in allem entgegenzukommen suchte. Aber erst am 30. Juni 1803 wurde der Vertrag unterzeichnet. Denn von einer anderen Seite war eine Störung in die Verhandlungen hineingekommen.

Oesterreich hatte in Paris durchzusetzen verstanden, daß die Entschädigung des Großherzogs von Toskana um das Bistum Eichstädt vergrößert wurde. Lucchesini wie Cetto waren hinters Licht geführt, erst durch Rechberg, den bayrischen Gesandten in Regensburg, bekam de Bray Mitteilung davon, der sofort das preußische Ministerium von der Rücksichtslosigkeit des 1. Konsuls benachrichtigte [2]). Bonaparte, der noch kurz zuvor laut für die Integrität der alten und neuen Besitzungen Bayerns eingetreten war, gab unbedenklich seinen Standpunkt auf, als er Vorteil davon zu haben glaubte, und sicherte Eichstädt, das in Paris Bayern versprochen war, Oesterreich zu. In Berlin war man durchaus nicht abgeneigt gewesen, Oesterreich entgegen zu kommen, aber man hätte gewünscht, daß die Vergrößerung der Entschädigung auf Badens Kosten, das achtmal mehr er-

1) Montgelas, Denkwürdigkeiten S. 66.

2) Bericht v. de Bray Berlin 30. Oktober 1802.

halten als verloren hatte, geschehen wäre. Der König erklärte: Darum also habe man in Paris im September Lucchesini das Messer gleichsam an die Kehle gesetzt, um gleich darauf die eingegangenen Verpflichtungen zu brechen. „Man wird sich über uns lustig machen und man tut Recht daran“ [1]). In München bot man alles auf, um den Plan zu hintertreiben. Um Preußen ein unmittelbares Interesse daran zu geben, sich gegen eine Abtretung Eichstädts zu erklären, beschleunigte man den Abschluß der Verhandlungen mit Hardenberg, die am 20. November 1802 ihr vorläufiges Ende erreichten; Preußen erhielt die fünf eichstädtischen Enklaven. Aber die Hoffnungen des Kurfürsten erfüllten sich nur zum Teil. Preußen war auch diesmal ängstlich bemüht, sich nicht in direkten Gegensatz zu Frankreich zu setzen. Man gab de Bray den Rat, Bayern solle seine Beschwerden in Paris vorbringen, dort würde Preußen die Schritte, die Cetto tun würde, unterstützen, falls die Sache noch nicht endgültig entschieden sei [2]). Denn auch Preußen hatte ein Interesse an der Frage, nachdem Bayern eingewilligt hatte, die fünf eichstädtischen Enklaven abzutreten. Bewahrheitete sich das Gerücht von der Abtretung des Bistums an Oesterreich, so standen den preußischen Wünschen große Schwierigkeiten entgegen, denn vom Hause Habsburg durfte man nicht viel Entgegenkommen erwarten. Daher war es auch durchaus falsch, wenn man in München glaubte, gerade Preußen sei es gewesen, das diese neue Aenderung im Entschädigungsplane veranlaßt habe [3]), und es hätte kaum der Erklärung Talleyrands zu Cetto bedurft, Preußen habe niemals die fragliche Aenderung gewünscht. Lucchesini sollte in Paris erklären, der König bedauere lebhaft, daß gerade von der Entschädigung, deren Integrität dem pfälzischen Hause garantiert sei, ein Teil weggenommen werde, aber er könne auch jetzt nur wie stets das kluge Prin-

1) Bericht v. de Bray Berlin 18. November 1802.

2) Bericht v. de Bray Berlin 4. November 1802.

3) Instrukt. f. de Bray 6. Dezember 1802 u. Montgelas, Denkwürdigkeiten S. 67.

zip des 1. Konsuls, rasch die Dinge in Deutschland zu ordnen, anerkennen, selbst auf die Gefahr hin, dabei einige geringfügige Teile des Entschädigungsplanes opfern zu müssen. Nur stellte man die Bedingung, Frankreich solle zuerst versuchen, ob Oesterreich sich nicht mit der Uebertragung der Kurwürde an den Großherzog begnügen wolle, falls dies, wie zu erwarten war, nicht geschehen würde, beim definitiven Abschluß des Vertrages darauf zu dringen, daß 1. Eichstädt nach dem status possessionis von 1797 übernommen würde, 2. die eichstädtischen Enklaven zur Erleichterung der Austauschverhandlungen an Bayern abgetreten werden sollten, und daß 3. Oesterreich sich verpflichte, nur eine kleine Truppenmacht dort zu halten [1]). Auch versuchte Preußen durchzusetzen, daß Bayern für seinen Verlust ein genügender Ersatz, den Frankreich anfangs nicht hatte bewilligen wollen, zuerkannt wurde, und es bemühte sich, den Petersburger Hof zu veranlassen, in demselben Sinne zu wirken [2]).

Am 26. Dezember 1802 wurde in Paris der Vertrag zu Gunsten des Großherzogs unterzeichnet. Oesterreich hatte nicht alles erreicht, was es gefordert hatte, denn im Vertrage waren die preußischen Bedingungen enthalten. Die eichstädtischen Enklaven behielt Bayern gegen eine Baarvergütung, und so war verhindert, daß die vor kurzem in München getroffenen Abmachungen durchkreuzt wurden, aber die Frage, wo Bayern einen Ersatz finden sollte, war offen gelassen. Doch bemühte sich Preußen, im Interesse Bayerns eine Lösung zu finden. Gleich nach Ankunft des Pariser Vertrages fand in Berlin zwischen dem Könige, dem Prinzen Louis Ferdinand und Haugwitz eine Konferenz statt; man kam überein, in Paris die Erklärung abzugeben: Der König freue sich, daß durch den Vertrag das größte Hindernis, das der Wiederherstellung der Ruhe in Deutschland bislang entgegen gewesen wäre, hin-

---

1) Ebenda.

2) Bericht v. de Bray Berlin 2. Dezember 1802. Bailleu II Urk. No. 85 u. 86.

weggeräumt sei; aber um diese Sache wirklich zu Ende zu bringen, sei es nötig, sofort die territoriale Entschädigung für den Kurfürsten, die ihm rechtmäßigerweise zukomme, zu bestimmen, und der König bestehe durchaus auf die Abtretung Nürnbergs und Augsburgs [1]). Bald zeigte sich auch die Frucht der preußischen Bemühungen in Petersburg. Dort war man ganz der Meinung Preußens, daß Bayern eine territoriale Entschädigung erhalten müsse, und der russische Gesandte Markow wurde angewiesen, gemeinsam mit Lucchesini darauf hinzuarbeiten, daß, wenn nicht beide Städte, so doch wenigstens Nürnberg an Bayern fallen sollte [2]). Anfänglich hatte man sich in München geweigert, darauf einzugehen. Man glaubte, eine Stadt mit 16 Millionen Schulden sei kein genügendes Aequivalent für Eichstädt. Aber man merkte bald, daß man, um überhaupt nur etwas zu erhalten, in seinen Ansprüchen nicht zu weit gehen dürfe, und so erklärte sich der Kurfürst bereit, mit Nürnberg allein zufrieden zu sein. Doch da war es Bonaparte, der sich der Abtretung dieser Reichsstadt an Bayern widersetzte. Er wollte nicht von seiner Politik abgehen, die Reichsstädte, die er für den französischen Handel nötig zu haben glaubte, zu begünstigen. Auf Lucchesinis Vorstellungen jedoch war Bonaparte bereit, an Bayern die strittigen 500 Toisen vor Passau — die Stadt selbst war im Vertrage vom 26. Dezember mit Oesterreichs Einwilligung Bayern zugesprochen — zu überlassen, ferner die Souveränität über alle Besitzungen der nicht mediatisierten Fürsten in Franken und Schwaben, und außerdem sollte der Kurfürst berechtigt sein, $^{3}/_{10}$ aller Einkünfte der geistlichen Körperschaften für sich zu erheben [3]). Vorläufig waren dies aber nur leere Versprechungen, die Erfüllung stand noch in weiter Ferne. Den Schritten Lucchesinis fehlte die Unterstützung des russischen Gesandten Markow, der nur lässig den erhaltenen Befehlen nachkam [4]). Die Hoffnungen des Münchener Hofes, eine terri-

1) Bericht v. de Bray Berlin 15. Januar 1803.
2) Bericht v. de Bray Berlin 12. Februar 1803.
3) Bericht v. de Bray Berlin 8. Februar 1803.
4) Bericht v. de Bray Berlin 8. März 1803.

toriale Entschädigung zu erhalten, schwanden immer mehr. Man griff nun den Plan auf, in den reichen Gütern des deutschen Ordens einen Ersatz zu finden, und begehrte dafür die Unterstützung Preußens auf dem Reichstage. In Berlin ging man nicht darauf ein; man suchte vielmehr den Kurfürsten zu ermutigen, fest auf eine territoriale Entschädigung zu bestehen, und sich nicht durch den Wiener Hof schrecken zu lassen. Frankreich würde sich mit Preußen verbinden, und eine Zusammenkunft des Königs mit Bonaparte in Wesel würde das Band noch enger knüpfen [1]). Hardenberg entwarf gemeinsam mit de Bray einen neuen Plan, der Bayerns Vorteil im Auge hatte, und von dem man hoffte, daß er die Billigung des 1. Konsuls finden würde. Man nahm Rücksicht auf Bonapartes Widerstreben, den Reichsstädten, als den Vermittlern des Handels mit Frankreich, ihre Selbständigkeit zu nehmen. Nürnberg sollte werden, was Augsburg damals war und Regensburg bislang gewesen war, eine freie Reichsstadt, aber ohne zugehöriges Gebiet. Dieses sollte unter Preußen und Bayern derartig geteilt werden, daß der Kurfürst den größeren Teil als Entschädigung für Eichstädt bekommen sollte, das übrige aber Preußen, das damit die ersehnte Verbindung zwischen Ansbach und Bayreuth sich geschaffen hätte. Als Entgelt wollte Preußen einen Teil der Schulden, die Nürnberg hatte, übernehmen, und einen kleinen Distrikt von Ansbach, der als Bannmeile dienen sollte, an die Stadt zur freien Selbstverwaltung abtreten [2]). Aber so vorteilhaft dieser Plan auch für beide Teile gewesen wäre, er scheiterte an dem Widerstande Frankreichs. Es nutzte auch nichts, daß de Bray in dieser Angelegenheit den 1. Konsul persönlich in Amiens aufsuchte. Voller Bewunderung für den großen Mann kehrte er zurück, aber Aussichten auf Entschädigung konnte er seinem Herrn

1) Bericht v. de Bray Berlin 19. März 1803.

2) Bericht v. de Bray Berlin 24. März 1803 u. sein Mémoire f. Haugwitz o. D. B. A.

nicht bringen [1]). Erst der Preßburger Friede brachte doppelt und dreifach die lang ersehnte Entschädigung für Eichstädt.

Inzwischen hatten die Verhandlungen der Reichsdeputation nach vielfachen Kämpfen, in denen aber Frankreich, Preußen und Bayern durch festes Zusammenhalten den Sieg davontrugen, ihr Ende erreicht; am 25. Februar 1803 kam der Hauptschluß zustande. Die Macht triumphierte über das Recht. Tausendjährige Existenzen, über welche aber die Geschichte schon lange das Todesurteil gesprochen hatte, sanken zu Boden. Ihre Auflösung mußte dazu dienen, dem Erbfürstentume neue Lebenskräfte zuzuführen.

IV. Kapitel.

Vom Reichsdeputationshauptschluss bis zum Abbruch der Beziehungen.

Nur kurze Zeit erfreute sich Europa nach dem Frieden von Amiens der Ruhe. Schon im Mai 1803 brach zwischen England und Frankreich der Krieg wieder aus. Es war zu erwarten, daß England alles versuchen werde, sich auf dem Festlande Verbündete zu schaffen. Ein neuer Kontinentalkrieg drohte, denn auch Oesterreich wartete nur auf einen günstigen Augenblick, um sich von neuem mit Erbitterung trotz seiner finanziellen Ohnmacht auf den alten Feind zu stürzen. Für die deutschen Fürsten galt es nun, wollten sie nicht mit in den Kampf hineingezogen werden, beizeiten die Vorkehrungen zu treffen. Für den Norden war es leicht, die Neutralität zu behaupten; die letzten 8 Jahre hatten es bewiesen. Ueber den Süden aber drohten wieder die Schrecken des Krieges

---

1) Brief v. de Bray an Montgelas 30. August 1803 B. A. gedruckt in de Bray, Aus dem Leben eines Diplomaten der alten Schule, hrsg. v. Heigel S. 149.

hereinzubrechen, während noch kaum die alten Wunden, die der vorige Krieg dem Lande geschlagen hatte, geheilt waren, wenn es nicht gelang, dem Süden dieselben Vorteile wie dem Norden zu verschaffen. In München kam man, um Bayern bei einem neuen großen Kriege den Frieden zu erhalten, auf den in den letzten Jahren schon mehrfach angeregten Gedanken zurück, den Fürstenbund wieder ins Leben zu rufen. Bevor de Bray seine große Reise nach Frankreich im Frühjahr 1803 antrat, arbeitete er unter den Augen [1]) und teils nach Diktat Montgelas' eine Denkschrift aus, in welcher der Hauptgedanke war, daß die deutschen Fürsten zur Aufrechterhaltung des Friedens im Reiche sich zusammenschließen sollten [2]). Um Preußen wollte man sich scharen, um mit Hülfe dieser Macht das System einer bewaffneten Neutralität erfolgreich durchführen zu können.

Der Gedanke war groß und schön, aber er war nur durchzuführen, wenn ein fester Wille vorhanden war, der die Schwierigkeiten, die man ohne Zweifel dem Plane entgegenstellen würde, besiegen konnte, denn der Süden war von jeher der geeignetste Platz gewesen, wo Frankreich und Oesterreich auf Kosten des Reiches ihre blutigen Fehden ausgefochten hatten. Um zum Ziele zu kommen, war es daher notwendig, wenigstens eine der beiden Mächte für den Plan zu gewinnen. Nach der Ansicht de Brays sollte man dem ersten Konsul alle die Vorteile auseinander setzen, die für Frankreich aus dem Plane entspringen mußten, um ihn für den Gedanken zu erwärmen. Die Grenze Frankreichs würde von Basel bis Holland durch den Fürstenbund vor jeden Angriff Oesterreichs oder einer andern Macht gedeckt werden; alle Kräfte könnten auf einem Punkte, in Italien, vereinigt werden [3]). Man hoffte so, Bonapartes Zustimmung zu erlangen. In Berlin war damals der Boden für einen solchen Plan günstig. Da der Zar ein Zusammengehen mit Preußen abgelehnt hatte, konnte von Berlin

1) Bericht v. de Bray Berlin 13. November 1803.
2) Mémoire v. de Bray 22. Mai 1803 B. A.
3) Bericht v. de Bray Berlin 13. November 1803.

aus nicht verhindert werden, daß Bonaparte nach Wiederausbruch des Krieges mit England die deutschen Besitzungen Georgs III. besetzen ließ. Durch eine Neutralität Deutschlands war nun das einfachste Mittel gegeben, sich des lästigen Nachbars zu entledigen, der von Hannover aus leicht in allen Angelegenheiten einen Druck auf Preußen ausüben konnte. Zusammen mit Cetto sollte Lucchesini auf die Ausführung des Planes hinarbeiten und den ersten Konsul veranlassen, seine Truppen aus Hannover herauszuziehen, und die bewaffnete Neutralität Deutschlands anzuerkennen [1]).

Um Oesterreichs Einwilligung bemühte man sich garnicht, da man wußte, daß die Verhandlungen doch keinen Zweck haben würden. Aber die Zustimmung Rußlands hielt man in Berlin für erforderlich. Um sie zu erlangen, forderte man Bayern, Württemberg und Baden auf, ihren Einfluß, den sie auf den Petersburger Hof durch die bestehenden Bande der Verwandtschaft hatten, zu Gunsten des Planes geltend zu machen [2]). Aber der russische Gesandte Alopäus erklärte, sein Hof werde schwerlich Preußens Pläne billigen, da sie nicht bezweckten, dem Festlande den Frieden zu sichern, sondern nur, Oesterreich zu isolieren, und Frankreich die Stelle zu zeigen, wo man Oesterreich treffen könne [3]). Auch Bonaparte dachte nicht daran, Deutschlands Neutralität anzuerkennen, und Hannover zu räumen, denn England konnte nur indirekt durch Vernichtung seines Handels getroffen werden. Dazu bedurfte er aber der Mündungen der Weser und Elbe. Sollte Frankreich auch mit Oesterreich in Krieg geraten, so sei es für die Republik nicht vorteilhaft, wenn nur Italien Kriegsschauplatz wäre, erklärte Bonaparte Lucchesini gegenüber. „Nur auf dem Wege, der von Straßburg nach Wien führt, kann Oesterreich zum Frieden gezwungen werden, und diesen Weg wollen Sie uns verbieten. Es hieße uns der Hülfe unserer natürlichen Bundesgenossen, Badens, Württembergs und des Kurfürsten

---

1) Ebenda.
2) Ebenda.
3) Bericht v. de Bray Berlin 19. November 1803.

von Bayern berauben, wenn Sie den Kontinentalkrieg verhindern oder ihn für Frankreich weniger ungünstig machen wollen" [1]).

So ließ man denn in München den Plan als aussichtslos fallen, obwohl man gern gesehen hätte, daß er in Erfüllung gegangen wäre, denn Bayern bedurfte gar sehr der Ruhe, um im Innern die Verwaltung zu ordnen, die durch das Hinzukommen so vieler neuer Besitzungen in Verwirrung geraten war, und ebenso, um die Finanzen des Landes wieder aufzubessern. Der letzte größere Versuch, sich dem Einflusse Frankreichs zu entziehen, war gescheitert! Man erkannte, daß man die politische Existenz Bayerns mit Hülfe Deutschlands nicht sichern konnte, sondern daß man in einem Kriege Partei ergreifen müsse, und auf welche Seite sich Max Joseph schlagen würde, war kaum noch zweifelhaft. Ein Bündnis mit Frankreich schwebte für den Fall eines künftigen Krieges den bayrischen Staatsmännern vor Augen [2]). Daher war man auch in München nicht mehr geneigt, auf die preußischen Ideen einzugehen, als sich im Anfange des Jahres 1804 der Berliner Hof ernstlich bemühte, einen neuen Fürstenbund ins Leben zu rufen [3]), und es war vergebens, daß sich de Bray im Januar auf Haugwitz' Ersuchen persönlich nach München begab. Hier hätte man es jetzt viel lieber gesehen, wenn Preußen auf die dringenden Vorschläge des ersten Konsuls eingegangen wäre, der keine Neutralität Deutschlands, wohl aber ein enges Bündnis mit Preußen wünschte. Doch davor scheute Friedrich Wilhelm noch zurück. Er fürchtete, in einen Weltkrieg hineingezogen zu werden; auch ließ Frankreich kein Wort von einer Räumung Hannovers im Falle eines Bündnisses verlauten. Außerdem hatte der König noch nicht die Ereignisse, die dem Vertrage vom 5. September 1802 folgten, vergessen. Damals

---

1) Bericht v. Lucchesini Paris 30. November 1803. Bailleu II Urk. No. 146.

2) Schon Anfang April 1803 hatte der jüngere Rechberg bei seinem Ministerium eine Denkschrift eingereicht, die den Plan einer Allianz mit Frankreich enthielt.

3) Häusser II S. 493 ff.

hatte er sehen müssen, wie Bonaparte über geschlossene Verträge dachte [1]).

Max Joseph war durch sein Vorgehen gegen die Reichsritterschaft, auf das zurückgekommen werden soll, in ein gespanntes Verhältnis mit dem Wiener Hofe geraten, sodaß er das Schlimmste befürchten mußte. Es konnte ihm also nur erwünscht sein, wenn ein enges Bündnis zwischen den beiden Garanten Bayerns zustande kam, denn es war nicht zu erwarten, wie es die Zukunft auch bewies, daß Frankreich und Preußen, ohne verbündet zu sein, Oesterreich in seinem Vorgehen hindernd in den Weg treten würden. So erhielt denn Cetto Instruktion, seinen ganzen Einfluß einzusetzen, daß eine Verbindung zwischen Frankreich und Preußen geschlossen und in diesen Vertrag auch Bayern mit einbegriffen würde, um ihm seine Besitzungen und Rechte zu garantieren [2]). Dadurch wäre Oesterreich an der Ausführung seiner Pläne gehindert worden. Die Verhandlungen zwischen Paris und Berlin wurden, nachdem zeitweise ein Stillstand eingetreten war, trotz des Königs Abneigung gegen ein Bündnis mit Frankreich wieder aufgenommen, als Bonaparte sich zu größeren Zugeständnissen an Preußen herbeiließ. Der Berliner Hof erklärte in München: „Der Kurfürst kann hoffen, daß eine Verbindung zwischen Preußen und Frankreich zustande kommt, aber Preußen denkt nicht daran, sich damit zu übereilen“ [3]). Die Stimmung am Berliner Hofe schwankte hin und her. Rußland bekämpfte die in Aussicht stehende Allianz, und Napoleon wollte noch immer nicht auf eine Räumung Hannovers eingehen, so kam der Entschluß, den man in München hatte aussprechen lassen, nicht zur Ausführung. Zum gänzlichen Abbruch der Verhandlungen führte dann Anfang April 1804 die Nachricht von dem Justizmorde, den Bonaparte an dem Herzoge von Enghien beging. Wie sehr auch Bayern das Bündnis gewünscht hatte, so konnte man doch dem Verhalten Preußens seine Billigung

---

1) Bericht v. de Bray Berlin 17. Januar 1804.
2) Instrukt. f. Cetto München 7. Februar 1804.
3) Instrukt. f. Schladen Berlin 24. Februar 1804.

nicht versagen. „Welche Großmacht würde diesen Augenblick wohl benutzen“, schreibt de Bray [1]), „um sich Frankreich zu nähern. Man wird nichts gegen Bonaparte unternehmen, aber man wird jede Verbindung mit ihm unterlassen, da die Ehre es verbietet.“ Der bayrische Staatsmann hatte den Berliner Hof recht beurteilt. Die Verhandlungen über ein Bündnis wurden nicht wieder aufgenommen, aber man suchte ängstlich alles zu vermeiden, was zu einem Bruche mit Frankreich führen konnte. Sühne zu fordern für die Verletzung deutschen Gebietes, überließ man Oesterreich und Baden. Der Kaiser erklärte, er sehe in der Aufhebung des Herzogs von Enghien keine Verletzung deutschen Gebietes [1]). Baden war zu schwach, um Genugtuung zu fordern, und Preußen, anstatt sich als die Vormacht Deutschlands zu zeigen, gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß in den freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich keine Aenderung eintreten werde [2]). Der preußische Gesandte in München, Schladen, wurde angewiesen, alle übertriebenen Gerüchte von einem Bruche zwischen Frankreich und Preußen infolge der Ermordung des Herzogs zu zerstreuen [3]). So schwächlich zeigten sich die Hüter deutscher Ehre, so ohnmächtig erwies sich das Reich! Kann man es den kleineren Fürsten verdenken, daß sie schwiegen, kann man sie wirklich dafür verantwortlich machen, daß sie an ihrem Vaterlande verzweifelten!

Nachdem der Kaiser den Reichsdeputationshauptschluß durch ein feierliches Receß vom 26. April 1803 genehmigt hatte, zog er sofort seine Konsequenzen daraus. Er ließ alle Besitzungen der säkularisierten Bistümer, Abteien und sonstige Benefizien in der ganzen österreichischen Monarchie besetzen, obwohl einige Zeit vorher der Reichstag beschlossen hatte, daß die bona et jura vacantia dem jeweiligen Landesherrn zufallen sollten, ein Beschluß, den Preußen in seinen Austauschverhand-

---

1) Bericht v. de Bray Berlin 4. April 1804.
2) Instrukt. f. Schladen Berlin 6. April 1804.
3) Ebenda.

ungen mit Bayern anerkannt hatte. Nun aber hatten die geistlichen Besitzungen, die Max Joseph erhalten hatte, bedeutendes Grundeigentum und große Kapitalien in Oesterreich, die dadurch Bayern verloren gingen. Es war natürlich, daß der Kurfürst alles versuchte, in Wien diese Maßregel rückgängig zu machen, aber die Bemühungen des Freiherrn von Aretin waren erfolglos. Daher wandte sich der Kurfürst mit seinen Klagen an die befreundeten Großmächte. Doch weder in Paris noch in Berlin war man geneigt, sich wegen dieser verhältnismäßig geringfügigen Sache in einen Gegensatz zu dem Wiener Hof zu stellen. Schladen wurde angewiesen, den Kurfürsten zur Mäßigung in seinem Verhalten gegen Oesterreich aufzufordern und ihm zu raten, durch Entgegenkommen die strittigen Fragen aus der Welt zu schaffen, um nicht die Mächte, die Bayerns Sache verträten, in Verlegenheit zu bringen [1]. Die Streitigkeiten mit dem Wiener Hofe dauerten fort. Der Kurfürst von Salzburg legte sich den Titel Fürst von Passau bei. Sofort beschloß man in München mit der Annahme des Titels Fürst von Eichstädt zu antworten. Es bedurfte erst der dringenden Mahnungen von Berlin aus [2], die Stimmung nicht noch mehr zu verschärfen, daß man davon absah. Schärfer wurde der Konflikt mit Oesterreich, als Bayern seine Souveränität in Schwaben, wo sich 1768 eine Korporation, die Burgauischen Insassen, gebildet hatte, zur Geltung zu bringen versuchte [3]. Je gespannter das Verhältnis zum Wiener Hof wurde, je dringender wurden die Bitten des Münchener Hofes, Preußen möge eingreifen. König Friedrich Wilhelm III. hatte seine passive Rolle nicht aufgegeben, als es sich für Bayern um ernstere Krisen gehandelt hatte, er würde also auch sicherlich sein Neutralitätssystem nicht in Gefahr gebracht haben, um dem Kurfürsten die Souveränität über Orte wie

---

1) Instrukt. f. Schladen Berlin 15. Juli 1803.

2) Instrukt. f. Schladen Berlin 21. August 1803.

3) Du Moulin Eckard, München u. Wien. Forsch. z. bayr. Geschichte. Bd. IV S. 218.

Irrsee und Leipheim zu verschaffen [1]). Daher gab de Bray seinem Herrn den klugen Rat, für den Augenblick alles zu vermeiden, was zu einem Bruche mit Oesterreich führen konnte. Aber in München wollte man nicht auf die Worte des Gesandten hören; man ging auf dem einmal eingeschlagenen Wege weiter und stand plötzlich vor einem Kriege mit Oesterreich. Schon zu Anfang des 18. Jahrhunderts hatte sich Oesterreich widerrechtlicherweise die Landeshoheit über Oberhausen im Burgauischen verschafft. Die bayrische Landesdirektion sah aber, nachdem der Kurfürst in die Rechte des Bischofs von Augsburg eingetreten war, die angemaßte Landeshoheit als die Wirkung eines gewaltsamen, folglich unrechtmäßigen Besitzes an und ordnete daher ein Truppenkommando dahin ab, um es wieder in Besitz zu nehmen, und die Oesterreicher, die ein Offizier und vier Mann stark waren, zu vertreiben. Am 13. November wurde die Besitznahme vollzogen [2]). Die Oesterreicher gingen zurück, erschienen aber bald darauf in größerer Anzahl wieder. Ein Zusammenstoß wurde jedoch vermieden, da ein Vergleich zustande kam, auf Grund dessen sich beide Parteien aus dem strittigen Oberhausen zurückzogen. Der König von Preußen tadelte das Vorgehen Bayerns. Er glaubte, der Münchener Hof habe die Sache mit Oberhausen provoziert und war sehr ungehalten, daß der Kurfürst es nicht für nötig gehalten habe, vorher den Rat Preußens einzuholen [3]).

Als Oesterreich fortfuhr zu rüsten und ein Armeekorps an der Grenze zusammenzog, erbat man die Hülfe Preußens, um sich gegen einen feindlichen Einfall zu schützen. Zwar liebte Preußen nicht die Oesterreicher, aber noch weniger einen Krieg, und es haßte alles, was die Ruhe stören konnte, dazu hatte Metternich in Berlin auf Oesterreichs friedliche Absichten hingewiesen und hatte Erfolg gehabt [1]). So verhallten denn alle Hilferufe, zumal da der König erfuhr, daß Bonaparte nicht

---

1) Bericht v. de Bray Berlin 30. Oktober 1803.
2) Acta, betreffend die Zwistigkeiten wegen Oberhausen P. A.
3) Bericht v. de Bray Berlin 16. Dezember 1803.
4) Bericht v. de Bray Berlin 10. Dezember 1803.

gewillt sei, sich in die Angelegenheit zu mischen, um es noch nicht mit Oesterreich zu verderben [1]). Man ließ Montgelas sagen, es sei wünschenswert, daß der Kurfürst sich nicht überstürze und sich nur auf Verhandlungen beschränke, um zu einer Beilegung der Streitpunkte zu gelangen [2]). Es wäre zu dem Ende das Beste, meinte Haugwitz, Bayern brächte die ganze Sache an den Reichstag, wo es die Unterstützung Preußens finden würde [3]). Von langwierigen Verhandlungen in Regensburg sah man in München ab. Man gab lieber nach, da man allein Oesterreich nicht entgegentreten konnte, und die Provinzial-Regierungen wurden angewiesen, alles zu vermeiden, was zu Tätlichkeiten führen könnte [4]).

Eine andere Klasse von Streitigkeiten ging aus den hoheitsrechtlichen Maßnahmen des Kurfürsten in Sachen der Reichsritterschaft hervor. Der Kaiser hatte sich zum Anwalt des reichsunmittelbaren Adels in Franken gemacht und vertrat ihn in seinem Kampfe mit der bayrischen Krone. Der Adel hatte sich im Laufe der früheren Jahrhunderte Rechte erworben, die eine kraftvolle Landesregierung nicht anerkennen konnte. Preußen hatte es bald nach der Uebernahme der Regierung in Ansbach-Bayreuth durchzusetzen vermocht, daß der reichsunmittelbare Adel den König als Landesherrn anerkannte. Dem Beispiele Preußens folgte im Jahre 1803 auch Bayern. Im Juni dieses Jahres hatte sich Montgelas nach Ansbach begeben, wo sich damals Hardenberg aufhielt, um mit ihm die beabsichtigten Maßregeln zu besprechen, und um bei seinem Vorgehen die Unterstützung Preußens zu gewinnen [5]). Obwohl ihm diese nicht bestimmt zugesagt wurde, schritt man doch gegen den reichsunmittelbaren Adel ein, der sich mit seinen Klagen wegen Eingriffs in seine Rechte an das Oberhaupt des Reiches wandte und dort auch ein geneigtes Ohr fand, denn der

1) Instrukt. f. Schladen München 26. Dezember 1803.
2) Ebenda.
3) Bericht v. de Bray Berlin 16. Dezember 1803.
4) Montgelas, Denkwürdigkeiten S. 76.
5) Ebenda.

Kaiser glaubte, daß durch das Vorgehen des Kurfürsten sein Ansehen im Reiche geschmälert würde. Er verlangte also auf dem Reichstage, den status quo ante wieder herzustellen [1]. Preußen wurde durch einen Beschluß des Reichshofrates unmittelbar in diese Angelegenheit mit hineingezogen.

Im Jahre 1801, als die Entschädigungsfrage noch nicht gelöst war und Preußen noch auf die Erwerbung der fränkischen Bistümer hoffte, hatte der König mit den Gebrüdern v. Kalb, deren Besitzungen im bambergischen Gebiete lagen, eine Vereinbarung getroffen, nach der sie sich verpflichteten, ihre reichsunmittelbaren Güter der preußischen Landeshoheit zu unterstellen, falls Bamberg an Preußen fallen sollte, und sich zu fügen, wenn Preußen seine durch den Vertrag erworbenen Rechte einem Dritten überlassen würde. Als später Bayern Bamberg erhielt, trat Preußen alle seine Anrechte auf die Güter dem Kurfürsten ab, und die Gebrüder v. Kalb unterwarfen sich der bayrischen Landeshoheit. Wegen dieser Unterwerfung fällte der Reichshofrat das Urteil, daß die Gebrüder v. Kalb als Ehrlose aus dem Verbande der Reichsritterschaft auszustoßen seien [2]. Wurde dies Urteil rechtskräftig, so waren damit auch die von Preußen geschlossenen Subjektionsverträge in Ansbach-Bayreuth ungültig. Preußen hatte also nicht weniger als Bayern Interesse an der Frage und unterstützte daher Bayerns Schritte in Wien. Dem preußischen Gesandten Keller wurde befohlen, darauf hinzuweisen, daß diese Angelegenheit kein Gegenstand gerichtlicher Verhandlung und Entscheidung sein könne, und darauf zu dringen daß das Princip der Rechtmäßigkeit solcher Subjektionsverträge aufgestellt werde [3]. Aber da man in Wien das Neutralitätssystem des Königs kannte, bekümmerte man sich nicht um die wenig nachdrucksvollen Bemühungen Preußens, zu Bayerns

1) Bericht v. Schladen München 26. Dezember 1803.

2) Note an die preußische Gesandtschaft in Wien. Berlin 22. Oktober 1803.

3) Ebenda.

Gunsten zu vermitteln. Neue Truppenbewegungen in Vorarlberg zeigten deutlich, daß Oesterreich an kein Nachgeben dachte [1]). Die Stimmung des Königs in dieser Zeit war schlecht. Würde es zum Bruche zwischen Oesterreich und Bayern kommen, so durfte er nicht einfacher Zuschauer bleiben. Er erklärte sich zwar bereit, jeder Gewaltmaßregel von Seiten Oesterreichs sich zu widersetzen [2]), andrerseits aber gab er immer wieder den dringenden Rat, Bayern solle alles vermeiden, Oesterreich gerechten Grund zur Klage zu geben [3]). Um die ganze leidige Angelegenheit mit der Reichsritterschaft aus der Welt zu schaffen, schlug der Berliner Hof dem Kurfürsten vor, die Sache vor den Reichstag zu bringen, dessen Entscheidung er annehmen sollte [4]). Die willkürlichen Maßnahmen des Münchener Hofes gegen die Reichsritter, die den Untertaneneid verweigerten, fanden nicht die Billigung Preußens. Man riet dringend ab, deren Güter zu konfiszieren. Aber den Prinzipien, die man selbst in Franken befolgt hatte, beschloß man treu zu bleiben. Auf dem Reichstage wollte man beantragen, daß in Bayern der status quo actuel für die Zukunft gültig sein sollte [5]). Dadurch wären alle bisher getroffenen Maßnahmen des Kurfürsten rechtskräftig geworden.

Am 28. Januar ließ dann Preußen durch den Grafen Götz in Regensburg seine Erklärung abgeben. „Der König", hieß es [6]), „könne sich nicht dabei beruhigen, daß der Zwiespalt im Reiche processualisch genährt und dabei politische Endzwecke verfolgt würden"; auch werde er nicht zugeben, „daß seine größeren Mitstände durch rücksichtslose Abziehung, der ritterschaftlichen Vasallen und Gutsbesitzer geschwächt würden". Ferner brachte der König in Anregung, durch eine Zirkularnote die deutschen Fürsten einzuladen, sich in Regens-

1) Bericht v. Schladen München 15. Januar 1804.
2) Bericht v. de Bray Berlin 28. Dezember 1803.
3) Ebenda.
4) Instrukt. f. Schladen Berlin 3. Februar 1804.
5) Bericht v. de Bray Berlin 17. Januar 1804.
6) Häusser II S. 485.

burg gemeinschaftlich über das künftige Schicksal der Reichsritter zu verständigen. Aber bis zur Aufstellung bestimmter Grundsätze verlangte Preußen, daß die Reichsritterschaft in dem gegenwärtigen Zustande bleiben sollte [1]). Einige Tage bevor diese Erklärung auf dem Reichstage abgegeben wurde, war in Wien am 23. Januar ein Reichshofratsbeschluß erfolgt, der alle gegen die Reichsritterschaft erlassenen Maßregeln für ungültig erklärte und den status quo ante forderte. Dies veranlaßte den Berliner Hof, den Kurfürsten nicht weiter zu unterstützen, zumal da auch die Nachrichten aus Paris der Art waren, daß man auf ein Eingreifen Frankreichs zu Bayerns Gunsten nicht rechnen durfte, denn Bonaparte war entschlossen, alles zu vermeiden, was seine Aufmerksamkeit, die sich damals ausschließlich auf England richtete, teilen konnte [2]). Als der jüngere Rechberg, der die bayrischen Geschäfte während einer zeitweiligen Abwesenheit de Brays in Berlin führte, von Haugwitz eine Erklärung zu erhalten wünschte, ob Preußen auf seinem Standpunkt beharren und Bayerns Sache in Wien auch ferner tatkräftig unterstützen werde, wich der preußische Minister aus: man müsse Zeit zu gewinnen suchen; noch könne er nichts über die Absichten seines Königs sagen, wurde Rechberg erwidert [3]). Haugwitz fürchtete den Widerstand Oesterreichs und war geneigt, alles beim Alten zu lassen. An Hardenberg dagegen hatte Bayern wie so oft schon so auch jetzt einen eifrigen Förderer seiner Sache. Preußens Ansehen mußte von neuem im Reiche sinken, wenn es seinen Antrag zurückzog, das wußte Hardenberg, und so trat er auch fernerhin für den status quo actuel ein [4]). Aber in München war die Entscheidung in Sachen der Reichsritterschaft schon gefallen. Durch einen Erlaß vom 17. Februar 1804 waren alle früheren Maßregeln zurückgenommen und der status quo vom 1. De-

1) Berichte v. Rechberg. Berlin 28. Januar, 31. Januar, 21. Februar 1804.

2) Bericht v. Cetto Paris 8. Februar 1804.

3) Bericht v. Rechberg Berlin 21. Februar 1804.

4) Ebenda.

zember 1803 wiederhergestellt. Für Montgelas war besonders der Rat des französischen Gesandten Otto maßgebend gewesen. Schladen hatte es vermieden, auf die letzte Entscheidung einen Einfluß auszuüben, da er ohne bestimmte Instruktion gewesen war[1]).

Die friedliche Lösung der Frage erregte in Berlin die größte Freude, und dem Kurfürsten wurden viele Schmeicheleien über seine weise Mäßigung gesagt. Es müsse sich jetzt zeigen, meinte Haugwitz, ob Oesterreich mit seinen Rüstungen, die bis auf 60 000 Mann angewachsen waren, nur die Sache der Reichsritterschaft habe vertreten wollen, oder ob dies nur ein Vorwand gewesen wäre, um seine wahren Absichten, die auf eine Erwerbung Bayerns bis zur Isar gingen, zu verdecken. Die Vermutung des preußischen Ministers bestätigte sich. Denn als der Kurfürst seinen Gesandten in Wien, Gravenreuth, anwies, Cobenzl vorzuschlagen, eine Konferenz über alle noch strittigen Fragen in Wien, München oder Regensburg zu eröffnen, wo man unter Vermittlung Rußlands, Frankreichs oder Preußens nach Oesterreichs Wahl verhandeln solle, wurden die Konferenz und die Vermittler vom Kaiser abgelehnt. Die Streitpunkte mit Bayern sollten ihm Gelegenheit geben, die alten Wünsche seines Hauses zu verwirklichen. Erst auf die Drohungen Bonapartes hin entschloß sich Oesterreich abzurüsten.*

---

1) Bericht v. Schladen München 19. Februar, 1. März 1804.

2) Bericht v. Rechberg Berlin 6. März 1804.

3) Bericht v. Schladen München 15. Januar 1804.

* Anmerkung. De Bray glaubte an einen inneren Zusammenhang der österreichischen Rüstungen und der in Paris damals entdeckten Verschwörung gegen den 1. Konsul. In einem Berichte vom 20. März heißt es: „Oesterreich ist einem Bündnis mit Frankreich nicht abgeneigt, wie 1756 sich gezeigt hat. Seine Rüstungen gegen Bayern sind nur Vorspiegelungen, um größere Absichten zu verdecken. Wenn gewisse Vorgänge zum Ziele geführt hätten, so wären wir das Opfer gewesen. Am 15 März sollte die österreichische Armee sich in Bewegung setzen, zur selben Zeit sollte die große Verschwörung gegen den 1. Konsul losbrechen. Dies Zusammentreffen ist außerordentlich bemerkenswert.“ Nach der Meinung von Haug-

Waren auch die Verhandlungen über ein Bündnis zwischen Frankreich und Preußen vorläufig gescheitert, so bemühte sich der Berliner Hof doch auch ferner, alles zu vermeiden, wodurch das gute Einvernehmen mit Frankreich hätte zerstört werden können. Aus der Republik war eine Monarchie geworden. Der kleine Offizier aus unbedeutendem korsischen Adelsgeschlechte hatte sich zum Kaiser der Franzosen emporgeschwuugen. „Wäre das Attentat von Ettenheim nicht gegewesen", schreibt de Bray, „so würde man dies par sentiment billigen, jetzt aber nur par politique." [1]) Unter den Ersten, die Napoleon anerkannten und ihm ihre Glückwünsche brachten, sah man Preußen und Bayern, das in den Etiquettenfragen dem Beispiele Preußens folgte. Ein Umschwung der preußischen Politik gegen Frankreich erfolgte auch nicht, als im August 1804 an Stelle von Haugwitz Hardenberg zum Minister des Auswärtigen ernannt wurde. Dieser hatte früher durch sein Bemühen, die Macht und die Rechte seines Königs in Franken zu erweitern, dem Münchener Hofe häufig Anlaß zu Klagen gegeben. Man hielt ihn für einen Mann, der zwar klug und liebenswürdig sei, aher nie genug bekommen könne.[2]) Doch hatte Hardenberg ebenso wie Haugwitz ein Herz für die bayrische Sache. Aber während Haugwitz durch die Unentschiedenheit seines Charakters und durch das Verhältnis, in dem er seit 1799 zu seinem Könige stand, der wohl an seine politische Klugheit glaubte, aber ihm nicht das nötige Vertrauen schenkte, bislang Bayern nur wenig hatte nützen können, so durfte man von

---

witz wollte Oesterreich mit den Waffen in der Hand in Bayern einfallen, ihm seinen Willen diktieren und es außer Stand setzen, Oesterreich zu schaden, oder sich auf die Gegenseite zu schlagen; dann rasch zum Rheine eilen, und dort abwarten, was sich in Frankreich ereignen werde. Der Plan einer Allianz wie im Jahre 1756 hätte sich verwirklichen können, zwar nicht mit Bonaparte, sondern mit den Bourbonen.

1) Bericht v. de Bray. Berlin, 17. April 1804.

2) Bericht v. de Bray, Berlin, 13. Juli 1802.

Hardenberg allem Anschein nach das Beste erwarten, und unter dem Eindrucke der nahen Veränderung im Ministerium schrieb damals Rechberg: „Ich hoffe, daß gerade Bayern mit dem Wechsel unendlich zufrieden sein kann.“ [1]

Im September 1804 erschien Napoleon am Rhein und hielt in Mainz seine Heerschau über die deutschen Fürsten, aber sein Wunsch, den König von Preußen und den Kurfürsten von Bayern unter denen zu sehen, die ihm hier ihre Huldigung darbrachten, ging nicht in Erfüllung. Noch dachte Max Joseph nicht daran, seine ganze Hoffnung auf Napoleon zu setzen. Dessen jedoch war man sich in München bewußt, daß Bayerns Platz früher oder später einmal an der Seite Frankreichs sein würde. Aus den Streitigkeiten mit Oesterreich hatte sich für Bayern die Notwendigkeit ergeben, sich für die Zukunft nach einer festen Stütze umzusehen. Es mußte sich eng an eine Macht anschließen, die den Willen und die Kraft hatte, es zu schützen. Preußen hatte oft die besten Absichten gezeigt, und in Haugwitz und Hardenberg fand Bayerns Sache meist eifrige Fürsprecher, aber das ganze System des Königs war auf Unentschiedenheit und ängstliches Zögern aufgebaut. Das Interesse der Verbündeten war zu oft der Neutralitätspolitik zum Opfer gebracht. Von Frankreich war mehr zu erwarten. Die Zeit war gekommen, wo sich der Kaiser der Franzosen um die Gunst der kleineren Fürsten bemühte, da er erkannt hatte, daß er sich in Deutschland eine Schaar treu ergebener Vasallen schaffen müsse, um seine Wünsche verwirklichen zu können. In Mainz tauchte zuerst der Gedanke einer Vereinigung der Kurfürsten auf, die ein Gegengewicht gegen Oesterreich und Preußen bilden sollte. An die Spitze dachte man den Kurfürsten von Bayern zu stellen [1]. Aber Max Joseph wollte noch nicht seine Verbindung mit Preußen lösen, die gerade damals durch eine Heirat noch enger geknüpft werden sollte. Die Prinzessin Auguste verlobte sich mit dem Erbprinzen Georg von Mecklenburg-Strelitz, dem Bruder der Kö-

---

1) Bericht v. Rechberg. Berlin, 24. Juli 1804.

2) Instr. f. de Bray. München, 18. Oktober 1804.

nigin Luise. Der König hätte gern eine enge Familienverbindung mit den Wittelsbachern gesehen, da er für den Kurfürsten persönliche Zuneigung empfand, aber besonders erwärmte sich die Königin für den Plan, und für sie war es ein schwerer Schlag, als vom Münchener Hofe in ziemlich schroffer [1]) Weise die Verlobung wieder rückgängig gemacht wurde, sei es wirklich auf Grund der in München eingelaufenen Nachrichten, die nicht zu des Erbprinzen Gunsten sprachen,[2]) oder sei es, daß politische Beweggründe, die eine allzuenge Verbindung mit Preußen nicht wünschenswert erscheinen ließen, die Veranlassung gaben.

Zwar suchte man in München Napoleon möglichst weit entgegen zu kommen. Auf seinen Wunsch hin hatte man den englischen Gesandten Drake ausgewiesen. Auch im Verkehr de Brays mit dem französischen Gesandten in Berlin, Laforest, kam das Einvernehmen, das zwischen Frankreich und Bayern bestand, zum Ausdruck; aber dadurch geriet der Kurfürst in keinen Gegensatz zu Preußen, denn auch Preußen sah in Napoleon den Mann, mit dessen Hülfe es seine Wünsche durchsetzen wollte. Der Entschädigungsplan, welcher zur Durchführung gelangt war, hatte weder in Berlin noch in München die Hoffnungen der leitenden Männer erfüllt. Der preußische Besitz lag zerstreut, dem bayrischen fehlte noch die innere Festigkeit. Um beides zu beseitigen, reichte am Ende des Jahres 1804 de Bray dem preußischen Ministerium einen neuen Plan ein. Der bayrische Gesandte hatte auf der Rückreise von München, wo er im Sommer längere Zeit geweilt hatte, in Frankfurt a. M. den französischen General Sebastiani getroffen, der in enger Beziehung zu Napoleon stand und von ihm beauftragt war, Vorschläge zur Verbesserung der bayrischen Grenze zu machen.[3]) Sebastiani hatte ein Projekt ausgearbeitet, das den bayrischen Wünschen sehr weit entgegenkam: Eichstädt, Salzburg, die österreichischen Besitzungen in Schwaben

1) Bericht von de Bray. Berlin, 6. Oktober 1804.
2) Montgelas, Denkwürdigkeiten. S. 91.
3) Bericht von de Bray, Berlin, 6. Oktober 1804.

und die preußischen in Franken waren gegen Abtretung von Berg für Bayern in Aussicht genommen, Preußen sollte außer Ansbach-Bayreuth auch noch Westfalen abtreten, aber dafür Hannover, das Ziel der preußischen Politik, erhalten. Hiervon erhielt nun de Bray Kenntnis, griff den Plan auf und legte ihn dem preußischen Ministerium vor.[1]) Hardenberg war schon durch Luchesini von dem Projekte benachrichtigt und billigte es zum Teil, da auch der König sich bereit erklärt hatte, gegen Erwerbung Hannovers auf Westfalen verzichten zu wollen.[2]) Nur glaubte Hardenberg, daß gewisse Aenderungen eintreten müßten, bevor man an die Ausführung denken könne. Gemeinsam mit de Bray arbeitete er einen modifizierten Plan aus, in dem jedoch von einer Abtretung Ansbachs und Bayreuths keine Rede mehr war[3]). Preußen begehrte für sich Hannover bis zur Weser und am anderen Ufer noch die Grafschaft Hoya, dafür erklärte es sich bereit einzuwilligen, daß aus den westfälischen Besitzungen, Osnabrück und Ostfriesland für den Kurfürsten von Salzburg ein neues Kurfürstentum, zu dem auch nochBerg kommen sollte, geschaffen würde. Oesterreich hätte dadurch gleichsam ein neues Niederland erhalten und wäre geschwächt worden, Bayern aber hätte einen großen Machtzuwachs bekommen. Würde Oesterreich nicht auf den Plan eingehen, so hoffte man, daß der Krieg, der schon 1804 auszubrechen drohte, es dazu zwingen würde. Man glaubte, daß England nicht allzugroße Schwierigkeiten machen würde,[4]) da es über kurz oder lang doch Hannover aufgeben mußte, denn der Prinz von Wales hatte nur eine Tochter, die aber nach dem salischen Erbfolgegesetze, das in Hannover galt, hier die Herrschaft nicht übernehmen durfte. Etwas später

1) Denkschrift de Brays über diesen Plan fehlt. Plan zum Teil enthalten in de Bray: supplément au rapport sur Sebastiani Berlin, 24. Dezember 1804. B. A.

2) Bailleu II Urk. No. 203.

3) Supplément au rapport sur Sebastiani. Berlin, 28. Dezember 1804. B. A.

4) Ebenda.

kam dieser Plan zum Teil zur Ausführung. Bayern erhielt fast alles, was der General Sebastiani vorgeschlagen hatte, und Preußen erfreute sich für einige Zeit des Besitzes von Hannover.

Kaum waren die Vorgänge von Ettenheim und Vincennes etwas in Vergessenheit geraten, so zeigte Napoleon von neuem, daß Völkerrecht und Neutralität für ihn leere Begriffe waren. In der Nacht vom 24. auf 25. Oktober wurde der englische Geschäftsträger beim niedersächsischen Kreise, Rumbold, in seinem Landhause bei Hamburg überfallen und gefangen weggeführt. Preußen hatte untätig zugeschaut, wie der Herzog von Enghien von den Schergen Napoleons zum Tode geschleppt wurde, bei dieser neuen Willkür der Franzosen durfte es nicht schweigen, denn der König von Preußen war in seiner Eigenschaft als Direktor des niedersächsischen Kreises unmittelbar beleidigt. Gab Napoleon nicht sofort Genugtuung und ließ Rumbold frei, so mußte der König um der Ehre willen sein ängstlich gehütetes Neutralitätssystem aufgeben. Man glaubte an kein Nachgeben von Seiten Napoleons, denn „wann hätte dieser Mann jemals einen Schritt zurückgetan“;[1]) man erwartete vielmehr den Ausbruch eines Krieges. In München war man in peinlichster Verlegenheit, wie man sich in dem Kriege, der zwischen den beiden Freunden Bayerns auszubrechen drohte, verhalten sollte. Alle Pläne, die man noch eben entworfen hatte, schienen in eine ferne Zukunft gerückt zu sein. Die Gefahren, die stets von Oesterreich drohten, sah man in unmittelbarer Nähe, wenn Frankreich und Preußen kein wachsames Auge mehr auf den bösen Nachbarn Bayerns haben konnten. Man hätte erwarten sollen, daß damals Bayern bereit gewesen wäre, gemeinsam mit Preußen dem Schreckenssysteme Napoleons ein Ende zu machen, aber nichts davon. An ein Zusammengehen mit Preußen dachte man noch nicht einmal in München. Deutlich zeigte sich hier, wie weit die früher so eng Verbundenen sich von einander entfernt hatten. Freilich auch nicht mit Napoleon wollte sich der Kurfürst gegen den

1) Bericht v. de Bray. Berlin, 30. Oktober 1804.

alten Freund Bayerns verbinden. Sein persönliches Gefühl traf darin mit der Politik Montgelas' zusammen, der Bayern nicht einer ungewissen Zukunft aussetzen wollte. Denn ungewiß war der Ausgang des Kampfes. An Preußens Fahnen haftete noch der Glanz der fridericianischen Zeit, die Heere Frankreichs aber hatte Napoleon in den letzten Jahren von Sieg zu Sieg geführt. Der Kurfürst wollte daher neutral bleiben, sollte es zum Kriege kommen, und den Gefahren, die von Oesterreich drohten, durch Nachgeben auszuweichen suchen. Diesen Rat gab auch de Bray seinem Herrn, mit Oesterreich sich ins Einvernehmen zu setzen und gemeinsam mit dieser Macht dem Zustande des Friedens und der Ruhe, dessen sich der Süden erfreute, längere Dauer zu geben [1]). Aber noch hoffte man in München, daß es gelingen würde, den Krieg aufzuhalten. De Bray wurde angewiesen, seinen ganzen Einfluß aufzubieten, damit die Sache beigelegt werde [2]). Man suchte den Berliner Hof für eine mildere Auffassung des Geschehenen zu gewinnen und wies auf das Vorgehen Englands hin, von dem auch die Neutralität verletzt worden sei, da es noch jüngst mitten im Frieden ein spanisches Geschwader angegriffen habe [3]). Man solle nicht durch allzu schnelles Handeln Napoleon die Möglichkeit nehmen, sich zu entschuldigen.

Preußen befand sich in einer kritischen Lage, man wünschte den Frieden, aber die Ehre erlaubte es nicht nachzugeben, wenn Napoleon nicht nachgab. Lombard und Lucchesini wollten mit Frankreich brechen, Hardenberg und Köckeritz waren für Unterhandlungen [4]), da sie glaubten, daß Preußen für einen Krieg mit Frankreich allein zu schwach sei, und suchten Lombard zu hindern, tätig in die Geschäfte einzugreifen. Lombard war bislang ein Parteigänger Frankreichs und Freund des Friedens gewesen, aber er änderte seine Gesinnung, weil

1) Ebenda.

2) Instrukt. f. de Bray. Berlin, 11. November 1804.

3) Ebenda.

4) Bericht v. de Bray. Berlin, 13. November 1804 u. Denkschrift Hardenbergs (Denkw. II 89—94).

er hoffte, auf diese Weise seinen alten Einfluß auf den König, der seit dem Rücktritt von Haugwitz im Schwinden begriffen war, wieder zu erlangen [1]). Der König folgte dem Rate Lombards. In einem ernsten Briefe forderte er die sofortige Freilassung Rumbolds [2]) und er hatte die Genugtuung, daß Napoleon, der von Preußen solche Festigkeit nicht erwartet hatte, nachgab, zumal da sich auch Oesterreich gegen Frankreich erklärte. Aber vergessen hat er es Preußen nicht, daß er hier zum ersten Male offen zum Rückzuge gezwungen wurde. „Der König von Preußen hat mir einen unangenehmen Augenblick bereitet, ich werde ihm aber wohl noch einmal unangenehme Stunden verursachen“ [3]), wie wahr ist dies Wort Napoleons in der Folgezeit geworden! —

In München atmete man auf, als man von der glücklichen Lösung des Konfliktes hörte. Doch Aehnliches konnte sich wiederholen. Die bayrischen Staatsmänner mußten bei Zeiten auf ein Mittel sinnen, um zu verhindern, daß Bayern wieder in eine solch unangenehme Lage geriet. Der in Mainz zur Sprache gekommene Plan, eine Vereinigung der Kurfürsten herbeizuführen, tauchte wieder auf. Diese Union sollte den Kurfürsten vor den Gefahren eines neuen Krieges schützen, denn man rechnete nicht mehr damit, daß Preußen, falls Oesterreich mit Frankreich den Krieg begann, dem Süden Deutschlands Hülfe bringen würde, und Oesterreich lag auf der Lauer, wenn es zwischen Frankreich und Preußen zum Bruche kommen sollte. Man glaubte in München, daß der Berliner Hof der Bildung der neuen Liga zustimmen würde, da der Zweck, Ruhe und Unabhängigkeit der verbündeten Staaten zu sichern, ein edler sei [4]). „Preußen muß einsehen“, heißt es in einer Instruktion [5]) für de Bray, „daß Deutschland in seinem jetzigen Zustande der Zerrissenheit,

1) Ebenda u. Bailleu II Urk. No. 222.

2) Brief Friedrich Wilhelms III. an Napoleon. Potsdam, 30 Oktober 1804. Bailleu II Urk. No. 216.

3) Bericht v. Lucchesini. Paris, 31. Dezember 1804.

4) Instrukt. f. de Bray. München, 9. Dezember 1804.

5) Ebenda.

der inneren Schwäche, ohne Verfassung und ohne feste Gesetze ehrgeizigen Angriffen ausgesetzt ist; daß es sich nur mit Hülfe eines edlen und uneigennützigen Beschützers aufrecht erhalten kann, oder durch eine Vereinigung, bei der Wünsche und Kräfte zusammentreffen (par une réunion de volontés et de moyens), innerlich gefestigt durch weise und feste Prinzipien. Aber diese Vereinigung kann nur unvollkommen ihren Zweck erfüllen, wenn nicht eine Großmacht den Mittelpunkt bildet, welche die Pläne der verbündeten Fürsten schützen würde. Im Norden Deutschlands spielte bislang der König von Preußen diese schöne Rolle und hinderte, daß sich das Kriegsfeuer dort ausbreitete. Man möchte wünschen, daß der König im Stande sein könnte, denselben Vorteil dem Süden zu verschaffen. Aber seine Politik erstreckt sich nur auf die deutschen Staaten, die der Masse seines Reiches benachbart sind, folglich könnte nur der Wiener oder der Pariser Hof den Mittelpunkt bilden für eine Vereinigung, die dem Süden Deutschlands die Ruhe sichern will. Wie wenig der Wiener Hof dazu geeignet sein würde, ist bekannt. Der Kaiser der Franzosen ist der geeignetste. Er hat kein Interesse, sich nach dieser Seite auszudehnen, wohl aber, daß keine andre Macht sich dort vergrößert. Er ist also wie geschaffen dazu, das Vertrauen der deutschen Staaten 2. Ranges zu gewinnen". Aus den Worten des Münchener Hofes hört man schon deutlich den späteren Rheinbund heraus. Aber man irrte sich, wenn man glaubte, Preußen würde dem Plane seine Billigung nicht versagen. Man erkannte in Berlin sehr wohl, daß sich unter dem Deckmantel einer Neutralität des Südens unter Frankreichs Schutze viel mehr verbarg [1]). Auch Oesterreich säumte nicht, auf das Gefährliche des Planes hinzuweisen. Der König durfte nicht ruhig zusehen, daß Napoleon seinen Einfluß auf Deutschland in so ungeheurer Weise verstärkte. Zwar vermied man es noch, Napoleon offen als Haupt des Bundes zu nennen, und darum konnte Hardenberg auf das Zwecklose der Union

1) Instrukt. f. Schladen. Berlin, 31. Dezember 1804.

hinweisen, wenn der Zweck nur sein sollte, dem Süden die Neutralität zu gewähren. Wäre die Existenz Bayerns bedroht, erklärte er, so würden nicht Hessen und nicht Württemberg helfen können, wohl aber Preußen und Frankreich [1]. Noch schärfer sprach sich Lucchesini Cetto gegenüber gegen den Plan aus. Falls das Projekt zur Ausführung kommen würde, so würden Oesterreich, Rußland und Preußen sich zusammentun, um das Reich zu vernichten, selbst auf die Gefahr hin, von Frankreich zerschmettert zu werden, denn unter Frankreichs Auspizien würde die Unabhängigkeit, die der Bund schützen wolle, vernichtet werden [2].

Man mußte in München bald erkennen, daß die Zeit für einen solchen Bund noch nicht gekommen war, und einsichtige Staatsmänner wie de Bray wiesen den Kurfürsten auch auf das Schädliche eines solchen Planes hin, denn Preußen, das bislnag Bayern geschützt hatte, würde dadurch in Oesterreichs Arme getrieben [3]. Da auch Frankreich vorläufig dem Plane noch wenig Beachtung schenkte, ließ man ihn in München vorerst auch wieder fallen. Man gewann das Vertrauen des Berliner Hofes wieder, als dieser hörte, daß Cetto in keiner Weise die Bemühungen des Grafen Beust und des Freiherrn v. d. Malsburg, die im Auftrage Dalbergs und des Kurfürsten von Hessen in Paris den Bund ins Leben zu rufen suchten, unterstütze [4].

Ein neuer Krieg drohte. Napoleon dachte daran, Italien ganz mit Frankreich zu verbinden. In der Wiener Hofburg, wo man sich immer noch mit der Hoffnung trug, dieses reiche Land einst wieder zu gewinnen, war man entschlossen, sich mit allen Mitteln dem Plane Napoleons zu widersetzen. Anfang November 1804 schloß Oesterreich mit Rußland ein Bündnis. Eine Armee von 50 000 Mann sammelte sich am

1) Bericht v. de Bray. Berlin, 15. Dezember 1804.

2) Instrukt. f. de Bray. München, 9. Dezember 1804. Bitterauf, Gesch. d. Rheinbundes I S. 151.

3) Bericht v. de Bray. Berlin, 5. Januar 1805.

4) Ebenda.

Ende des Jahres an der italienischen Grenze. In München ahnte man das Nahen des Sturmes und suchte sich dagegen zu schützen. Da man mit dem Fürstenbunde nicht hatte zum Ziele kommen können, so suchte man wieder alte Pläne hervor und hoffte, daß die Neutralität des ganzen Deutschlands von den Kriegführenden anerkannt werden würde, denn noch wollte Max Joseph dem Rate seines Ministers, sich Frankreich anzuschließen, nicht folgen, sondern suchte sich den Weg frei zu halten. Daher wandte er sich in den ersten Tagen des Jahres 1805 von neuem an den König und bat, Preußen möchte seinen Einfluß geltend machen, um dem Reiche im bevorstehenden Kriege Neutralität zu verschaffen, denn auch Preußen müsse wegen seiner Besitzungen in Franken darauf sehen, daß nicht nur im Norden sondern auch im Süden Deutschlands die Ruhe nicht gestört werde [1]) Durch die Neutralität Deutschlands hoffte der Kurfürst, sich dem Werben Napoleons, der ein Bündnis mit Bayern schließen wollte, entziehen zu können. „Des Kurfürsten heißester Wunsch ist nach wie vor die Neutralität Süddeutschlands, wenn irgend möglich mit preußischer Hülfe", mußte Montgelas im Auftrage seines Herrn dem französischen Gesandten Otto erklären [2]). Der Minister freilich erkannte die Lage klarer, und die Worte waren gegen seine Ueberzeugung gewesen. Er hielt eine Neutralität für unmöglich und glaubte, daß Bayern sich nur durch engen Anschluß an Frankreich retten könnte. Aber wenn er zu seinem Herrn davon sprach, wich dieser jedesmal erschreckt zurück. Immer wieder wurde de Bray angewiesen, Preußen zu bewegen, sich des Südens anzunehmen. „Wir stehen am Vorabend eines neuen Krieges", schrieb man de Bray, „es handelt sich jetzt darum zu wissen, ob Preußen irgend ein Interesse an Deutschland nimmt, oder ob es sich wieder darauf beschränken will, im Norden die Ruhe aufrecht zu erhalten [3])."

---

1) Instrukt. f. de Bray. München, 11. Januar 1805.

2) Ledermann: Anschluß Bayerns an Erankreich im Jahre 1805, Forsch. z. bayr. Gesch. Bd. IX, S. 172.

3) Instrukt. f. de Bray. München, 22. April 1805.

Frankreich würde nicht abgeneigt sein, den Plan, Deutschland die Neutralität zu verschaffen zu unterstützen, falls die Garantiemacht stark genug sein würde, jede Verletzung zu bestrafen. Es würde sich nur darum handeln, den Wiener Hof dafür zu gewinnen, wenn dieser sich hinreißen ließe, die Waffen zu greifen. Nur der König von Preußen könnte dem Reiche diesen großen Dienst leisten. Falls er bereit wäre, einem solchen Plane beizutreten und in Wien und Paris die Verhandlungen darüber zu eröffnen, so zweifle man nicht, daß seine Garantie der Neutralität von den beiden Höfen als hinreichend angesehen werde. Aber die Versuche des bayrischen Gesandten, Preußen zur Uebernahme der Garantie zu bewegen, scheiterten. Immer wieder wurde ihm gesagt, daß des Königs Neutralitätssystem beschränkt bleiben müsse, wie im vorigen Kriege, da Frankreich eine Ausdehnung nicht zulassen wolle [1]). Gegen den Willen Frankreichs zu handeln, dazu fehlte eben dem Könige der Mut. Preußen erkannte noch immer nicht, wie sehr es sich selbst schädigte, wenn es Bayern in Frankreichs Arme trieb.

Mit jedem Tage wuchs die Kriegsgefahr, und die Lage Bayerns wurde immer ungewisser. Es mußte Kriegsschauplatz werden, da der Kurfürst weder die Kraft hatte, allein eine Neutralität aufrecht zu erhalten, noch genug politischen Einfluß, um durch seinen Wunsch nach Frieden im geringsten auf die Entschließungen der Großmächte einwirken zu können. Die französische Partei am Hofe näherte sich immer mehr ihrem Ziele. Als im Juni 1805 der König von Preußen nach Franken reiste, um den Manövern beizuwohnen, gab de Bray dem Kurfürsten den Rat, sich nach Fürth zu begeben, um persönlich mit dem Könige über Bayerns Lage zu sprechen [2]). Die Zusammenkunft unterblieb jedoch, angeblich aus Gesundheitsrücksichten, aber in Wahrheit wohl auf Anraten Montgelas, der fürchtete, daß Max Joseph durch den König veranlaßt

1) Bericht v. de Bray. Berlin, 7. Mai 1805.
2) Bericht v. de Bray. Berlin, 18. Mai 1805.

werden möchte, die Verhandlungen mit Frankreich wieder abzubrechen. Napoleon, der nicht geneigt war, Bayern die Neutralität zu bewilligen, verlangte vom Kurfürsten, er solle sich für oder gegen Frankreich erklären[1]. Max Joseph mußte sich überzeugen, daß ihm nichts anderes übrig blieb, als sich Frankreich anzuschließen, wenn der Krieg ausbrechen sollte. Schwer freilich wurde es ihm, sich an den Gedanken zu gewöhnen, sich von Deutschland loszusagen, und als Deutscher vielleicht bald gegen Deutsche kämpfen zu müssen. Seine einzige Hoffnung, dies vermeiden zu können, war jetzt nur noch, daß der Ausbruch des Krieges unterblieb, und er glaubte, Oesterreich würde sich noch in letzter Stunde entschließen, die Waffen nicht zu ergreifen, wenn es von Preußens Entschluß, neutral zu bleiben, hören würde[2]. Denn die Versuche Oesterreichs, den König auf die Seite der Koalition hinüber zu ziehen, waren gescheitert. Dagegen hatten die Bemühungen Preußens den Erfolg, daß Oesterreich versprach, Bayern in seinen Angriffsplan gegen Frankreich nicht mit hinein zu ziehen, falls es neutral bleiben würde, und Bayern nicht zu beunruhigen, falls es zum Kriege kommen sollte[3]. Aber die Entscheidung über die Neutralität Bayerns hing nicht von Wien sondern von Paris ab. Dort drängte man den Kurfürsten zum Abschluß des Bündnisvertrages. Bevor man sich in München endgültig dafür oder dagegen erklärte, wurde de Bray noch einmal angewiesen, Hardenbergs Rat einzuholen[4]. Was man aus Berlin hörte, konnte nur die Bemühungen Montgelas', den Kurfürsten zur Unterzeichnung des Vertrages zu veranlassen, unterstützen. Mitte Juli konnte de Bray eine Aeußerung Hardenbergs an seinen Hof berichten, der Laforest erklärt hatte: der König sei entschlossen, seinem Systeme treu zu bleiben; aber wenn Preußen sich im weiteren Verlaufe

---

1) Instrukt. f. de Bray. München, 28 Juli 1805.

2) Ebenda.

3) Bericht v. de Bray. Berlin, 16. Juli 1805.

4) Instrukt. f. de Bray. München, 28. Juli 1805.

des Continentalkrieges gegen jemand wenden müsse, so könne dies nur gegen Oesterreich sein[1]). Einige Wochen später machte derselbe Minister gegen den jüngeren Rechberg die Aeußerung: „Falls Preußen Krieg führen muß, so wird dies nur an der Seite und für Frankreich sein".

Die Verhandlungen zwischen Paris und Berlin machten auf Hardenbergs Betreiben solche Fortschritte, daß auch Preußen einem Allianzvertrage mit Frankreich nahe kam. Laforest erklärte zu Rechberg, er freue sich über die Haltung Preußens „Es besteht also völliges Einvernehmen und Vertrauen zwischen diesen beiden Mächten, das auf die sichersten Grundlagen aufgebaut ist. Ihre Verbindung, die für Bayern so wünschenswert wäre, ist so eng, daß sie allem Anschein nach durch Meinungsverschiedenheiten in unwichtigen Fragen nicht mehr zerrissen werden kann" [2]) heißt es in einem Berichte Rechbergs. Wurde durch diese Worte auch nicht gerade die Entscheidung in München herbeigeführt, so trugen sie doch sicherlich mit dazu bei, dem Kurfürsten, der persönlich noch nie aufgehört hatte, Freund und Anhänger Preußens zu sein, seinen Entschluß zu erleichtern. Mußte er doch nach Hardenbergs Worten überzeugt sein, daß seine Politik Preußens Billigung finden würde.

Ueber die Verhandlungen mit Frankreich bewahrte der Münchener Hof das strengste Stillschweigen auch gegen Preußen. Zwar fielen dem preußischen Gesandten, Baron Schladen, die häufigen und langen Zusammenkünfte Montgelas' mit Otto auf, aber es gelang ihm nicht, hinter das Geheimnis zu kommen[3]). Auch wurde allen fremden Diplomaten der wahre Charakter der Sendung des Generals Bertrand verheimlicht, der mit einem eigenhändigen Brief Napoleons, in welchem dem Kurfürsten die Pläne seines Verbündeten mitgeteilt wurden, am 1. September in München eingetroffen war. Am Schlusse des Briefes hieß es: „Ich wünsche, daß Ew. D. mit niemandem darüber reden, auch nicht mit Ihren Ministern.

1) Bericht v. de Bray. Berlin, 13. Juli 1805.
2) Bericht v. Rechberg. Berlin, 20. August 1805.
3) Bericht v. Schladen. München, 28. August 1805.

Es ist ein Geheimnis, das ich Ihrer Ehre anvertraue" [1]). Um das Geheimnis zu wahren, gab Max Joseph dem preußischen Gesandten sogar sein Ehrenwort, daß der General Bertrand keinen Auftrag für ihn habe, sondern nur die Oesterreicher beobachten solle [2]). Man irre sich über den Zweck der Reise, erklärte er dem österreichischen Gesandten Buol-Schauenstein; seine Lage sei anders wie die von Württemberg und Baden, das einzige, was ihm übrig bleibe, sei, strikte Neutralität zu bewahren. Aber es war nur Verstellung, wenn der Kurfürst solche Worte sprach, denn schon am 25. August war in München die Entscheidung gefallen. Max Joseph hatte in die Unterzeichnung eines Allianzvertrages mit Frankreich gewilligt. Die Politik Montgelas' hatte über das persönliche Empfinden des Kurfürsten gesiegt. Vom politischen Standpunkte aus konnte auch Bayern garnicht anders handeln. Brach der Krieg aus, so mußte es, da man sich geweigert hatte, seine Neutralität anzuerkennen, entweder auf Oesterreichs oder Frankreichs Seite treten. Oesterreich hatte im Jahre 1800 seinen Bundesgenossen preisgegeben, und die Erinnerung an den schmählichen Waffenstillstand von Hohenlinden war noch nicht geschwunden. Bei Frankreich aber war auf Ruhm und reichen Gewinn zu zählen. Selbst wenn Frankreich und seine Bundesgenossen in dem bevorstehenden Kriege besiegt werden sollten, so glaubte man auch dann noch das bessere Teil erwählt zu haben; denn für den Fall rechnete man auf Preußens Schutz, das am Ende des blutigen Ringens in frischer Kraft dastehend, da es neutral geblieben sei, jeden Versuch Oesterreichs, sich auf Bayerns Kosten zu vergrößern, zurückweisen würde [3]). Ungerecht würde es sein, gegen den Fürsten und Staatsmann einen Vorwurf erheben zu wollen, die in einer Zeit, da jeder Staat nur auf seinen eigenen Vorteil bedacht war, das taten, was allein Bayern vor der Vernichtung bewahren konnte.

1) Ledermann, S. 209.

2) Bericht v. Schladen. München, 5. September 1805.

3) Denkschrift v. de Bray: Question importante pour la Bavière. B. A.

Hardenberg schien dem Beispiele Montgelas' folgen zu wollen, um Hannover zu erhalten, ohne jedoch von dem Abschlusse des Vertrages Kunde zu haben. Dem württembergischen Generale Mylius wurde im Geheimen von dem preußischen Minister der Rat gegeben, Württemberg solle die Partei Frankreichs ergreifen [1]. Der König wollte der ungestüm vorwärts drängenden Politik Hardenbergs anfangs nicht folgen. Als ihm jedoch vorgehalten wurde, er könne durch ein Bündnis mit Frankreich den Ausbruch des Krieges verhindern und zugleich das heißbegehrte Hannover erhalten, gab er seinen Widerstand auf und erklärte sich bereit, mit Frankreich abzuschließen. Haugwitz aber, der um Rat gefragt wurde, riet dringend, man möge auch ferner am Neutralitätssysteme festhalten. Dadurch geriet der Entschluß des Königs wieder ins Wanken. Als dann am 1. September 1805 der Adjutant Napoleons, Duroc, in Berlin erschien, hatte schon wieder die Partei, die am alten Systeme festhalten wollte, die Oberhand. „Das Beste wäre, Rußland griffe Hannover an", schrieb damals Rechberg [2], „dann, aber auch nur dann allein würde Preußen auf Frankreichs Seite treten." Nicht nationales Empfinden hinderte Friedrich Wilhelm III., die Hand Napoleons zu fassen, sondern seine ängstliche Scheu, sich den Wechselfällen eines Krieges auszusetzen. „Es hat zu dem Verhängnis Preußens in jenen Zeiten mit am meisten beigetragen, daß, wie ihm die rechte Kraft zum Guten fehlte, es auch den entschlossenen Mut des Schlechten nicht besaß" [3].

Während in Berlin noch über ein Bündnis verhandelt wurde, waren die Würfel des Krieges schon gefallen. Am 8. September hatten die Oesterreicher den Inn überschritten. Die Lage des Kurfürsten wurde gefährlich. Noch wußte niemand außer seinen Vertrauten, auf welche Seite Bayern getreten war. Sich offen zu erklären, wagte Max Joseph nicht, denn eben erst hatten die französichen Heere die Küsten des Ozeans

1) Bericht v. Rechberg. Berlin, 7. September 1805.
2) Bericht v. Rechberg. Berlin, 17. September 1805.
3) Häusser II, S. 563.

verlassen, so mußte er denn sein Doppelspiel noch weiter fortsetzen. Am 6. September war der Fürst Schwarzenberg in München erschienen und forderte, daß die Bayern sich den Oesterreichern anschließen sollten. Als der Kurfürst versuchte, durch Unterhandlungen Zeit zu gewinnen, erklärte Schwarzenberg, er habe zu Unterhandlungen keine Vollmacht, sondern wolle nur wissen, ob man die bayrischen Truppen mit den österreichischen vereinigen wolle oder nicht [1]. Der Kurfürst war in Vezweiflung und nahe daran, ungeachtet des Vertrages mit Frankreich, der Forderung Schwarzenbergs nachzugeben, da wurde er durch die Vorstellungen Gravenreuths, der von Montgelas nach Nymphenburg geschickt wurde, bestimmt, auch fernerhin seine Hoffnung auf Frankreich zu setzen. Um dem Drängen Oesterreichs zu entgehen, wurde ihm geraten, seine Hauptstadt zu verlassen [2]. Dies geschah denn auch sofort in der Nacht vom 9. September. Jetzt erst wurde es Schladen zur Gewißheit, daß zwischen Bayern und Frankreich geheime Abmachungen bestanden; um der Sache auf den Grund zu kommen, und um Montgelas und Otto, die allein dem Kurfürsten gefolgt waren, zu überwachen, entschloß er sich, am 12. morgens dem Hofe, der sich über Ansbach nach Würzburg begeben hatte, nachzureisen. Vorher aber hatte er noch mit dem österreichischen Gesandten Buol-Schauenstein eine Unterredung. Zwar habe er keine Befehle von seinem Herrn empfangen, erklärte er ihm, doch er kenne dessen lebhaftes und aufrichtiges Interesse für alles, was den Kurfürsten beträfe, und darum hielte er es für seine Pflicht, dringend zu bitten, man möchte Bayern nicht als Feindesland behandeln. Die Abreise des Kurfürsten, aus welchem Grunde sie auch immer geschehen sei, ändere daran nichts. Es würde Unrecht sein, Land und Untertanen für das büßen zu lassen, was man gegen den Herrscher zu haben glaube. Er halte sich für verpflichtet, von allen Gewaltmaßregeln abzuraten [3]. Diese wohlgemeinten Worte verfehlten ihre Wirkung nicht.

1) Brief Schladens München 8. September 1805.
2) Bericht von Schladen Würzburg 23. Oktober 1805.
3) Bericht v. Schladen München 11. September 1805.

In einem Schreiben an den Wiener Hof kam der österreichische Gesandte dem Wunsche des preußischen nach, denn er hatte noch nicht die Hoffnung aufgegeben, Bayern auf die Seite Oesterreichs hinüber zu ziehen.

In Ansbach traf der preußische Gesandte wieder mit dem Kurfürsten zusammen, der Schladen aufforderte, ihn nach Würzburg zu begleiten. Von der Erlaubnis des Königs von Preußen, seinen Aufenthalt im Schlosse von Ansbach zu nehmen, wollte Max Joseph erst im dringendsten Notfalle Gebrauch machen. In Würzburg wurde das Versteckenspiel fortgesetzt und alles vermieden, was dem preußischen Gesandten Aufklärung verschaffen konnte. Man appellierte an die preußische Gutmütigkeit und wies auf das schroffe Vorgehen Oesterreichs hin, das Bayern als Feindesland behandle, obwohl man keinen Anlaß dazu gegeben habe. Montgelas hoffte, vielleicht dadurch noch den König zu veranlassen, sich zum Schutze Bayerns mit Frankreich zu verbinden. „Preußen wird fühlen", meinte der bayrische Minister, „daß ein solches Verhalten Oesterreichs eine Herausforderung ist und einen ernsten Angriff gegen das System bedeutet, das allein die Ruhe der preußischen Monarchie verbürgen kann" [1]).

Um Preußen noch argwöhnischer gegen Oesterreich zu machen, wurde Schladen eine Aeußerung des österreichischen Generals Mack mitgeteilt, der gesagt haben sollte: die bayrische Armee befände sich in einem Irrtum, wenn sie sich durch die preußischen Staaten in Franken geschützt glaube; er habe Befehl, sie einzuschließen. Es sei ihm dabei einerlei, was für ein Gebiet er zur Erreichung seines Zweckes passieren müsse [2]). Auf Grund dieser angeblichen Aeußerung des österreichischen Oberkommandierenden wurde der bayrische Major Jordan nach Ansbach geschickt, um von der preußischen Regierung dort die Erlaubnis auszuwirken, das Gebiet Preußens berühren zu dürfen, falls die Oesterreicher versuchen sollten,

1) Note v. Montgelas an den König von Preußen Würzburg 19. September 1805 P. A.

2) Bericht v. Schladen Würzburg 19. September 1805.

die bayrischen Truppen von Franken abzuschneiden. Aber es wurde ihm der Bescheid, man werde gegen jede Verletzung des preußischen Gebietes protestieren [1]). Denn Preußen hatte sein früher beobachtetes System, nach dem allen Parteien der Durchzug gestattet war, anfgegeben und verlangte, daß künftig auch die Neutralität Ansbachs und Bayreuths streng geachtet wurde.

Alle Bemühungen Schladens, den Schleier, der über den Beziehungen des Kurfürsten zu Frankreich lag, zu lüften, scheiterten an Montgelas' diplomatischen Künsten. Als der preußische Gesandte endlich direkt fragte, welchen Entschluß man gefaßt habe, wich Montgelas aus. Das sei schwer zu sagen, antwortete er, man müsse erst genau die Absichten des Königs kennen; dessen Beistand allein könne den Kurfürsten retten. Wenn er aber allein gelassen würde, von allen Seiten bedroht, aus seinem Lande vertrieben und voraussehend, daß er im Kriege wie beim Frieden das erste Opfer sein würde, so würde er gezwungen sein, sich in Frankreichs Arme zu werfen. Auf Schladens Frage, ob schon ein Vertrag bestände, erwiderte er, noch sei keiner unterzeichnet, doch nach mündlichen Abmachungen könne der Kurfürst allerdings auf Frankreichs Schutz rechnen [2]). Ohne von den Worten des bayrischen Ministers völlig überzeugt zu sein, gab Schladen doch seinen Verdacht auf, daß der Kurfürst sich schon gebunden habe, da er dem Einflusse der Kurfürstin, einer erbitterten Feindin Napoleons, zu viel zutraute. Sein Glaube aber wurde wieder gewaltig erschüttert, als vom Kurfürsten die weitgehenden Anerbietungen Oesterreichs, die Buol-Schauenstein nach Würzburg überbringen mußte, zurückgewiesen wurden. Endlich am 26. September konnte er seinem Hofe schreiben: „Was ich geahnt, ist eingetreten! Der Kurfürst verzichtet auf seine Neutralität und verbindet sich mit Frankreich. Noch ist der Vertrag nicht unterzeichnet aber sofort".

Nachdem der Kurfürst von dem Nahen der französischen Heere Kunde erhalten hatte, wurde die Maske abgeworfen. Aber

1) ebenda.

2) Bericht v. Schladen Würzburg 20. September 1805.

man ließ Preußen in dem Glauben, daß man, durch die Umstände gleichsam gezwungen, erst in letzter Stunde auf Frankreichs Seite getreten sei. Als Schladen seine Verwunderung aussprach, daß Napoleon in seiner Proklamation an das französische Volk den Kurfürsten seinen Verbündeten genannt habe, während doch der Vertrag nur erst in Würzburg unterzeichnet sei, antwortete Montgelas, das sei nur geschehen, weil Frankreich sich als Garanten des Reichsdeputationshauptschlusses fühle [1]).

Die Befürchtungen des Kurfürsten, der Berliner Hof möchte ihm einen Vorwurf aus dem Abschluß des Vertrages machen, bestätigten sich nicht. Hätte man gewußt, wie der Vertrag aufgenommen wurde, so würde man vielleicht den preußischen Gesandten schon früher ins Geheimnis eingeweiht haben. Noch neigte man in Berlin auf Frankreichs Seite hinüber. Wenn man auch damals schon entschlossen war, wieder Neutralität zu bewahren, so hätte doch nicht viel gefehlt, daß Preußen dasselbe wie Bayern getan hätte. Zwar beklagte man sich über den Mangel an Vertrauen, aber über den Abschluß des Vertrages war man weder ungehalten noch überrascht. „In der schwierigen Lage, in der sich der Kurfürst befand, konnte er nicht länger damit zögern, er mußte Partei ergreifen", schrieb man an Schladen [2]), und Hardenberg sagte zu Rechberg: wenn Bayern mit Frankreich einen Vertrag geschlossen habe, so könne er ganz gewiß einen solchen Schritt nicht mißbilligen. Oesterreich habe Bayern zu schlecht für seine Dienste gelohnt [3]).

In Würzburg gab man immer noch nicht die Hoffnung auf, daß Preußen Bayerns Beispiele folgen werde. In einer umfangreichen Denkschrift [4]) entwickelte Montgelas noch einmal alle Gründe, die nach seiner Meinung Preußen veranlassen mußten, in dem ausgebrochenen Kampfe Partei zu nehmen. „Darf Preußen einem Kampfe fernbleiben", heißt es darin,

---

1) Bericht v. Schladen Würzburg 2. Oktober 1805.

2) Instrukt. f. Schladen Berlin 3. Oktober 1805.

3) Bericht v. Rechberg Berlin 1. Oktober 1805.

4) Denkschrift an das preußische Ministerium Würzburg 28. September 1805 B. A.

„der, wenn er für Oesterreich glücklich endet, so sehr gegen sein Interesse ist? Wird Preußen nicht in dem Maße an Kraft verlieren, wie Oesterreich an Kraft gewinnt? Darf es sich der Koalition anschließen? Aber dann wird Preußen, falls es siegt, sich nicht in dem Maße vergrößern können wie die anderen. Es würde Frankreich schwächen, das kein Interesse hat, sich mit Preußen zu überwerfen, und es würde seine Freunde opfern. Darf Preußen neutral bleiben? Kann es neutral bleiben, ohne gerüstet zu sein? Und wenn es zur Aufrechterhaltung seiner Neutralität gerüstet ist, wird es nicht seine Hülfsquellen mißbrauchen nutzlos und ruhmlos? Nur eines ist für Preußen gut! Ein enges Bündnis mit Frankreich, Bayern und den anderen, die sich anschließen wollen. Diese Union würde stark genug sein, ihre Bedingungen diktieren zu können ... Bei einem glücklichen Ausgange würden unsere Interessen sich nicht kreuzen. Frankreich sucht seine Vergrößerung in Italien und in dem Süden Europas, es würde nur mit Preußen und Bayern gemeinsam die Dinge in Deutschland ordnen". Dann entwickelte Montgelas seinen Plan, wie er sich die künftige Gestaltung Deutschlands dachte.

Was der Reichsdeputationshauptschluß nicht gebracht hatte, sollte durch einen siegreichen Krieg erlangt werden, eine Konzentration und Vermehrung der beiderseitigen Kräfte. Preußen sollte den Teil Hannovers erhalten, den es zur Erlangung einer festen Grenze nötig hatte, ferner Schwedisch-Pommern und Mecklenburg gegen Abtretung seiner Besitzungen in Franken und Westphalen. Diese sollten mit Berg vereinigt den Herzögen von Mecklenburg als Entschädigung gegeben werden, jene begehrte Bayern für sich, außerdem noch die Besitzungen Oesterreichs in Schwaben und die des reichsunmittelbaren Adels in seinem eigenen Gebiete, das Bistum Eichstädt und die Reichsstädte Augsburg und Nürnberg.

Wenn man sich in Berlin auch vielleicht bereit erklärt hätte, zur Durchzuführung des Planes mit Oesterreich zu brechen, mit Rußland wagte man es nicht. Die bevorstehende Zusammenkunft des Zaren mit Friedrich Wilhelm zeigte, wie der

König über einen Anschluß an Frankreich dachte. Hardenberg, der wohl zuerst bereit gewesen wäre, auf die Wünsche Montgelas' einzugehen, hatte gerade damals den geringsten Einfluß im Rate des Königs [1]). War der große Plan nicht durchführbar, so hoffte der bayrische Minister, Preußen würde wenigstens in eine Abtretung von Ansbach-Bayreuth gegen entsprechende Entschädigung willigen, da es als weit vorgeschobener Posten wertlos sei und gefährlich werden könnte. De Bray sollte mit allen Mitteln dies durchzusetzen versuchen und selbst Bestechung nicht scheuen; 400—500 000 Taler sollten zu seiner Verfügung stehen. Bevor man über den Plan verhandeln konnte, änderte sich die ganze Lage; in Berlin traf die Nachricht ein, daß bayrische Truppen Preußens Neutralität verletzt hätten.

Sobald Napoleon von seinem Adjutanten Duroc, der ihn in Straßburg getroffen hatte, die Kunde erhielt, daß seine Bemühungen, Preußen auf Frankreichs Seite zu ziehen, ohne Erfolg geblieben waren, beschloß er getreu seinem: Grundsatze „Entweder für mich oder gegen mich“ auch sogleich mit Preußen abzurechnen. Da ein Grund zum Kriege nicht vorlag, so schaffte ihn Napoleon. Er befahl Bernadotte, zur Umzinglung der Oesterreicher das preußische Gebiet in Franken zu durchziehen, obwohl er von Duroc wußte, daß die preußische Neutralität auch auf Ansbach-Bayreuth ausgedehnt war [2]). Um gleichsam zu versuchen, wie weit er im gegebenen Falle auf seinen neuen Verbündeten rechnen durfte, stellte Napoleon sofort, nachdem das Bündnis bekannt geworden war, den Kurfürsten auf eine schwere Probe. Bernadotte kommandierte auch die bayrischen Truppen, die mit dazu beitragen sollten, Preußen zu beleidigen. Als der Kurfürst von dem Befehle des Kaisers erfahren hatte, geriet er in die höchste Aufregung. Er fühlte, daß Bayern, wenn Napoleons Befehl zur Ausführung kam, für immer die Freundschaft Preußens verlieren würde. Er ver-

---

1) Bericht v. Rechberg Berlin 5. Oktober 1805.
2) Instruktion f. Schladen Berlin 11. Oktober 1805.

suchte, Napoleon von seinem Entschlusse wieder abzubringen, und schickte einen Kurier mit einem eigenhändigen Briefe in das französische Hauptquartier. Er beschwor Bernadotte, dem Befehle vorläufig nicht nachzukommen [1]. Aber seine Bemühungen waren vergeblich. Der französche Marschall wies auf Oesterreich und Bayern hin, die beide ebenfalls das preußische Gebiet berührt haben sollten, und erklärte, nach seiner Meinung erfolge der Durchmarsch im Einverständnis mit dem Berliner Hofe, da erst nach Ankunft Durocs in Straßburg der Befehl für ihn abgesandt sei. Aber Bernadotte befand sich in einem Irrtume, wenn er auf das Beispiel Oesterreichs und Bayerns hingewiesen hatte. Bayern hatte stets nur die Verbindungsstraße von Forchheim nach Schnaittach benutzt, die ihm vertragsmäßig 1803 eingeräumt war, und auch das österreichische Generalkommando, das ausdrücklich versichert hatte, die Neutralität strengstens respektieren zu wollen, hatte sich keine Verletzung derselben zu Schulden kommen lassen. Von dem Feldzeugmeister Mack wurde die Aeußerung des bayrischen Hauptmanns Gravenreuth, der das Gegenteil behauptete, um die Erlaubnis zum Durchmarsch der bayrischen Truppen zu erwirken, sogar schriftlich für eine unverschämte Lüge erklärt [2]. Am 3. Oktober 1805 erfolgte der Einmarsch in das preußische Gebiet. Die Avantgarde, 9 Bataillone und 8 Eskadronen, bildeten die bayrischen Truppen unter General Wrede. Alles hatte dieser versucht, dem Durchmarsche auszuweichen, damit nicht auch Bayern sich an der Herausforderung Preußens beteiligte. Umsonst. Er war Soldat und mußte gehorchen. In mehreren Tagemärschen kam man von Neustadt a. Aisch über Herzogenaurach, Fürth nach Weingarten. Die preußischen Beamten legten Protest gegen den Durchmarsch ein und verboten den Einwohnern, den bayrischen Truppen irgend etwas zu verkaufen. Excesse kamen nicht vor, und auch der Vorwurf, Wrede habe preußische Magazine erbrechen lassen,

---

1) Bericht v. Schladen Würzburg 5. Oktober 1805.

2) Bericht Hardenbergs an den König Berlin 4. Oktober 1805 Hard. Nachlaß.

beruhte auf eine Verdrehung der Tatsachen. In Weingarten erklärte sich nämlich schließlich der preußische Beamte auf Wredes Vorstellungen hin bereit, Mehl aus den Magazinen des Königs herzugeben, falls der bayrische General ihm ein Zeugnis ausstellen würde, daß er unerweigerlich darauf bestehe, und dies geschah [1]).

Sobald in Berlin am 6. Oktober die Nachricht eintraf, Napoleon habe die preußische Neutralität verletzt, erhob sich ein Sturm der Entrüstung. Die öffentliche Meinung, die noch kurz zuvor ganz auf Frankreichs Seite gewesen war, schlug plötzlich um. Man erklärte, Genugtuung sei unmöglich, die Ehre sei verletzt, und man müsse mit Frankreich brechen [2]). Nicht weniger war man auf Bayern erzürnt. Nagler, Schuckmann uud General Tauentzien sandten dem Könige übertriebene und entstellte Berichte über das Verhalten der bayrischen Truppen in dem preußischen Gebiete. Friedrich Wilhelm III. war auf das höchste entrüstet, und nur seiner persönlichen Beliebtheit bei Hofe verdankte es de Bray, daß ihm nicht auf der Stelle die Pässe zugestellt wurden [3]). Der bayrische Gesandte versuchte, den Sturm zu beschwören. Sofort überschickte er dem preußischen Ministerium eine Note, worin er auf die Anstrengungen hinwies, die Bayern gemacht hatte, um das Geschehene abzuwenden, und worin er bat, den Kurfürsten nicht für den Durchzug verantwortlich zu machen, da es nicht möglich gewesen wäre, ihn zu vermeiden [4]). Dann suchte er bei Hardenberg um eine Audienz nach, die ihm auch gewährt wurde. Das Vorgehen Frankreichs in einem milderen Lichte erscheinen zu lassen, und Bayern zu entschuldigen, war der Inhalt seiner Worte. Um Preußen versönlicher zu stimmen, verstieg er sich sogar zu der Behauptung, an die er wohl so

1) Ehrenwörtlicher Bericht Wredes an den Kurfürsten über die Neutralitätsverletzung Iglau 14. Dezember 1805.

2) Bericht v. de Bray Berlin 9. Oktober 1805.

3) Bericht v. de Bray Berlin 25. Oktober 1805.

4) Note v. de Bray an d. preußische Ministerum Berlin 8. Oktober 1805 B. A.

wenig wie Hardenberg glaubte, der Kurfürst würde sofort seine Truppen von den französischen trennen und sie mit den preußischen vereinigen, falls der König es wünsche. Hardenberg, der wohl wußte, daß der Kurfürst nach dem Vorausgegangenen nicht anders hatte handeln können, und daß ihn kein Vorwurf treffen konnte, versicherte, daß auch des Königs künftige Haltung gegen Bayern dieselbe sein würde wie zuvor und forderte de Bray auf, ihm alles zu senden, was der bayrischen Sache dienlich sein würde, um im Interesse des Kurfürsten wirken zu können [1]).

In Würzburg war man in großer Sorge. Der Kurfürst versuchte alles, den Ausbruch eines Krieges zu verhindern. Wiederholt schrieb er an Napoleon und bat ihn, Preußen Genugtuung zu geben, und ihm Hannover einzuräumen, damit der König zufrieden gestellt würde [2]). Er schrieb an General Möllendorf und Hardenberg [3]) und sprach den Wunsch aus, sie möchten sich für Bayern verwenden; am 20. Oktober 1805 wandte er sich dann auch direkt an den König. Die Ereignisse in Franken, schrieb er, müßten den König schwer gekränkt haben, und auch er sei erschüttert. Alles habe er versucht, es zu verhindern, wie der preußische Gesandte an seinem Hofe bezeugen könne. Hätten sich seine Truppen gegen preußische Untertanen etwas zu Schulden kommen lassen, so sei er zu jeder Genugtuung bereit.

Infolge der Bemühungen Hardenbergs wurde eine sofortige Explosion vermieden. Aber bald änderte dieser seine Haltung und schloß sich denen an, die zum Kriege trieben. Er vermied es fortan, mit de Bray zusammenzutreffen. Der bayrische Gesandte wurde vom Hofe ferngehalten und konnte kaum zur Fürstin von Taxis gelangen, einer Schwester der Königin Luise, die im königlichen Schlosse ihre Wohnung hatte [4]).

1) Bericht v. de Bray Berlin 9. Oktober 1805.

2) Instrukt. für de Bray Würzburg 11. Oktober 1805 u. Brief des Kurfürsten an Napoleon Würzburg 13. Oktober 1805.

3) Brief des Kurfürsten an Hardenberg und Möllendorf Würzburg 18. Oktober 1805. P. A.

4) Montgelas: S. 119.

Alle Versuche de Brays mit Hardenberg sich zu besprechen, scheiterten. Vierzehn Tage bekam er ihn nicht zu Gesicht. Erst auf einen flehentlichen Brief[1]) des bayrischen Gesandten gewährte er ihm am 25. Oktober wieder die erste Unterredung, in der sich aber de Bray überzeugen mußte, daß Bayern fortan nicht mehr auf Hardenberg zählen konnte. „Wir beide sind geschieden", schreibt de Bray bald darauf, „ich sehe ihn nicht mehr und verlange auch nicht danach. Hardenberg ist für uns verloren und kann uns kein Vertrauen mehr einflößen[2])". Auch die Königin Luise hatte sich von Bayern abgewandt und erklärte, daß Bayern unnatürlich handle, wenn es gegen Oesterreich kämpfe. „Ew. D. erkennen darin", schreibt de Bray, „die Folgen der Heiratsgeschichte[3])".

Der König, welcher anfangs für einen Bruch mit Frankreich gewesen war, neigte sich schließlich doch wieder der Friedenspartei an seinem Hofe zu, an deren Spitze Haugwitz und Lombard standen. An diese beiden schloß sich der bayrische Gesandte an und suchte sie in ihrer Friedenspolitik zu bestärken. Von Haugwitz, der in das französische Hauptquartier abgesandt wurde, erhielt er das Versprechen, daß er langsam reisen wolle, um Napoleon Gelegenheit zu geben, vorher Oesterreich niederzuwerfen[4]). Wenn dies geschehen sei, hoffte de Bray, würde Preußen alle Kriegsgedanken aufgeben. Bald konnte er seinem Herrn beruhigende Nachrichten zukommen lassen. Durch Lombards Vermittlung erfuhr er von Preußens friedlichen Absichten. Außerdem bediente er sich der Hülfe des Geheimrats Ephraim, um hinter die preußischen Geheimnisse zu kommen. In beider Taschen floß bayrisches Geld.

---

1) Brief v. de Bray an Hardenberg 24. Oktober 1805 P. A.

2) Berichte v. de Bray Berlin 19. November und 17. Dezember 1805.

3) Bericht v. de Bray Berlin 5. Dezember 1805.

4) Bericht v. de Bray Berlin 30. November 1805.

Daß hinter Haugwitz der König stand, der im Frieden mit Frankreich leben wollte, zeigt M. Lehmann: Scharnhorst I 354.

Nach dem glänzenden Siege Napoleons bei Austerlitz schloß Haugwitz den für Preußen schimpflichen Vertrag von Schönbrunn (15. Dezember 1805). Preußen verzichtete auf eine Genugtuung für das Vorgehen Napoleons in Ansbach, um den Ausbruch eines Krieges für einige Monate hinauszuschieben. Preußen war Bayern gefolgt, Frankreich war sein Verbündeter. Beide waren der nationalen Sache untreu geworden. Aber wer ist mehr zu verurteilen, das starke Preußen oder das schwache Bayern?

Das Verhältnis Bayerns zu Preußen besserte sich seit dem Ereignisse vom 3. Oktober nicht wieder. Damals hatte der Kurfürst offen zu erkennen gegeben, daß die Freundschaft Napoleons ihm wertvoller war als die des Königs von Preußen. In Berlin wußte man fortan, daß sich Bayern, welches so lange mit Preußen gegangen war, einen anderen Beschützer gesucht hatte. Das Verhältnis Bayerns zu Preußen verliert seine bisherige Bedeutung. An seine Stelle tritt das Verhältnis Bayerns zu Frankreich.

Inhalt.

Lebenslauf.

Ich, Theodor Santelmann, wurde am 10. Januar 1882 in Bröckel bei Celle geboren. Bis Michaelis 1902 besuchte ich das Gymnasium in Celle. In Göttingen, Berlin und München widmete ich mich dann dem Studium der Geschichte und Germanistik. Meinen verehrten Lehrern M. Lehmann, Brandi, Ed. Schröder, Heyne, Busolt, Ed. Meyer, Delbrück, Hirschfeld, Röthe, Grauert, Simonsfeld, Muncker, Paul, v. d. Leyen und Bitterauf, besonders aber Herrn Geheimrat v. Heigel sage ich an dieser Stelle für reiche Belehrung und Förderung in meinen Studien meinen Dank.



